Nr. 159. 19. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat, Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1902 unter Nr. 7878. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen" jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort fett). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Freitag, den 11. Juli 1902.

Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3. Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Die Einkommensbewegung in Preußen.

Eine erfreuliche Zunahme des Nationaleinkommens soll sich nach der bürgerlichen Presse aus der Statistik der preußischen Einkommensteuer-Veranlagung ergeben, die jetzt für einen Zeitraum von 10 Jahren vorliegt.

Die Zahl der Censiten, d. h. der Steuerpflichtigen mit einem Einkommen von mehr als 900 M., hat seit dem Jahre 1892 beträchtlich zugenommen. Zu der Gruppe der mittleren Einkommen von 900—3000 M. zählten im Jahre 1892 2 118 969 Personen oder 7,09 Proz. der Bevölkerung, im Jahre 1901 waren es aber 3 210 831 Personen oder 9,43 Prozent der Bevölkerung. Die Einkommensgruppe über 3000 M. umfaßte 1892 316 889 Personen oder 1,06 Proz. der Bevölkerung. 1901 waren es 435 696 Personen oder 1,28 Proz. Das steuerpflichtige Einkommen der mittleren Klasse ist von insgesamt 2911,98 Millionen Mark auf 4327,90 Millionen, das der besser situierten von 2792,35 Millionen Mark auf 4048,16 Millionen gestiegen. Die gewerbsmäßigen Lobredner der kapitalistischen Ordnung schließen aus dieser Statistik, daß sich das Nationaleinkommen um über 24 Proz. vermehrt hätte, während die Vermehrung der Bevölkerung im gleichen Zeitraume nur 13 Proz. betrage, und daß auch die breiten Schichten der Bevölkerung an dieser Steigerung teilgenommen hätten.

Es ist von vornherein recht sonderbar, daß sich die staatserhaltenden Kreise mit Vorliebe auf eine Statistik berufen, aus der hervorgeht, daß immer noch 60,47 Proz. der Bevölkerung Preußens mit einem Einkommen von weniger als 900 Mark ein unwürdiges Dasein fristen, 95,70 Proz. mit einem Einkommen bis 3000 M. leben müssen, während nur 4,31 Proz. der Bevölkerung ein höheres Einkommen genießt, das sich für diese Gruppe im Durchschnitt auf nahezu 9300 M. erhebt. Schneidender und eindringlicher könnte der Gegensatz der Lebenshaltung innerhalb der verschiedenen Gesellschaftsklassen nicht dargethan werden und gegenüber der revolutionären Sprache dieser Thatsachen wird auch die Behauptung, daß es vor 10 Jahren noch schlimmer gewesen sei, wenig zur Beruhigung beitragen.

Nun will man aber aus dem Aufsteigen so vieler Individuen aus der untersten steuerfreien Einkommenklasse in die mittlere eine Vermehrung des Mittelstandes und eine Verbesserung in der Lage der großen Volksmassen erkennen. Diese rasche Schlußfolgerung scheint schon dann recht bedenklich, wenn man auch nur in Erwägung zieht, um wie viel genauer heute der Steuerapparat arbeitet als vor zehn Jahren. Auch die „Statistische Korrespondenz" des preußischen Statistischen Bureaus kann sich diesem Bedenken nicht ganz anschließen; sie giebt zu, daß die „größere Vervollkommnung der Veranlagung und die zunehmende Gewissenhaftigkeit bei der Abgabe von Steuererklärungen" an den Ergebnissen der Einkommenstatistik ihren Anteil hat. Aber nicht bloß die Kontrolle hat sich verschärft, sondern die Zahl der Erwerbsthätigen ist überhaupt gewachsen, und zwar in einem höheren Prozentsatz als die Bevölkerung. Auf einen Censiten kamen durchschnittlich noch 1896 2,88, im Jahre 1901 aber nur mehr 2,25 Angehörige ohne Erwerbsthätigkeit. Die Zahl der wirtschaftlich selbständigen Haushaltungsangehörigen, darunter die der Frauen, steigt und erweist, daß das Einkommen des Haushaltungsvorstandes nicht mehr als genügend empfunden wird.

Das Durchschnittseinkommen der Gruppe mit mehr als 3000 M. ist in den letzten fünf Jahren von 8811,75 M. auf 9291,24 M. gestiegen, das der Gruppe von 900 bis 3000 M. aber von 1374,24 M. auf 1347,91 M. zurückgegangen. Diese Erscheinung wird nicht mit Unrecht darauf zurückgeführt, daß ja zahlreiche Elemente aus der Klasse unter 900 M. in die mittlere Klasse eingedrungen sind und so die Durchschnittszahl erniedrigt haben. Nicht viel geringer aber ist die Vermehrung der Censiten mit mehr als 3000 M. gewesen, und trotzdem zeigt sich hier eine Erhöhung des Durchschnittseinkommens. Das scheint gerade nicht gegen die „von socialdemokratischer Seite aufgestellte Behauptung" zu sprechen, daß der „Löwenanteil an der Einkommensvermehrung auf die reiche Minderheit falle." Wenn auf die Einkommen über 9500 M. „nur" ein Fünftel der Einkommensvermehrung gefallen ist, so ist zu bedenken, daß die Personen mit über 9500 M. nicht ein Fünftel, sondern einen verschwindend kleinen Bruchteil der Bevölkerung bilden, daß ihre Teilnahme an der Einkommensvermehrung also ganz unverhältnismäßig groß ist. Von 1896 bis 1901 hat sich das steuerpflichtige Einkommen der Erwerbsgesellschaften von rund 175½ Millionen auf rund 478 Millionen vermehrt, während die Zahl der Gesellschaften selbst nur von 1929 auf 2666 stieg. Man braucht also nicht zu fürchten, daß die besitzenden Klassen bei dem wirtschaftlichen Aufschwung irgendwie zu kurz gekommen wären.

Will man wirklich von einem Steigen des Wohlstandes, von einer langsamen Verschiebung der Güterverteilung zu Gunsten der arbeitenden Klassen sprechen, dann wird man nicht bloß alles das mit in Erwägung ziehen müssen, man wird nicht nur die gesteigerten Kosten der Lebenshaltung mit in Anrechnung zu bringen haben, sondern man wird auch abwarten müssen, wie sich die Verhältnisse unter dem Zeichen der ungünstigen Konjunktur weiter entwickeln werden. Von 1892 bis 1896 vollzieht sich der Aufstieg in die untersten Steuerklassen außerordentlich langsam und ist vielleicht zum großen Teile auf genauere Erhebung zurückzuführen. Erst das folgende Jahrfünft bringt einen verhältnismäßig beträchtlichen Aufschwung. Bis zu welchem Grade diese allerdings geringfügige, aber immerhin vorhandene Erhöhung niedriger Einkommen auf die Thätigkeit der modernen Arbeiterbewegung zurückzuführen ist, darüber wissen offiziöse Quellen natürlich nichts zu sagen.

Im übrigen müssen wir gestehen, daß wir dieser „Entwickelung" der Einkommenverhältnisse keine allzu große Bedeutung beimessen, abgesehen davon, daß die Statistik immer wieder aufs neue die erschütternde, aufreizende Thatsache feststellt, daß der ganze strahlende Glanz der kapitalistischen Produktionsweise nur einen winzigen Bruchteil der Bevölkerung belichtet, während die große Masse nach wie vor gezwungen ist, im Schatten dieses gesammelten Lichtes zu leben. Erstlich ist, wie gesagt, die Einkommenstatistik keine Haushaltungsstatistik — sie kennzeichnet nicht die Materie der Lebenshaltung. Dann aber: wenn man wirklich zugeben kann, daß in Zeiten des Aufschwungs unter dem Druck der organisierten Arbeiterschaft, von den verschwenderischen Schätzen kapitalistischer Ausbeutung ein paar Brocken mehr für die Ausgebeuteten abfallen — welcher Trost liegt in solcher „Entwicklung" für die Masse der Leidenden! Die bürgerlichen Reformer, die auf diese „Empor"-Entwicklung überschwängliche Hoffnungen setzen, verhöhnen geradezu das Elend. Sie sollen sich nur einmal ausrechnen, wie **viel hundert Jahre** es währen würde, den jetzigen „erfreulichen" Grad der Entwicklung vorausgesetzt, bis der Zustand erreicht wäre, daß die ganze Bevölkerung auch nur die Einkommengrenze erreicht, bei der die schlimmste Not beseitigt wäre. Und dabei müßte man noch annehmen, daß sich nicht inzwischen die Kaufkraft des Einkommens zu Ungunsten der Massen verschiebt und die ganze schöne Entwicklungsrechnung über den Haufen wirft.

Die Massen des Elends haben nicht die Geduld, in „wissenschaftlicher Beschaulichkeit" mit derlei geologischen Perioden der durch langsame Entwicklung des Kapitalismus möglicherweise nach Jahrtausenden zu erzielenden Besserung zu rechnen. Für sie ist jede Einkommenstatistik nur ein erneuter Beweis ihrer Not und gerade die kleinen Schwankungen, die unendlich langsamen und winzigen Besserungen verschärfen das Gefühl dafür, wie eng die Möglichkeiten des Kapitalismus für die Massen sind und bleiben — des ehern zwingenden Kapitalismus, der für ein paar Glückliche ein Füllhorn von Märchenschätzen und für die Millionen die ewige Galeere ist. —

Die Beleidigungsfreiheit der Staatsanwalte.

Schlag auf Schlag beweist jetzt das Ober-Verwaltungsgericht, daß es den Ehrgeiz hat, der Hort aller Reaktion zu sein und allen andren Gerichten vorbildlich zu werden in der Methode, die Gesetze so zu verstehen, daß sie unter allen Umständen zu Ungunsten der Socialdemokraten wirken.

Gestern teilten wir das Urteil mit, wonach ein Komitee von drei Personen einen Verein darstellt und ein von ihm einberufener Parteitag eine Vereinsversammlung sei — heute erfahren wir, was sich ein Socialdemokrat von einem Staatsanwalt vor Gericht sagen lassen muß. Das Urteil, das selbst verhärtete Freunde der heutigen Staatsordnung und Socialistenfeinde erschrecken muß, fällte der 1. Senat des Ober-Verwaltungsgerichts in seiner letzten Sitzung. Es handelte sich um einen Konflikt, den der Oberstaatsanwalt in Hamm zu Gunsten des Amtsanwalts von Dewitz, genannt von Krebs, erhoben hatte, nachdem der Amtsanwalt von dem Parteigenossen Erdmann zu Dortmund wegen öffentlicher verleumderischer Beleidigung verklagt worden war.

Die Ursache der ganzen Geschichte war eine Lappalie. Der Schriftenverfasser Erdmann, ein in Dortmund und Westfalen sehr bekannter Parteigenosse, war eines Nachts mit zwei Dortmunder Schutzleuten in einen Wortwechsel geraten und hatte dann wegen „Störung der nächtlichen Ruhe und groben Unfugs" ein polizeiliches Strafmandat über 20 M. erhalten, das er durch Einspruch anfocht. In der Sitzung des Schöffengerichts kam es wegen der Art, wie der Amtsanwalt und der Vorsitzende, Assessor Frey, den „Socialdemokraten" behandelte, zu einer Auseinandersetzung, die Erdmann eine Ungebührstrafe eintrug. Der Einspruch Erdmanns wegen des Strafmandats wurde verworfen.

Gegen den Amtsanwalt erhob Erdmann, wie schon gesagt, die Beleidigungsklage, indem er geltend machte:

Der Amtsanwalt habe im Schlußplaidoyer, in dem er für die höchste Strafe von 6 Wochen Haft eintrat, gesagt:

„Erdmann ist **eine der verkommenen Existenzen, die zu der Socialdemokratie gehen, um den Dummen das Geld aus der Tasche zu nehmen, weil sie keine Lust zur ordentlichen Arbeit mehr haben.** Er ist ein gemeingefährlicher Mensch und muß unschädlich gemacht werden. Erdmann provoziert absichtlich Streitigkeiten mit der Polizei, um Gerichtsverhandlungen herbeizuführen, die in die Zeitung kämen und ihm Vorteil brächten." —

Das Amtsgericht eröffnete auch das Verfahren, der Ober-Staatsanwalt zu Hamm erhob dann aber den Konflikt, so daß das Verfahren vorläufig eingestellt werden mußte.

Der Oberstaatsanwalt verlangte im Konfliktsbeschluß die endgültige Einstellung des Privat-Klageverfahrens, weil sich der Amtsanwalt im Rahmen seiner Amtsbefugnisse gehalten habe, wenn er nach seiner, mit der des Privatklägers nicht übereinstimmenden Darstellung **auf Grund einer Information des Polizeikommissars Elsholz** ausgeführt habe:

„Der Angeklagte hat in Dortmund eine gute Stellung als Bureauchef innegehabt, ist aber entlassen worden. Er hat sich der **Socialdemokratie** zugewendet **und gehört zu ihren Dortmunder Führern. Diese sind vielfach unzufriedene oder verkommene Existenzen, die meist ihre Lehren selbst nicht glauben, und denen es nur darauf ankommt, den Arbeitern die Groschen aus der Tasche zu ziehen, um davon leben zu können, und die von sich reden machen.** Nach Ansicht der Anklagebehörde muß man solche Menschen **möglichst unschädlich machen, da sie** Religion, Thron und Vaterland bedrohen. Es ist Pflicht nicht allein eines jeden Beamten, sondern auch jedes Vaterlandsfreundes, diese Leute, wo man nur könne, mit allen Mitteln des Gesetzes zu bekämpfen, um ihren Anhängern zu zeigen, wohin das führe."

Die „Information" des Polizeikommissars Elsholz, die von geradezu klassischem Wert ist, lautet: „Erdmann ist ein ganz verkommener Mensch. Er hatte früher beim Rechtsanwalt Kohn eine gute Stellung als Bureauvorsteher, ist weggejagt worden und hat sich der Socialdemokratie zugewendet. Er sei zu einer ihrer Hauptstützen geworden, wohl aber nur Geschäftssocialist. Er hat ein eignes Bureau gegründet und hat großen Zulauf. **Er zieht den Arbeitern das Geld aus der Tasche** und **wiegelt die Leute auf, wo er nur kann, aber stets so, daß er nicht zu fassen ist.** Die Polizei hat eine große Last mit ihm."

Wie aus dem Vortrage des Sachverhalts hervorging, hat eine nachträgliche Beweiserhebung stattgefunden. Es wurden der Richter, die Schöffen und der Protokollführer aus der denkwürdigen Sitzung vernommen. In der Hauptsache hatte die Zeugen ihr Gedächtnis im Stich gelassen: es sei zu lange her. Der Protokollführer konnte sich aber wenigstens des „Eindrucks" entsinnen, daß die Bezeichnung „verkommene Existenzen", selbst wenn sie auch die andren Führer der Socialdemokratie Dortmunds betroffen habe, sich doch auf den Privatkläger mitbezogen hätte. Er habe auch den Eindruck gehabt, daß der Vorwurf mit Bezug auf den Kläger nicht berechtigt gewesen sei.

Vor dem Ober-Verwaltungsgericht wurde Erdmann durch den Rechtsanwalt Frank-Dortmund vertreten. Der Anwalt hob das Ungebührliche der fraglichen Aeußerungen des Amtsanwalts von Dewitz hervor. Sie hätten mit jener damals in Frage stehenden Lappalie in gar keinem Zusammenhange gestanden und seien unwahr, möge man nun den Wortlaut der Privatklage oder den andern zu Grunde legen. Die Absicht der Beleidigung wäre unverkennbar. Wenn der Amtsanwalt sage, E. sei Socialdemokrat, und viele Socialistenführer glaubten nicht an das, was sie vertreten, dann könne man diese Beleidigung mit parlamentarischen Ausdrücken überhaupt nicht mehr kennzeichnen. Kein Zweifel, der Privatkläger habe dadurch getroffen werden sollen. Einen schwereren Vorwurf als den, daß er seine politische Anschauungen nur heuchele, könne man niemand machen. Zum Teil habe der Amtsanwalt seine Behauptungen **geradezu wider besseres Wissen** gemacht, z. B. über die Ausbeutung der Arbeiter. Es sei in Dortmund allgemein bekannt, daß Erdmann eine ausgebreitete Praxis als Schriftenverfasser namentlich in Unfallsachen, sowie in Civil- und Strafsachen habe. Daraus ziehe er seinen Erwerb. Aus seiner politischen Thätigkeit in der socialdemokratischen Partei ziehe Erdmann **keinerlei** Einkünfte. **Im Gegenteil koste sie ihm Geld,** weil er häufig Reisen mache. Das Eintrittsgeld zu den socialdemokratischen Versammlungen, wo er Vorträge halte, fließe in die Parteikasse, nicht in die Taschen des Klägers. Selbst wenn der Amtsanwalt, wie er angebe, dem Bericht des Polizeikommissars geglaubt habe, dann hätte er bei dem Satze, E. wolle den Dummen das Geld aus der Tasche nehmen, stutzig werden müssen. Das würde denn doch zu weit gehen, wenn ein Amtsanwalt das schmähende und hochgradig beleidigende Urteil eines untergeordneten Polizeibeamten dem Angeklagten in öffentlicher Gerichtssitzung ins Gesicht schleudern dürfte. Nun sage noch der Ober-Staatsanwalt in seinem Konflikt, wenn die Aeußerungen des Amtsanwalts zu schlimm gewesen wären, hätte wohl der Vorsitzende Assessor Frey eingegriffen. Darauf sei zu erwidern, daß dieser **Assessor Frey** stets wegen seiner Art zu verhandeln — er sei sogar vor Schimpfworten nicht zurückgeschreckt — Aergernis erregt habe. Auf vielfache **Beschwerden** aus dem Publikum und **aus Rechtsanwaltskreisen** habe ihn kürzlich der Oberlandesgerichts-Präsident **seiner Stellung entsetzt** und in eine Civilabteilung versetzt. Seine ganze Art und Weise zu verhandeln sei so aufreizend, daß man es dem Privatkläger nicht verargen könne, wenn er in jener Sitzung sich zu scharfen Einwänden habe hinreißen lassen.

Erdmann, der persönlich erschienen war, beantragte gleich dem Anwalt, den Konflikt für nicht begründet zu erklären, damit ihm Gelegenheit gegeben wäre, den Amtsanwalt wegen der ihm, Erdmanns, zu teil gewordenen schweren Kränkung, die ihn sowohl als Menschen, wie als Politiker treffe, vor Gericht zu citieren.

Das Ober-Verwaltungsgericht erklärte indessen den Konflikt für **begründet**, so daß das Verfahren gegen den Amtsanwalt endgültig **einzustellen** ist.

Die Urteilsbegründung erging dahin.

Es komme nur darauf an, ob objektiv eine Amtsüberschreitung des Amtsanwalts vorliege. Das verneine das Gericht. Es gebe davon aus, **daß der Vertreter der Anklagebehörde Ausführungen allgemeiner Art über die Persönlichkeit der Beschuldigten machen dürfe.** Hier lagen derartige Ausführungen um so näher, als sich der Amtsanwalt bewogen fühlte, die höchste Strafe von sechs Wochen Haft zu

beantragen (Es wurden 30 Mark Geldstrafe verhängt. Der Berichterstatter.) und ihm daran liegen mußte, die Persönlichkeit des damaligen Angeklagten in das seines Erachtens richtige Licht zu setzen. Dazu habe er sich bewogen gefühlt durch seine Annahme, daß der Angeklagte den Streit mit den Schutzleuten vom Zaune gebrochen habe, und durch das hartnäckige Leugnen der Schuld durch Erdmann, sowie auch, weil der Amtsanwalt glaubte (!), einen inneren Zusammenhang zu sehen zwischen der prononcierten Stellung des jetzigen Privatklägers als eines socialdemokratischen Agitators und dem fraglichen nächtlichen Vorgange. Zu seinen Aeußerungen habe der Amtsanwalt eine ausreichende Grundlage in dem ihm erstatteten Bericht des Polizeikommissars gehabt. Etwas andres habe er nicht vorgetragen. — Was einzelne der Aeußerungen anlange, **so halte sie der Gerichtshof für gar nicht so schlimm,** wie Erdmann ihne. Wenn der Amtsanwalt von Führern der Socialdemokratie spreche, die als Feinde von Thron, Religion ꝛc., gemeingefährlich seien und unschädlich gemacht werden müßten, dann sei das „gemeingefährlich" nicht allgemein angewandt, sondern enthalte nur ein Urteil des Amtsanwalts über die seiner Meinung nach bedrohlichen Tendenzen der Socialdemokratie. Und durch die Worte, E. sei **zur Socialdemokratie gegangen, um den Dummen das Geld aus den Taschen zu ziehen,** dann solle damit nicht auf betrügerische Manipulationen hingedeutet werden. Der Amtsanwalt wolle damit vielmehr nur seine aus dem Bericht des Polizeikommissars gewonnene Annahme aussprechen, daß der Privatkläger aus seiner Stellung in der Socialdemokratie eine Einnahmequelle zu machen suche, daß er in der Partei seinen Erwerb suche, indem er Schriften für die Partei und ihre Anhänger verfasse und dergleichen mehr. — Die Worte aber, daß E. eine andre Meinung habe, als er vertrete, schieden hier aus, weil sie — nicht in der Privatklage genannt seien. —

* * *

Ueber das Benehmen des Staatsanwalts ist kein Wort zu verlieren. Der Mann ist zu bedauern, daß er nach den trüben Erfahrungen in seinen Kreisen es sich nicht vorstellen kann, daß ein Mensch aus andren Motiven als den des „Brotstudiums" einer Sache dient. Es ist ferner in seinem Interesse zu beklagen, daß er für die herrlichste Bewegung der Gegenwart, den socialistischen Freiheitskampf, so gar kein Verständnis hat; er verliert mehr durch dieses Unverständnis der Socialdemokratie, als die Socialdemokratie durch seine Mißachtung. Eines aber kann man auch von einem Staatsanwalt verlangen, daß er sich bewußt bleibt, daß er einem wehrlosen Angeklagten übermächtig gegenübersteht, und daß er — nach den Grundsätzen allgemeiner Moral — um so mehr Zurückhaltung üben muß, je größer seine Macht und je wehrloser der Gegner ist. Selbst einem Verbrecher schuldet der Staatsanwalt noch eine menschliche Behandlung. Wie kann er es da über sich gewinnen, einem unbescholtenen Bürger, den ein völlig harmloser Verstoß vor Gericht führt, auf ein Polizei-Attest hin als vollständigen Lumpen zu brandmarken. Es herrschen seltsame Vorstellungen von Ritterlichkeit in manchen Kreisen.

Die reaktionäre Presse spricht gern davon, daß es notwendig sei, den Schutz gegen Ehrkränkungen zu verschärfen. Nach dem jetzigen Urteil des Ober-Verwaltungsgerichts scheint es in erster Linie notwendig, Schutz gegen Ehrkränkungen seitens der Staatsanwalte zu schaffen. Denn dieses Urteil liefert — wenigstens socialdemokratische — Angeklagte völlig schutzlos den standesgemäßen Meinungen und Umgangsgepflogenheiten der Staatsanwalte aus. Solch ein Beamter darf einem — etwa wegen groben Unfugs vor Gericht citierten Ehrenmann — Beleidigungen ins Gesicht schleudern, die mit schweren Gefängnisstrafen geahndet würden, sobald sie gegen einen Staatsanwalt erhoben würden, selbst dann, wenn sie begründet wären. Das Ober-Verwaltungsgericht findet nichts in solchen staatsanwaltlichen Selbstbekenntnissen. Vor Gericht ist ein Socialdemokrat jeder noch so verkehrten Einbildung des Staatsanwalts ausgeliefert. Seine Ehre ist vogelfrei, und zugleich die Ehre seiner Parteigenossen. Das Ober-Verwaltungsgericht hält das durchaus für eine berechtigte Ausübung amtlicher Befugnisse.

Es kann nicht ausbleiben, daß die Neigung der Staatsanwalte zu kränkenden und unbegründeten Schneidigkeiten durch diese Entscheidung noch verstärkt wird. Die weitere Folge muß sein, daß die von solchen staatsanwaltlichen Uebergriffen betroffenen Personen vor Gericht sich wehren und — gemäß dem Schutzparagraphen 199 des Strafgesetzbuchs — die Beleidigung „auf der Stelle" erwidern. Für eine geordnete und ruhige Rechtspflege dürften solche Verhältnisse nicht ersprießlich sein. —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 10. Juli.

Deutscher Kolonialschacher?

Einem Berliner Blatt geht folgende Nachricht über den von Deutschland beabsichtigten Ankauf des portugiesischen Macao in Südchina zu:

„Mehrere Londoner Morgenblätter veröffentlichen eine Lissaboner Depesche, der zufolge der deutsche Gesandte Graf Tattenbach eine Privatunterredung mit dem portugiesischen Minister des Auswärtigen über den Ankauf Macaos durch Deutschland für eine Million Pfd. Sterl. gepflogen habe. Deutsche Missionare sollen bereits Grundstücke in Macao käuflich erworben haben. Es verlaute, England würde ohne wesentliche Entschädigung die Abtretung Macaos an Deutschlands niemals dulden."

Das Blatt beeilt sich natürlich, hinter diese Nachricht, die nach einer andren Londoner Meldung auch bereits von dem portugiesischen Minister des Auswärtigen dementiert worden sei, ein dickes Fragezeichen zu machen. Wir unsrerseits vermöchten selbst in einem derartigen portugiesischen Dementi keine feste Bürgschaft zu erblicken, daß ein solcher neuer Kolonialerwerb in China durch Deutschland nicht beabsichtigt sei. Daß Deutschland in China bei jeder sich auch nur bietenden Gelegenheit bemüht sein wird, einen neuen „Nagel einzuschlagen", unterliegt keinem Zweifel, und an die Erhöhung von Kolonien sind wir ja seit dem Ankaufe der ehemals spanischen oceanischen Inselgruppen gewöhnt.

Daß irgend ein Kolonialschacher im Werke ist, beweist auch ein sehr merkwürdiger Artikel des Freiherrn v. Zedlitz im „Tag". Zedlitz plaudert in dem „Realpolitische Ketzereien" benamseten Artikel zunächst über die Notwendigkeit, das gleiche und geheime Wahlrecht gegen die Kompensation der Diätengewährung an den Reichstag zu beseitigen, sowie über eine an die Aufhebung des Jesuitengesetzes zu bindende Kompensationspolitik der Regierung, aber offenbar nur, um alsdann mit um so behaglicher Breite Betrachtungen über koloniale Schacherpolitik in die Oeffentlichkeit lancieren zu können. Herr v. Zedlitz proponiert nämlich in aller Unbefangenheit, unsre älteste afrikanische Kolonie, Deutsch-Ostafrika, einfach an die Engländer zu verhandeln. England, dessen asiatischer Kolonialkrieg ja doch gefährdet sei, habe das größte Interesse daran, einen möglichst großen Teil Afrikas zur Abrundung seines jetzigen Besitzes in seine Hand zu bringen, und werde infolgedessen kein allzu knickriger Käufer sein. Für den Erlös könne man sich ja anderweitig ankaufen!

Welche Absicht Herr v. Zedlitz mit seinem Artikel auch verfolgen mag: offenbar ist etwas im Sinne des Zedlitzschen Vorschlages im Werke. Möglich, daß Herr v. Zedlitz als Sprachrohr gewisser Wünsche und Bemühungen fungiert, möglich auch, daß er sich nur zum Anwalt der Sache aufwirft, um sie bei Zeiten zu diskreditieren und zu Fall zu bringen.

Wir unsrerseits würden einen vorteilhaften Verkauf der traurigen Erbschaft des Hänge-Peters mit Freuden begrüßen, wenn man diese weltpolitisch relativ unschädliche Kolonie nicht lediglich deshalb verhökern möchte, um sich anderweitig, aller Wahrscheinlichkeit nach also in dem so konfliktsschwangeren Ostasien, desto blindwütiger in weltpolitische Abenteuer zu stürzen. Unter solchen Umständen können wir den möglicherweise schon im Gange befindlichen kolonialen Kuhhandel nicht zeitig genug denunzieren und heftig genug bekämpfen!

* * *

Deutsches Reich.

Das Ober-Verwaltungsgericht und der Zolltarif. Die Stadtverordneten-Versammlung in Hanau hat im Mai d. J. eine Petition gegen den Zolltarif beschlossen. Es kam darüber zum Konflikt. Das Ober-Verwaltungsgericht — klassisch wie immer! — hat nun der „Schlesischen Zeitung" zufolge ein Urteil gefällt, in dem es heißt:

„Eine Stadtverordneten-Versammlung überschreitet ihre Befugnisse, wenn sie eine Petition gegen den Zolltarif-Entwurf auf Grund der Behauptungen beschließt, daß die Arbeiterbevölkerung ihrer Stadt unter den erhöhten Lebensmittelpreisen leiden müßte und die Industrie derselben ohne langfristige Handelsverträge geschädigt werde. Denn diese Behauptungen bedeuten noch keine besondere lokale Beziehung der Zolltarif-Novelle zu den Angelegenheiten gerade dieser Gemeinde.

Man könnte es verstehen, wenn auch nicht billigen, daß das Ober-Verwaltungsgericht meint, eine Stadtvertretung habe nicht das Recht im Namen der Stadt zu petitionieren, sofern nur auf die allgemeine Schädlichkeit des Tarifs hingewiesen wird. Unverständlich aber ist es, daß eine Petition, die ausdrücklich auf das besondere lokale Interesse der Stadt hinweist, unzulässig sein soll. Das Ober-Verwaltungsgericht hat es in dieser Entscheidung glücklich zu dem in sich widersprechenden Satz gebracht; daß der Hinweis auf lokale Interessen kein Hinweis auf das Interesse gerade dieser Gemeinde sei. Schulze mag noch ein starkes persönliches Interesse an einer Sache haben, wenn Schulze aber das Unglück hat, daß auch andre Leute das gleiche Interesse haben, so ist kein persönliches und besonderes Interesse mehr — so will es die Logik des Ober-Verwaltungsgerichts. Danach kann eine Stadtvertretung aber überhaupt nicht mehr petitionieren, denn es giebt kein besonderes lokales Interesse irgend einer Gemeinde, das nicht auch andre Gemeinden mit ihr teilen. Die Wege des Ober-Verwaltungsgerichts werden immer dunkler. —

Civil vor der Militärjustiz. Kiel, 9. Juli. Den Lesern des „Vorwärts" dürfte noch der Aufsehen erregende Fall eines bestialisch ausgeführten Totschlags in Erinnerung sein, der im April d. J. aus Kiel gemeldet wurde. Ein Mariner hatte am hellen Tage in belebtester Gegend der Stadt einen Schlosserlehrling angefallen, ihm mehrere Messerstiche in den Unterleib versetzt und den besinnungslos am Boden liegenden so lange mit Fußtritten traktiert, bis er den Geist aufgab. Die allgemeine Empörung, die die viehische That in der hiesigen Bevölkerung erregt hatte, wurde noch gesteigert, als bekannt wurde, daß das Kriegsgericht das Verbrechen mit einer Strafe von vier Jahren Gefängnis für gesühnt erachtete. Auf diese Vorgänge nahm in höchst eigenartiger Weise eine Gerichtsverhandlung Bezug, die gestern vor dem Kriegsgericht der Ersten Marine-Inspektion stattfand. Angeklagt waren der Oberheizer Scharf und der Matrose Ziesemer, beide vom Tender „Hay", ersterer wegen körperlicher Mißhandlung, letzterer wegen versuchter Gefangenenbefreiung. Es handelte sich um eine jener Anrempelungen, deren sich die hiesige Civilbevölkerung fast tagtäglich von den Marinern zu versehen hat, und die zwei Tage nach der eingangs erwähnten Unthat passiert war. Der Angeklagte Scharf hatte in einer der Hafenstraßen einen von der Arbeit kommenden Werftarbeiter angestoßen und war, als dieser sich das verbat, über ihn hergefallen und hatte ihm mehrere Schläge ins Gesicht versetzt, so daß ihm das Blut aus der Nase floß und er taumelnd zur Erde stürzte. Es entstand ein Menschenauflauf, ein Schutzmann kam hinzu und verhaftete den Angreifer. Der Schutzmann rief der Menge zu, er werde von seiner Waffe Gebrauch machen, wenn man seinen Arrestanten belästige. Auf dem Weg zur Wache suchte der Angeklagte Ziesemer seinen Maaten zu befreien. Als Zeugen sind geladen der Schutzmann, der überfallene Arbeiter und drei weitere Civilisten sowie ein Matrose, die Augenzeugen des Vorfalls gewesen. Der Schutzmann und die vier Civilzeugen schilderten die Vorgänge im Sinne der Anklage wie dargestellt. Der Matrose machte entlastende Aussagen. Das Gericht beschloß, entgegen dem lebhaften Widerspruch des Anklägers, **sämtliche vier Civilzeugen samt dem Schutzmann unvereidigt zu lassen; sie seien wegen Animosität gegen die Marine nicht glaubwürdig. Der Matrose wurde vereidigt.** Natürlich erfolgte daraufhin die Freisprechung der Angeklagten, trotzdem Scharf, der erst alles abgeleugnet hatte, kurz vor der Urteilsverkündigung sich verplapperte und zugab, den Arbeiter angerempelt, wenn auch nicht zuerst geschlagen zu haben. Als erschwerender Umstand für die Unglaubwürdigkeit des Hauptbelastungszeugen, des Mißhandelten, wurde im Urteil dessen Vorstrafe wegen Körperverletzung angeführt. Der Angeklagte Scharf aber, dessen Aussagen das Gericht mehr Glauben schenkte als sämtlichen civilen Belastungszeugen, ist vor Dienstantritt wegen gemeinsamen Hausfriedensbruchs, Diebstahls, Betrugs usw. mehrfach vorbestraft.

Offiziöser Steuerhumbug. Herr Victor Schweinburg beschäftigt sich in seinen „Berliner Politischen Nachrichten" mit unsren jüngsten Darlegungen über die deutsche Finanzwirtschaft in einer Weise, die eine wahrhaft verblüffende Verständnislosigkeit verrät, wie man sie dem ehemaligen Vertrauensmanne Miquels kaum zutrauen sollte. Wir sollen gegen die Bundesstaaten „die schwersten Vorwürfe erhoben" haben, weil sie neben den Verbrauchsabgaben im Reiche noch 77 Millionen Verbrauchssteuern beziehen. Herr Schweinburg belehrt uns, daß diese Erträge zum großen Teil wieder dem Reiche zu gute kommen. Das zu leugnen ist uns natürlich gar nicht eingefallen, sondern wir haben durch Vorführung dieses Thatsachenmaterials die den besitzenden Klassen sehr bequeme Auffassung bekämpft, als ob die Verbrauchsbesteuerung die ausschließliche und einzig naturgemäße Steuerquelle des Reiches wäre, während alle Beschlußfassungen über Steuern, die den Besitz treffen, den landtäglichen Klassenparlamenten vorbehalten bleiben müßten.

Besonders unangenehm ist Herrn Schweinburg unsre Feststellung der wahrhaft schändlichen Ertraglosigkeit unsrer Erbschaftssteuern. Er versucht die Wirkung dieses Zahlenmaterials dadurch abzuschwächen, daß er hervorhebt, Preußen belaste ja das Vermögen durch eine Ergänzungssteuer, wie sie in England und Frankreich unbekannt sei. Die Erträge dieser Vermögenssteuer möchte er gerne mit in Rechnung ziehen, um das moralische Defizit unsres Steuersystems thunlichst zu decken. Wenn er sich aber auf die 35⅓ Millionen Ergänzungssteuern, die im ganzen Reiche erhoben werden, soviel zu gute thut, vergißt er ganz, daß trotz dieser 35⅓ Millionen unter den drei verglichenen Staaten Deutschland den geringsten Ertrag aus direkten Steuern bezieht, und zwar nicht bloß absolut, sondern auch relativ im Verhältnis zur Gesamteinnahme. England bezog 1901 fast ein Fünftel der gesamten Staatseinkünfte aus seinen Einkommensteuern, der Anteil der direkten Steuern am gesamten Finanzertrag beträgt in Frankreich fast ein Siebentel, in Deutschland beträgt es aber kaum ein — Fünfzehntel! Wir verhehlen uns durchaus nicht, daß es sich hier nur um rohe Zahlen handeln kann, da eine genaue Vergleichung der verschieden eingerichteten Budgets nicht möglich ist — aber wohin kommt Herr Schweinburg mit seiner Behauptung, unsre ganze „Hetzcampagne" sei auf durchweg unwahren Behauptungen aufgebaut, und die Vermögen würden in den meisten deutschen Bundesstaaten zur Genüge herangezogen?

Der Hetzer ist vielmehr Herr Schweinburg selbst; er hetzt gegen jede Bestrebung, die Lasten der Reichs-Finanzreform von den Schultern der arbeitenden Klassen fernzuhalten. Jeder, der gegen neue Bier- und Tabaksteuern direkte oder indirekte Argumente bringt, ist ihm ein Staatsverräter. —

Eine auffallende Freisprechung. Aus Dresden meldet die „Leipziger Volkszeitung": Ein nächtliches Renkontre zwischen einem Militärbeamten und einem Gendarmen war der Gegenstand einer umfänglichen Verhandlung vor dem hiesigen Kriegsgericht der dritten Division Nr. 32. Der Intendantur-Sekretär Paul Oswald Herrmann von der Intendantur des 12. Armeecorps hatte sich wegen Beamtenbeleidigung, Widerstandes gegen die Staatsgewalt, thätlichen Angriffs und ruhestörenden Lärms zu verantworten. Der Angeklagte hatte in der Nacht zum 26. Februar in einem Hotel auf der Königsbrücker Straße mit mehreren Offizieren und seinem Vater tüchtig gezecht und verübte nun beim Hinaustreten auf die Straße dermaßen Skandal, daß sich der Gendarm Liebers II zum Einschreiten veranlaßt sah. Auf die Aufforderung, ruhig zu sein, fuhr ihn der Krakeeler mit den Worten an: „Sie haben mir gar nichts zu sagen, bei mir zählt ein Gendarm überhaupt nichts. Ich bin Militärbeamter im Lieutenantsrange, während Sie höchstens Sergeant gewesen sind. Weiter haben Sie es nicht gebracht, sonst würden Sie sich nicht für 85 Mark in die Gendarmerie stellen. Sie sind **gar nichts vor meinen Augen.**" Der Angeklagte nannte dem Schutzmann auch nicht seinen Namen, noch viel weniger ging er freiwillig zur Polizeiwache mit. Als der Gendarm den Widerspenstigen anfassen wollte, **schlug dieser mit den Fäusten mit ein.** Erst mit Hilfe eines Straßenpassanten konnte H. ein Stück fortgeschleppt werden. Der Transport des Gefangenen war sehr schwierig. Wiederholt versuchte der Angeklagte zu fliehen, wurde aber stets wieder eingeholt, **wohl ca. viermal ließ ihn der Gendarm,** dem die ganze Geschichte außerordentlich peinlich war, wieder laufen, allein H. hörte mit Schimpfen und Lärmen nicht auf. Erst als ein zweiter Gendarm hinzugerufen wurde, gab der Angeklagte nach nochmaligem heftigen Widerstand sein Skandalieren auf und legitimierte sich durch eine — Visitenkarte. Nach der Wache wurde er nicht geschafft. Nach Schilderung des Gendarmen Liebers hat sich H. so roh und gemein benommen, daß er glaubte, einen Mann aus dem niedersten Stande vor sich zu haben. Nach seiner und andrer Zeugen Ansicht war H. höchstens angetrunken, **denn er konnte gut und schnell laufen und auch klare Antworten geben.** Angeklagter selbst will sich auf nichts mehr besinnen können, da er sinnlos betrunken gewesen sei. Nach dem Gutachten des Sachverständigen Stabsarzt Dr. Bennecke ist H. bei Begehung der That nicht zurechnungsfähig gewesen. Angeklagter sei Neurastheniker und Epileptiker, zudem auch erblich belastet. Bei epileptisch veranlagten Personen komme es aber oft vor, daß sie von pathologischen Traum- und Dämmerungszuständen befallen werden, von denen andre gar nichts merkten. Infolgedessen wird der Angeklagte **freigesprochen.** —

Ein Gouverneur-Wechsel in Südwest-Afrika soll nach einer Zuschrift der „Rheinisch-Westf. Ztg." demnächst bevorstehen. Als Kandidaten für den Gouverneurposten werden der frühere Bezirkshauptmann von Keelmanshoop, jetziger Legationsrat Gohnelli, der Generalkonsul von Kapstadt v. Lindequist und Major v. Estorff genannt. Jeder dieser drei soll sich bedeutender Sympathien unter den Ansiedlern der Kolonie erfreuen, während der jetzige Gouverneur Leutwein allseitigste Antipathie genießen soll.

Leutwein soll es in keiner Weise verstanden haben, zu den Ansiedlern, deren Zahl 3500, darunter 2000 Deutsche beträgt, in ein zufriedenstellendes Verhältnis zu treten. Den Ansiedlungsbestrebungen seien von Leutwein allerhand Schwierigkeiten bereitet worden, namentlich in Bezug auf den Erwerb von Waffen und Munition, worüber geradezu chikanöse Bestimmungen beständen, während der Gouverneur andrerseits der Deutschen Kolonialgesellschaft das größte Entgegenkommen bewiesen habe.

Stutzig macht uns an dieser Kritik der Thätigkeit Leutweins der scharfe Tadel an dem allzu liebenswürdigen Verhalten den Eingeborenen gegenüber. Die Eingeborenen, heißt es in der Zuschrift, würden in jeder erdenklichen Beziehung vorgezogen. Ihnen beweise man jedes Entgegenkommen, das man den weißen Ansiedlern verweigere. „Schmutzigen Eingeborenen-Häuptlingen" habe man Ehrendegen verliehen, man sehe es den Farbigen nach, daß sie sich den Weißen gegenüber „alle Frechheiten und Unverschämtheiten erlaubten." Das jetzige Gouvernement habe durch seine Nachsicht einen „kräftigen Tropenkoller großgezogen.".

Gegen die Vorwürfe, die Leutwein wegen seines Verhaltens gegenüber den Ansiedlern gemacht werden, wird dieser sich zu verteidigen haben. Dagegen sind wir von vornherein geneigt, die Anklagen gegen den Gouverneur wegen seiner allzugroßen Konzillanz gegen die Eingeborenen für übertrieben zu halten. Eine tolerante und verständige Behandlung der Eingeborenen in unsren Kolonien ist etwas so seltenes, daß ein Gouverneur nur unsre Sympathie beansprucht, dem allzugroße Humanität gegen die Eingeborenen vorgeworfen wird. Die Geschichte Südafrikas beweist hinlänglich, daß die weißen Ansiedler nur zu leicht zu einer Brutalisierung der Eingeborenen neigten, die sie als eine inferiore, nur zu Kulidiensten verwendbare Rasse betrachteten. Es wäre höchst bedauerlich, wenn ein Gouvernementswechsel in Südwest-Afrika auch zu einem Wechsel der Eingeborenenpolitik führen würde. Ein solcher Wechsel wäre um so gefährlicher, als die Eingeborenen, die Bondelzwarts, die Ovambos, namentlich aber die „Withois" oder Bastards, nach der Zuschrift wohl bewaffnet und mit Munition versehen sind und in einem Konfliktfalle nichts weniger als zu verachtende Gegner sein würden. —

Eine wohlverdiente Züchtigung ist es, die der Berliner Korrespondent der „Times" der „Vossischen Zeitung" zu teil werden läßt. Die „Vossische", die noch den Mut hat, das Humanitum in China zu verteidigen, beruft sich auf einen Franzosen M. Jacques Grandin, der gleichzeitig erzählt, daß die deutschen und französischen Truppen freundnachbarlich am 14. Juli den Jahrestag der Erstürmung der Bastille feierten! Hierzu bemerkt der „Times"-Korrespondent: „Jene citoyens von Berlin, deren Leiborgan die „Vossische" ist, wären sicherlich froh, jene Feier auch auf deutschem Boden zu begehen; nur müßten sie den Ort der Feier wohl außerhalb des Brandenburger Thores wählen und die Versammlung dem Polizeipräsidenten nicht anmelden." Der Mut des deutschen Liberalismus ist weltbekannt."

Grandin gesteht übrigens zu, daß auch die Franzosen, Offiziere nicht ausgenommen, in China nach Herzenslust geplündert hätten. Schlechter freilich als die eignen Landsleute kommen bei ihm die verhaßten Engländer weg. „Die Engländer zeigten während des Feldzugs in China mehr Neigung für das Plündern als für die Gefahr. Man sah sie nur, wenn alles vorüber war, sich mit zu Tische setzen, um einzusacken. Die französischen und deutschen Fahnen wehten über Paotingfu, die Engländer gingen plündern." Von solchen Plünderungsscenen entwirft Grandin erschütternde Bilder der Todesverachtung, mit der die chinesischen Eigentümer des geplünderten Hauses sich lieber ins Jenseits schicken ließen, ehe sie das (vielleicht gar nicht vorhandene) Geld herausgaben, das die englischen Plünderer bei ihnen vermuteten.

Was nicht niet- und nagelfest war, wurde mitgenommen.

Es ist die alte Geschichte: eine Nation schwärzt immer die andre an. Wir brachten ja kürzlich einen Artikel über das Buch eines angesehenen englischen Kriegs-Berichterstatters, das von Erzählungen über die Hunnenthaten der andren Nationen, Deutschland einbegriffen, strotzte. Daß auch die englischen Truppen in China hunnisch gehaust haben, bezweifeln wir kaum, obgleich es ja gerade Graf Waldersee war, der den englischen Chinatruppen die glänzendste Censur ausgestellt hat. —

Das Junkertum in der Armee. Nach der neuen Rangliste für 1902 sind sämtliche Generale adlig; unter den 91 Generallieutenants sind 11 bürgerliche, unter den 171 Generalmajors 56. Der Prozentsatz der Bürgerlichen vermindert sich von den Majors ab mit jedem höheren Rang. 35 Regimenter haben ein ausschließlich adliges Offizierkorps, darunter alle Garde-Kavallerie-Regimenter und 7 Garde-Infanterie-Regimenter.

Die liberale Presse, der wir diese betrübende Thatsache entnehmen, hat eigentlich keinen Grund, sich allzu bitter zu beklagen, ist dies System, junkerlichen Sprößlingen die führenden Stellen in der Armee anzuvertrauen, doch nur eine Nachahmung des von den Liberalen so gepriesenen Friedericianischen Systems. Friedrich II. zog ja bekanntlich den windigsten Junkersproß den bewährtesten Veteranen bürgerlicher Abkunft vor.

Dem Proletariat kann die Verjunkerlichung der Armee äußerst gleichgültig sein. Ist doch zwischen der Loyalität und Gesinnung eines bürgerlichen Reserve-Unterlieutenants und eines adligen Generals auch mit der Lupe kaum ein Unterschied zu entdecken. —

Aus Baden wird uns vom 9. Juli geschrieben: In der gestrigen Sitzung der Zweiten Kammer wurden, wie zu erwarten war, die socialistischen Anträge betr. die **Errichtung eines Arbeitsamtes und einer Arbeiterkammer** mit allen gegen die Stimmen unsrer Fraktion abgelehnt. Demokraten und Freisinnige salvierten ihr Gewissen durch Einbringung einer nichtssagenden Resolution, in der die Regierung ersucht wird, dem nächsten Landtag einen auf der Basis der socialistischen Vorschläge aufgebauten Gesetzentwurf vorzulegen. Die Regierung hatte ihre ablehnende Haltung mit dem Hinweis auf die legislatorische Kompetenz des Reiches zu begründen versucht und behauptet, der Reichstag werde sich demnächst eingehend mit der Materie beschäftigen. Demgegenüber führte der Redner der socialistischen Fraktion, Abgeordneter Eichhorn, den Nachweis, daß vom Reichstag in dieser Sache auf lange Jahre hinaus nichts zu erwarten sei. Eine Reihe andrer Länder, wie Belgien, Holland, Italien, die Schweiz 2c., seien uns auf dem in Frage stehenden Gebiet weit voraus und auch Frankreich habe seine staatlichen Arbeiterausschüsse. Auch Einzelstaaten des Reiches hätten sich schon mit der Sache befaßt und sich davon durch Kompetenzbedenken nicht abhalten lassen. Die primitivste Gerechtigkeit verlange, daß in einem Staat, in dem alle andern Berufsstände ihre Interessenvertretungen haben, auch dem wichtigsten und zahlreichsten, dem Arbeiterstande, eine solche nicht vorenthalten werde. Half alles nichts — der Antrag wurde abgelehnt und der Kommissionsantrag auf Uebergang zur Tagesordnung angenommen.

Auch das „Herrenhaus" gab gestern eine charakteristische Probe seines Geistes, indem es das nähere Eingehen auf die zur Zeit das ganze Land bewegende Frage der Landtags-Wahlreform mit dem Hinweis auf den bereits morgen erfolgenden feierlichen Schluß der Session ablehnte. Mittelalterlich wie die ganze Einrichtung sind eben auch ihre politischen Thaten. —

In der „Leipziger Volkszeitung" werden von neuem, unter Citierung eines Helphandschen Artikels, unsinnige Angriffe gegen den „Vorwärts" verübt. Das Leipziger Blatt bringt folgendes:

„Zu unsrer neulichen Polemik mit dem „Vorwärts", der sich die gesamte Parteipresse, mit Ausnahme von drei oder vier Partei-Organen, durchaus ferngehalten hat, äußert sich als völlig Unbeteiligter und Unparteiischer nachträglich noch Genosse Parvus in seiner Weltpolitik. Parvus rekapituliert zunächst das Persönliche, das der „Vorwärts" dieser Polemik abgewonnen hatte, erinnert dann an einen öfters genannten Redacteur des „Vorwärts", der früher in Dresden gut revolutionär gewesen sei und in Berlin in denkbar kürzester Zeit zum „waschechten Vorwärtsredacteur" sich gewandelt habe — auch die Beuthstraße bildet ihre Leute! — und schließt dann, wie wir der „Rheinisch-Westfälischen Arbeiterzeitung" entnehmen, seine Ausführungen mit nachstehenden allgemeineren Betrachtungen, die für unsre Zeitung und unsre Leser Interesse genug bieten dürften, um sich nochmals mit der sonst unerquicklichen Polemik zu befassen:

> „Der Fall Jäckh ist nicht um Jäckhs willen in Scene gesetzt worden. Es gilt der „Leipziger Volkszeitung". Seitdem das Gerücht sich verbreitet hatte, daß die „Leipziger Volksztg." zum Organ der radikalen Richtung werde, legte sich eine Kette zwischen Breslau, Karlsruhe, München und Berlin, welche die Parteizeitungen an diesen Orten in der Bekämpfung der „Leipziger Volkszeitung" vereinigte. Von Verabredung ist gewiß keine Rede, es ist nur das geistige Band, das einigt. Die Taktik geht dahin, die „Leipziger Volkszeitung" in der Partei zu isolieren, sie als Krakeelernest hinzustellen und in Mißkredit zu bringen. Da nun an allen diesen und noch manchem andern Orte die „Leipziger Volkszeitung" speciell auf Ehrenkränkungsprozesse abgesucht wird, so können wir uns für die Zukunft noch auf manches Gezänk bereit machen. Ich meine doch, schon die Erfahrungen der Schutzleute bei der lex Heinze-Schnüffelei müßte unsren Genossen als Warnung dienen, nicht allzu eifrig bei ihrem pflichtgemäßen Aufgreifenmehmen im Interesse der Partei zu verfahren. Aber sie merken nicht einmal, wie sie dabei mitten in die Gesellschaft der bittersten Feinde der Partei, der schofelsten Reaktionäre geraten, die eine wahre Treibjagd gegen die „Leipziger Volkszeitung" eröffnet haben, nachdem bekannt geworden war, daß Genossin Luxemburg in den Redaktionsverband eintrete. Unter Deckung der Wahrung des Partei-Anstandes sucht man nach Gelegenheit zu persönlichen Streitereien... Man sucht einfach den Streit auf das persönliche Gebiet hinüberzuspielen, um einer sachlichen Diskussion zu entgehen. Da man die Gründe nicht widerlegen kann, sucht man die Personen in Mißkredit zu bringen."

Wir glauben unsrer Partei zu dienen, indem wir hierdurch erklären, daß wir ablehnen auf diese und alle etwaigen künftigen Unsinnigkeiten dieser Art zu erwidern.

Wir sind hierzu um so mehr genötigt, als die „Leipziger Volkszeitung" selbst Richtigstellungen von Thatsachen, wie wir sie jüngst ihren Verdächtigungen gegenüber gaben, unterschlägt. —

Rußland und die Brüsseler Zuckerkonvention.

Der § 4 der Brüsseler Zuckerkonvention bestimmt bekanntlich, daß die sich der Konvention anschließenden Staaten die Zuckereinfuhr aus solchen Ländern, die Fabrikations- oder Ausfuhrprämien gewähren, mit einem der Höhe dieser Prämien entsprechenden Kompensationszoll belegen müssen, falls sie nicht vorziehen, solche Einfuhr ganz zu verbieten. Diese Bestimmung richtet sich vornehmlich gegen Rußland, das sich an der Konferenz nicht beteiligte. Zur Abwehr hat jetzt die russische Regierung an die betreffenden Vertragsmächte eine Note gerichtet, in der sie nachzuweisen sucht, daß auf dem Zuckerexport aus Rußland der Kompensationszoll-Paragraph nicht anwendbar sei, da die russische Regierung die Zuckerausfuhr durch keinerlei Prämien fördere. Ihre Maßnahmen verfolgten allein den Zweck, die russische Zuckerproduktion dem Binnenmarkt anzupassen und häufigen Preisschwankungen vorzubeugen. Selbst aber wenn thatsächlich der russischen Zuckerindustrie Exportvergünstigung gewährt würde, dürften dennoch die Staaten, die mit Rußland Meistbegünstigungsverträge abgeschlossen hätten, auf Zucker russischer Provenienz keine specielle Steuer legen, da dies den betreffenden Verträgen widerspreche und deshalb von seiten Rußlands als Vertragsverletzung angesehen werden müsse.

Die russische Regierung, heißt es in der Note in Bezug auf letzteren Punkt, hält es für notwendig, ihren Gesichtspunkt betreffend diese Angelegenheit klarzustellen, ehe die Verfügungen der Konferenz in Kraft treten, um wenig wünschenswerten Komplikationen vorzubeugen. Rußland hat mit allen an der Brüsseler Konferenz beteiligten Staaten Handelsverträge abgeschlossen, laut welchen für Produkte russischer Provenienz kein andrer oder höherer Zoll als für Produkte der am meisten begünstigten Staaten erhoben werden kann. Dieses Princip der Meistbegünstigung ist in den Verträgen durch nichts beschränkt und bedingt, und müßte die russische Regierung eine Tariferhöhung für russischen Zucker auch dann als Vertragsverletzung ansehen, wenn in Rußland der Zuckerexport durch Ausfuhrprämien begünstigt würde, was in Wirklichkeit keineswegs der Fall ist.

Das Inkrafttreten der Verfügungen der Brüsseler Konferenz betreffend Rußland würde auch in dem Falle eine Verletzung der bestehenden Handelsverträge bedeuten, wenn dieselben eine Klausel betreffend Einführung von Exportprämien enthielten, da die russische Regierung keineswegs solche auszahlt und im Gegenteil sogar ein Privatsyndikat, wodurch die Zuckerfabrikanten zum Zuckerexport gezwungen waren, aufgehoben und dieses durch Regulierung der Binnenproduktion ersetzt hat.

Die Note dürfte die an der Konvention beteiligten Mächte schwerlich davon abhalten, wenn unter den neuen Verhältnissen der russische Zuckerexport an Bedeutung gewinnen sollte, gegen ihn die betreffende Bestimmung des § 4 der Brüsseler Konvention in Anwendung zu bringen. Formell widerspricht allerdings der Wortlaut der Meistbegünstigungsverträge der Erhebung besonderer Prämien-Ausgleichszölle; die Praxis hat aber, seit die Vereinigten Staaten von Amerika mit der Erhebung von Ausgleichszöllen vorangegangen sind, in andrem Sinne entschieden. Die russische Regierung scheint denn auch selbst nicht allzuviele Hoffnung zu haben, daß ihre schönen Gründe als stichhaltig anerkannt werden, denn gegen Schluß der Note erklärt sie sich bereit, falls bewiesen würde, daß das russische Preisregulierungssystem „das Gleichgewicht der internationalen Handelsinteressen" störe, sie sich an einer Prüfung solcher Maßregeln beteiligen werde, die eine künstliche Einwirkung auf den internationalen Markt hindern könnten. —

Die Ansicht, daß die Mächte nicht gewillt sein werden, die Gründe Rußlands anzuerkennen, bestätigt sich bereits. Wie die Wiener „N. Fr. Pr." zu berichten weiß, werden diejenige Staaten, welche auf der Brüsseler Zuckerkonferenz vertreten gewesen sind, gegenüber der Note Rußlands über Zuckerkonferenzen darauf hinweisen, daß Rußland sich seiner Zeit gegen indisch-britische Zuschlagszölle nicht gewehrt habe. Die Erklärung Rußlands, daß es keine Prämienpolitik treibe, sei unzutreffend. In Wiener diplomatischen Kreisen wird angenommen, daß das Brüsseler Abkommen durch Rußland nicht erschüttert werden würde. Rußland werde möglicherweise der Konvention beitreten. Wenn nicht, seien allerdings Repressalien möglich. —

Ausland.

Zur auswärtigen Politik Englands.

Unser Londoner Korrespondent schreibt uns:

Wie zu erwarten war, hat die Erörterung der auswärtigen Politik im englischen Parlament auch in Rußland große Beachtung gefunden und wird dazu benutzt, die Mißstimmung zwischen England und Deutschland zu verschärfen. Nach einer Petersburger Depesche der „Times" ist es der „Kowoje Wremja" unmöglich, den Ansichten der Abgg. Gibson Bowles und Henry Norman nicht beizustimmen. „Die Schwäche, die England in den letzten zwei oder drei Jahren Deutschland gegenüber zeigte, kann nur daraus erklärt werden, daß es im Interesse Englands war, Deutschland bis zum Abschlusse des südafrikanischen Krieges ruhig zu halten. Das ist zweifellos der Grund der vielen Konzessionen, die England an Deutschland machte mit Bezug auf Samoa, China und die Bagdadbahn. Es ist nicht übertrieben, wenn man sagt, daß der anglodeutsche Vertrag bezüglich Chinas das außerordentliche Beispiel eines Vertrages sei, in dem alle Vorteile nur einer Seite, nämlich Deutschland zufielen. Jedoch konnte sich die englische Diplomatie in dieser Beziehung noch damit trösten, daß das Reich der Mitte für die englischen Interessen zu groß sei, um sich noch um Schantung viel zu kümmern. Aber dieser Trost fehlt ihr hinsichtlich des nahen Ostens. Indem England den deutschen Bemühungen um die Konzession der Bagdadbahn Vorschub leistete, hat es in einer Weise gehandelt, deren Folgen noch gar nicht abzusehen sind. Durch den Bau der anatolischen Bahn setzte sich Deutschland in Kleinasien fest und beherrscht dort den Handelsmarkt. Durch den Bau der Bagdadbahn macht sich Deutschland zum Herrn der ganzen asiatischen Türkei vom Bosporus bis zum persischen Meerbusen. Der britische Handel wird in Südpersien vom deutschen vollständig vertrieben". Rußland dagegen könne den wirtschaftlichen Interessen Englands nie gefährlich werden. Es sei deshalb möglich, daß England seine bisherige Politik revidieren werde, umsomehr, als es in Südafrika nichts mehr zu fürchten habe. —

Frankreich.

Ein kirchenmüder Priester. Paris, 7. Juli. (Eig. Ber.) Zu den in Frankreich nicht gerade seltenen Priestern, die mit dem christlichen Glauben brechen, gesellt sich nun ein solcher, der bloß mit dem klerikalen Geist der katholischen Kirche gebrochen hat. Es ist der Dorfpriester von Bou (Loiret), Georges Roussacq, der aus diesem Grunde die Kirche verlassen hat. In seinem Demissionsschreiben an den Bischof von Orleans beschwert er sich über die politische Unduldsamkeit der Kirche, die jeden Priester in den Dienst der klerikalen Herrschsucht zu zwängen, in einen klerikalen Wahlagenten zu verwandeln suche. Er sei von sämtlichen Kollegen gesellschaftlich geächtet, weil er die Republikaner nicht habe bekämpfen wollen. In den letzten Wahlen habe er sich der Abstimmung enthalten müssen, um mindestens nicht gegen seine Ueberzeugung zu stimmen.

In einem weiteren Brief, in welchem er auf einen persönlichen Angriff auf klerikaler Seite erwidert, schreibt er noch deutlicher: Die Geistlichkeit suche ihr einstiges religiöses Apostolat durch weltliche Herrschaftsmittel zu ersetzen. Sie ziehe es vor, die Einbildung des Kindes zu fangen (in den Mönchsschulen) als auf den Verstand des Erwachsenen zu wirken. „Der Syllabus, der nichts andres ist als die Zusammenfassung des katholischen Unterrichts, verurteilt die Kirche zur Unduldsamkeit ... Eine theokratische Restauration ist das obligatorische Ideal des guten Christen ..." Eine Versöhnung zwischen der Kirche und den modernen Ideen, der Deklaration der Menschenrechte und der republikanischen Gesetzgebung sei unmöglich. Diese seine Ueberzeugung habe ihn die Pflicht auferlegt, aus der Kirche auszuscheiden.

Der aufrichtige Dorfpriester hat da in wenigen Worten das rabulistische Spinngewebe der an die Republik „ralliierten" klerikalen und der klerikalfreundlichen Bourgeoisrepublikaner zerrissen. —

Die Gasfrage in Paris. Die Versorgung der Stadt Paris mit Gas liegt vollkommen in den Händen einer Kompagnie, welcher im Jahre 1855 unter dem Kaiserreich das Monopol gewährt worden ist. Der nationalistische Stadtrat beabsichtigt, dieser Gesellschaft das Monopol auf weitere fünfzig Jahre hinaus zu geben. Trotz der Versicherung des Seine-Präfekten, daß die Regierung den bestehenden Gesetzen eine Auslegung geben werde, welche die Uebernahme der Gasproduktion in eigne Regie durch die Stadt ermöglichte, weigern sich die Nationalisten, diesen Schritt zu thun. Bei den letzten Gemeinde- und Kammerwahlen haben sie die Wähler damit zu bestechen gesucht, daß sie erklärten, sie seien diejenigen, welche es erreicht hätten, daß nach dem neuen Vertrag der Gaspreis sofort von 30 auf 20 Centimes herabgesetzt werden würden; sie haben dabei aber verschwiegen, daß durch einen Artikel des neuen Vertrags die Stadt verpflichtet ist, den durch die Verbilligung der Kompagnie erwachsenden Ausfall zu tragen. Dieser Tage ist nun in der Kammer eine Kommission gewählt worden, welche sich mit dem neuen Vertrage zu beschäftigen hat. Dieselbe besteht aus 11 Deputierten, von denen 7 entschiedene Gegner des Projektes sind, so daß mindestens der jetzt aufgestellte Vertragsentwurf abgelehnt werden wird. Es wird sich nun zeigen, ob die Nationalisten, welche z. B. das Pariser Stadthaus beherrschen, im stande sein werden, ihre Absichten durchzuführen, die dahin gehen, den reichen Aktionären der Gasgesellschaft auf weitere 50 Jahre eine riesige Einnahmequelle zu sichern.

Ein Todesmarsch. Die Manöver des 108. und 50. Infanterie-Regiments mußten wegen allzu großer Hitze abgebrochen werden. Drei Soldaten des erstgenannten Regiments starben während des Marsches. Zahlreiche Soldaten mußten infolge Sonnenstiches in das Hospital gebracht werden. —

England.

Südafrikanische Angelegenheiten.

London, 8. Juli. (Eig. Ber.)

Gemäß des Rates der Kapregierung lehnte es Mr. Chamberlain ab, die Kapverfassung aufzuheben. Die britische Regierung ist offenbar entschlossen, den Frieden zu befestigen, die Rassengegensätze auszugleichen, und sie weiß, daß nur die Freiheit sie zu diesem wünschenswerten Ziele führen werde. Den 37 Mitgliedern des Kapparlaments, die um die Aufhebung der Verfassung petitionierten, antwortete der Kolonialsekretär, für eine solche Maßnahme liege kein Präcedenzfall vor; es wäre ferner ungerecht, die Vertreter der Kapkolonie des Rechtes zu berauben, Ordnung in ihrem Lande herzustellen. Es spricht viel für die Autorität Chamberlains, daß die Londoner und südafrikanische Presse, die die Petition unterstützt hatte, jetzt die Entscheidung des Kolonialsekretärs ruhig hinnimmt. Ebenso zustimmend sprachen sich gestern sämtliche kolonialen Premierminister aus. —

Unter den Petenten befindet sich auch Sir Henry Juta, ein anglisierter Holländer und naher Verwandter von Karl Marx. In den siebziger Jahren besuchte Juta, damals noch ein junger Rechtsstudent, seinen Verwandten und fragte ihn schließlich, was er über ihn dächte. Darauf antwortete ihm Marx sarkastisch „Heinrich, Du hast alle nötigen Eigenschaften, um Karriere zu machen". Im Jubiläumsjahr 1897 erhielt Juta den Adelstitel Sir und war um jene Zeit Präsident des Kapparlaments. —

Auf Ersuchen Lord Kitcheners beschlossen die Johannesburger Minenbesitzer, entlassene Soldaten anzustellen für alle Arbeiten, die zu Tage ausgeführt werden. Sie erhalten 5 M. täglich und Kost und Wohnung. Bewährt sich dieses Experiment, so ist die südafrikanische Regierung geneigt, Arbeitslose aus England nach Johannesburg zu bringen, denn die Zufuhr von Schwarzen scheint dort ungenügend zu sein. —

Asien.

Die Rückgabe Tientsins. Aus Washington wird gemeldet: Deutschland und Frankreich haben sich bezüglich der Rückgabe Tientsins zur Zurückziehung derjenigen Bedingungen entschlossen, gegen welche China Einspruch erhebt. Die Bedingungen werden jetzt entsprechend den von Großbritannien, Japan und Rußland unterstützten Vorschlägen Amerikas abgeändert werden, sodaß China ihre Annahme ermöglicht wird. Die betreffenden Verhandlungen sind in Washington zwischen dem Staatssekretär Hay und den Vertretern der Mächte und nicht in Peking geführt werden. —

Afrika.

Warnung vor der Einwanderung nach Südafrika. Der „K. B. B." meldet aus Kapstadt: Berichte aus Johannesburg und Pretoria warnen dringend vor weiterer Zuwanderung, da beide Städte bereits mit beschäftigungslosen Arbeitsuchenden überfüllt seien und die Unsicherheit, Verbrechen und Gewaltthätigkeiten infolgedessen in rapider Zunahme seien. Selbst viele der entlassenen Soldaten aus den Kolonien seien arbeitslos. —

Englischer Konflikt mit Basutohäuptlingen. Aus Bloemfontein wird gemeldet: Joel, einer der hervorragendsten Basutohäuptlinge, wird verräterischer Haltung während des Krieges beschuldigt; es wurde daher beschlossen, ihn in Maseru wegen Hochverrats vor Gericht zu stellen. Das 9. berittene Infanterie-Regiment und eine Abteilung der 14. Batterie sind nach der Basutogrenze abgegangen mit dem Befehl, einem möglichen Aufstand vorzubeugen. Die Haltung Lerothodis, des obersten Häuptlings, giebt zu Bedenken Anlaß, da es nicht an Anzeichen fehle, daß er Joel unterstützen würde, wenn dieser Widerstand leistet. Der sehr mächtige Häuptling Jonathan steht ganz auf englischer Seite. —

Partei-Nachrichten.

Manfred Wittich ist in Leipzig am Mittwochnachmittag 5¾ Uhr gestorben! Wie wir bereits vor einigen Tagen meldeten, war er an einem schweren Nervenleiden erkrankt und mußte in die Irrenanstalt überführt werden; dort erlöste ihn ein rascher Tod von längerer Qual.

Mit Wittich ist einer jener Tapferen dahingegangen, die in der schwersten Zeit der Partei treu blieben und ihr zu Liebe auf die bürgerliche Karriere verzichteten, zu der sie ihrem Bildungsgange nach berechtigt gewesen wären. Schon als Student schloß er sich Mitte der siebziger Jahre unsrer Partei an und harrte unter dem Ausnahmegesetz tapfer bei ihr aus. Den germanistischen Studien, denen er sich auf der Universität Leipzig gewidmet, nachdem er in Greiz das Gymnasium absolviert, mußte er im Kampfe um das tägliche Brot entsagen; als Lehrer kam er in Konflikt mit seinen politischen Anschauungen und gab deshalb seinen Beruf als Gymnasiallehrer auf. Dafür wurde er aber ein ebenso beliebter als erfolgreicher Lehrer des Volkes in Wort und Schrift. Die Kunst dem Volke zu erobern, ihm namentlich die Schönheiten der Belletristik zu erschließen — das war das ideale Ziel, dem er mit aller Kraft nachstrebte. In Gedichten, Artikeln und Festreden — immer wies er auf die dringende Notwendigkeit hin, auch das Schöne in den Bereich unsrer Bestrebungen zu ziehen.

Dabei vernachlässigte er aber den politischen und gewerkschaftlichen Kampf nicht. Er war lange Zeit einer der gesuchtesten und am liebsten gehörten Redner, der unermüdlich auf seinen Agitationstouren war. 1890 hatte er die Redaktion des Leipziger „Wähler" übernommen und leitete ihn, bis dieser sich in die „Leipziger Volkszeitung" umwandelte. Dann blieb er deren Mitarbeiter, wie er auch für die Unterhaltungs-Beilage des „Vorwärts" und für die „Neue Welt", „Die Neue Zeit" und zahlreiche andre Parteiblätter fleißig arbeitete. Im „Volks-Lexikon" schrieb er den umfangreichen Artikel über „Deutsche Litteraturgeschichte", seine Erfahrungen als Redner legte er in einer bei Lipinski, Leipzig 1901, erschienenen trefflichen Schrift: „Die Kunst der Rede" nieder, und seine Festgedichte und Prologe gab er unter entsprechendem Titel vor einigen Jahren heraus.

Wittich gehörte zu jenen zündenden Rednern, die ihren Eindruck auf die Herzen des Volkes nie verfehlen, weil ihnen ihre Rede selber wahrhaft von Herzen gehen. Dafür mußte er auch einigemal ins Gefängnis wandern, weil er gar zu deutlich sagte, wie ihm angesichts der sächsischen Reaktionswirtschaft zu Mute war.

Der schwere Kampf um die Existenz hat den braven Genossen vorzeitig aufgerieben. Im Alter von 51 Jahren ist er gestorben; am 5. Februar 1851 war er in Greiz geboren. Zwei unmündige Kinder stehen neben der Witwe trauernd am Grabe des Ernährers!

Eine Wahlkreis-Konferenz für Kottbus-Spremberg-Peitz tagte am 6. Juli in Kottbus. Anwesend waren 41 Delegierte aus 26 Orten, außerdem Genosse Antrick, der Abgeordnete des Kreises, weiter als Vertreter der Agitationskommission der Genosse Dimmick und als Vertreter der „Märkischen Volksstimme" Genosse Buder. Nach Entgegennahme der Berichte über die Parteithätigkeit in den verschiedenen Orten und einer Diskussion über die Aufgaben bei den nächstjährigen Reichstags- und Landtagswahlen wurde Genosse Antrick wiederum als Kandidat aufgestellt. Zur Provinzialkonferenz wurde beschlossen, 8 Delegierte zu entsenden. Desgleichen wurde ein Antrag angenommen, der verlangt, 2 Tage zu verhandeln, dabei den Punkt Presse und die provinziellen Angelegenheiten zuerst zu nehmen. Als Delegierte wurden Krüger-Spremberg, Roack-Heinrichsfeld und Rubendunst-Kottbus gewählt; als Delegierter zum Parteitag Gen. Neumann-Kottbus. Dem Delegierten wurde aufgegeben, daß er dafür eintritt, den nächsten Parteitag in Kottbus abzuhalten. Zum letzten Punkt Verschiedenes wurde beschlossen, die „Fackel" den ländlichen Vertrauensleuten weiter zu liefern. Ein Antrag, die „Märkische Volksstimme" neben den Monatsabonnements auch in Wochenabonnements zu 15 Pf. frei ins Haus zu liefern, wurde der Preßkommission überwiesen.

Zur bayrischen Wahlrechtsfrage

faßte eine Parteikonferenz für den Wahlkreis Lichtenfels-Kronach, nachdem sie den Bericht über den Ludwigshafener Parteitag entgegengenommen, folgende Resolution: „Die Konferenz erklärt sich mit der Thätigkeit des Parteitages im großen und ganzen einverstanden, nur hätte sie eine der Resolution Bramm-Rollwagen entsprechende Entscheidung in der Landtags-Wahlrechtsfrage für nötig angesehen."

Außerdem wurde auf der Konferenz die Agitation für die nächsten Reichstagswahlen besprochen und die nötige Entscheidung getroffen. Das erste Flugblatt wird bereits in den nächsten Monaten verbreitet werden.

Eine öffentliche Versammlung der Nürnberger Parteigenossen befaßte sich mit den bevorstehenden Kommunalwahlen und beschloß nach einem Referat des Genossen Segitz einstimmig, mit allen Mitteln der Agitation in die Gemeindewahl einzutreten, um so auch den Arbeitern Nürnbergs in der Gemeindeverwaltung eine gebührende Vertretung zu sichern. Die Ablehnung, die seitens der städtischen Kollegien den socialdemokratischen Anträgen auf Einführung von Bezirkswahlen und Erleichterung der Erwerbung des Wahlrechts zu Teil wurden, wurde von der Versammlung mit höchster Entrüstung aufgenommen.

Seinen Austritt aus der Partei hat in München der Herr Studierende H. Klee, ehemals bayrischer Lieutenant, erklärt. Herr Klee löste zugleich sein Verhältnis zum Arbeitersekretariat, wo er als Volontär thätig war. Noch am Montagabend erklärte der Herr in einer Versammlung, daß er aus Liebe zur Arbeiterschaft eine aussichtsvolle bürgerliche Carriere aufgegeben habe. Diese Erklärung wurde von den Arbeitern sehr kühl aufgenommen, so daß Herr Klee sich schnell der verlassenen Carriere wieder zuwandte. Das ist von ihm im Interesse beider Teile sehr vernünftig. — Wann dürfen wir seine „Enthüllungen" erwarten?

Totenliste der Partei. In Forchheim (Baden) starb der Genosse Lorenz Rimmelspacher infolge eines Lungenschlages. R. war längere Zeit als Vorstand des Wahlvereins am Orte thätig.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Die Verhältnisse in Danzig

entwickeln sich schnell. Der Genosse Berger ist, vermutlich aus Anlaß der gestern von uns geschilderten Affaire, von drei Kriminalbeamten verhaftet worden. Was man Berger vorwirft, ist uns nicht bekannt, geht auch aus der Rolle nicht hervor, die er in der Versammlung gespielt hat.

Aus Industrie und Handel.

Der Konkurrenzkampf zwischen dem rheinisch-westfälischen Kohlensyndikat und den außenstehenden Zechen hat seit einigen Wochen, nachdem der Versuch des Syndikats, diese Zechen zu sich herüberzuziehen, gescheitert ist, wieder an Heftigkeit zugenommen. Während der Absatz des Kohlensyndikats, wie die in gestriger Nummer mitgeteilten Beteiligungs- und Förderungsziffern zeigen, abnimmt, hat die Förderung der Nichtsyndikatszechen zugenommen. Um diese Konkurrenz zu brechen, unterbietet jetzt das Syndikat, wo es kann, die niedrigeren Preise der Nichtsyndikats-Zechen. In einer Korrespondenz der „Voss. Ztg." aus Ruhrort wird darüber berichtet:

„Infolge des scharfen Wettbewerbes der nicht syndizierten Zechen läßt das rheinisch-westfälische Kohlensyndikat durch seine Vertreter überall da Kohlen zu ermäßigten Preisen anbieten, wo die außenstehenden Zechen als Verkäufer auftreten. Dies ist namentlich am Oberrhein und in Süddeutschland der Fall, wo das Syndikat die Konkurrenz sogar noch unterbietet. Die freien Zechen in der Nähe des Rheins, wie Rheinpreußen, Neumühl und Deutscher Kaiser steigern ihre Produktion noch fortwährend, da sie ihre Abnehmer kaum noch zu befriedigen wissen. Die billige Wasserfracht nach dem Oberrhein und Holland erleichtert diesen Zechen den Wettbewerb außerordentlich. Die Verhandlungen zwischen dem Syndikat und den genannten drei Zechen wegen Beitritts zum Syndikatsverbande haben bis jetzt zu einer Einigung noch nicht geführt und sind daher einstweilen abgebrochen worden. Das Syndikat scheint es nunmehr mit einer verschärften Konkurrenz zu versuchen, ob indes mit Erfolg, erscheint nach Lage der Verhältnisse sehr fraglich."

Vereinigung von Halbzeugkonsumenten. Wie das „Berliner Tageblatt" meldet, konstituierte sich in Hagen ein Verein von Halbzeugverbrauchern, um Schritte zu beraten gegen die Verkaufsverhältnisse des Halbzeugverbandes in Düsseldorf. Zum Vorsitzenden der Vereinigung wurde Schuhmann-Witten gewählt. Es wurde beschlossen, an die Stahlwerke und an den Halbzeugverband Eingaben zu richten, worin dieselben aufgefordert werden, die Verkaufspreise für Stabeisen, Bandeisen, Bleche im richtigen Verhältnis zum Verkaufspreise von Halbzeug zu halten.

Schiffsverkehr in deutschen Häfen. Das zweite Heft des Jahrgangs 1902 der „Vierteljahrshefte" zur Statistik des Deutschen Reichs bringt eine Zusammenstellung des Seeschiffs-Verkehrs in deutschen Hafenplätzen während des Jahres 1900. Danach sind im ganzen deutschen Küstengebiet im Jahre 1900 175 077 Schiffe mit einem Raumgehalt von 37 254 818 Registertons zu Handelszwecken ein- und ausgegangen, gegen das Vorjahr 2898 Schiffe (1,6 Proz.) weniger, aber 1 238 396 Registertons (3,4 Proz.) mehr. Im Jahre 1875 hatte die Summe aller im Deutschen Reich ein- und ausgelaufenen Schiffe 87 558 mit 12 722 710 Registertons Raumgehalt betragen, seitdem hat also die Schiffszahl eine Vermehrung um 100 Proz., der Raumgehalt sogar um 192,8 Proz. erfahren. Die bedeutende Verkehrssteigerung ist durch die immer reger sich gestaltende Thätigkeit der Dampfschiffahrt herbeigeführt worden; denn während im Jahre 1875 17 189 Dampfer mit einem Raumgehalt von 7 182 061 Registertons netto im deutschen Küstengebiet ein- oder ausgelaufen sind, stellte sich die entsprechende Zahl im Jahre 1900 auf 96 673 mit 31 884 483 Registertons; der Dampferverkehr hat also während der Zwischenzeit nach der Zahl die fünffache, nach dem Raumgehalt die vierfache Höhe überschritten. Der Segelschiffsverkehr ist seit 1875 nach der Zahl der angekommenen und abgegangenen Schiffe um 8035 gestiegen, während deren Raumgehalt um 170 814 Registertons zurückgegangen ist.

Gewerkschaftliches.

Die „Fachzeitung" der Berliner Holzindustriellen

endet uns durch ihren Rechtsanwalt unter Berufung auf das Preßgesetz eine Berichtigung. Dieselbe bezieht sich auf eine Mitteilung, die wir unter der Ueberschrift: „Klagen gegen die „Fachzeitung" der Berliner Holzindustriellen in unsrer Nummer vom 1. Juli brachten. Die Berichtigung lautet:

„Es ist nicht richtig, daß „Die Fachzeitung" der Berliner Holzindustriellen eine der Wahrheit nicht entsprechende, zur Irreführung geeignete Mitteilung gebracht hat, nämlich die Mitteilung, daß in einem Prozesse des Holzarbeiter-Verbandes gegen den Redacteur der „Fachzeitung" betreffend die Veröffentlichung kontraktbrüchiger Arbeiter von dem Kammergericht „die Veröffentlichung kontraktbrüchiger Arbeiter in der Fachpresse als zulässig befunden worden sei."

Die „Fachzeitung" der Berliner Tischlermeister und Holzindustriellen hat eine derartige Mitteilung niemals gebracht. Dieselbe hat lediglich in ihrer Nummer 24 berichtet, daß in Sachen des Tischlers Karl Gast zu Rixdorf gegen den Chefredacteur Herrn Klebinder von dem Kammergericht die Berufung des Klägers gegen das Urteil des Landgerichts I zu Berlin kostenpflichtig zurückgewiesen sei. Diese Mitteilung entspricht den Thatsachen und ist ganz objektiv gehalten und keineswegs geeignet, die Leser irre zu führen."

Die in Vorstehendem berichtigte Mitteilung haben wir, was auch in unsrer Notiz vom 1. Juli zu lesen ist, der „Vossischen Ztg." entnommen, welche in ihrer Nummer 299 wörtlich schrieb: „. . . Die „Fachzeitung" teilt nun mit, daß die Veröffentlichung kontraktbrüchiger Arbeiter in der Fachpresse auch vom Kammergericht als zulässig befunden worden ist."

Wir konnten nicht annehmen, daß die „Vossische Zeitung" ein ihr so gesinnungsverwandtes Blatt wie die „Fachzeitung" falsch citieren würde. Wir selber bekommen die „Fachzeitung" nur selten einmal zu Gesicht. Die Nummer, der die fragliche Mitteilung entstammen soll, haben wir bisher überhaupt nicht gesehen. Nach dem Eintreffen der vorstehenden Berichtigung verschafften wir uns die Nr. 24 der „Fachzeitung". Dieselbe berichtet — wie wir uns überzeugt haben — daß das Kammergericht die in der Berichtigung bezeichnete Klage zurückgewiesen habe. Um was es sich bei dieser Klage handelt, davon steht kein Wort in der „Fachzeitung". Dagegen schließt ihre Mitteilung mit dem Satz: „Somit waren die liebevollen Bemühungen des Holzarbeiter-Verbandes, die Veröffentlichung der Kontraktbrüchigen in unsrer „Fachzeitung" zu verhindern, auch in zweiter Instanz vergeblich!

Wir müssen gestehen, daß man es wohl erklärlich finden kann, wenn die „Voss. Ztg." den Sinn dieses Satzes dahin deutete: Das Kammergericht habe die Veröffentlichung kontraktbrüchiger Arbeiter für zulässig befunden. Wir glauben auch, daß die meisten Leser der „Fachzeitung" den Satz so verstanden haben, vielleicht auch so verstehen sollten. Ob das nicht eine zur Irreführung geeignete Bemerkung ist, überlassen wir dem Urteil unsrer Leser.

Schließlich können wir nicht umhin, nochmals zu wiederholen, was wir in unsrer von der „Fachzeitung" berichtigten Notiz sagten, und was die nicht berichtigte Hauptsache jener Notiz ist: Die sämtlichen gegen die „Fachzeitung" und ihre Organe erhobenen Klagen beruhen darauf, daß die „Fachzeitung" Namen von Arbeitern als kontraktbrüchig veröffentlicht habe, die in Wahrheit nicht kontraktbrüchig gewesen seien. In einem dieser Prozesse sind vom Landgericht auch bereits der Obermeister der Innung und der Arbeitgeber verurteilt, die Benennung des Klägers als kontraktbrüchig in der „Fachzeitung" zurückzunehmen, da der Kläger nicht kontraktbrüchig geworden sei und die Veröffentlichung sich als unsittlich im Sinne des Bürgerlichen Gesetzbuches darstelle. Das Kammergericht hat in einem andren Prozeß nur ausgesprochen, daß die Klage des Arbeiters nicht gegen den verantwortlichen Redacteur der „Fachzeitung", sondern gegen den Innungsvorstand oder den Arbeitgeber zu richten sei.

Das Kammergericht hat also nicht ausgesprochen, daß die Veröffentlichung kontraktbrüchiger Arbeiter zulässig sei. Demnach können auch „die liebevollen Bemühungen des Holzarbeiter-Verbandes, die Veröffentlichung der Kontraktbrüchigen in der „Fachzeitung" zu verhindern, noch nicht vergebens gewesen sein.

Berlin und Umgegend.

Schamlos ist der Inhalt eines Schreibens, welches die „Brandenburger Zeitung" veröffentlicht. Das Schriftstück kennzeichnet seinen Verfasser. Es lautet:

Werder a. H., den 26. Juni 1902.

Hochgeehrter Herr R. R.!

Ich vernahm, daß Sie beabsichtigen, Ihr Haus streichen zu lassen, und sich deshalb mit einem andren Maler in Verbindung gesetzt haben. Ich wäre bereit, Ihnen den Quadratmeter Oelfarbe mit 60 Pf. bei bester Ware zu liefern. Durch großen günstigen Kaffeeinkauf, **durch äußersten Druck auf den Arbeitslohn**, ich bin dafür bekannt, daß ich den wenigsten Lohn zahle, sowie dadurch, daß ich meistens selbst mithelfe, bin ich in der Lage, Ihnen so günstigen Preis zu stellen. Geringere Ware mache ich den Meter mit 50 Pf. Hochachtend M. Röhl.

Der Mann, der sich durch äußersten Druck auf den Arbeitslohn empfiehlt, verdient wirklich, den weitesten Kreisen bekannt zu werden.

Deutsches Reich.

In Hamburg haben jetzt auch die Bauarbeiter mit knapper Mehrheit die Aufhebung der Sperren beschlossen. Die Maurer erklärten sich damit einverstanden, daß ihr Vorstand bei der Innung anfrage, ob sie wegen Festsetzung der Arbeitsbedingungen unterhandeln wolle. Bis Sonnabend erwarten die Maurer eine bestimmte Antwort von der Innung, am Sonntag sollen dann weitere Beschlüsse gefaßt werden.

Maschinenbauer, Dreher und Hobler werden darauf aufmerksam gemacht, daß bei der Firma Böttcher u. Geßner in Altona ernste Differenzen auszubrechen drohen.

Maler und Lackierer. In der Geldschrankfabrik von Kästner in Leipzig haben die Lackierer die Arbeit niedergelegt. Die Firma, die einen Stundenlohn von 80—85 Pf. zahlt, sucht Arbeitskräfte von auswärts, besonders von Berlin, zu bekommen. Es wird vor der Annahme etwaiger Engagements gewarnt.

Aus Metz wird uns geschrieben: In der Schuhfabrik von Maujean, der größten am Orte (160—170 Arbeiter) wurde kürzlich eine Lohnreduktion von 10 Proz. angekündigt. Dem energischen Eintreten der organisierten Kollegen für die Gesamtinteressen, gelang es, zu erreichen, daß nur 5 Proz. abgezogen wurden. Da aber die Geschäftskonjunktur eine überaus mißliche ist, sind weitere Vorstöße seitens des hiesigen Fabrikantentums zu erwarten und ist deshalb jeder Zuzug von außerhalb zu vermeiden.

Ausland.

Der Steinhauerstreik auf Bornholm und in Kopenhagen, der im April d. J. ausbrach, dauert noch immer fort. Am letzten Freitag haben durch Vermittelung des Bürgermeisters in Allinge Verhandlungen mit den Bornholmer Steinbruchbesitzern stattgefunden. Die Unternehmer bestanden aber auf der Reduktion der Löhne um 10 Proz., lehnten auch das Angebot der Arbeiter, die Löhne vorläufig um 5 Proz. zu kürzen ab. Die Arbeiter haben darauf beschlossen, nicht auf das Angebot einzugehen. — In Kopenhagen haben bis jetzt noch keine Verhandlungen stattgefunden.

Verschmelzung der Organisationen der niederländischen Eisenbahn- und Straßenbahn-Angestellten. Der Verband der Maschinisten der niederländischen Eisenbahnen „Eendracht maakt Macht", der ca. 1400 Mitglieder zählt, hat am Sonntag auf seinem Verbandstag zu Amsterdam beschlossen, sich mit der „Niederländischen Vereinigung des Eisenbahn- und Straßenbahn-Personals" zu verschmelzen. Durch diese Einigung ihrer Organisationen werden die Bahnangestellten eine Macht bilden, mit der die Direktionen rechnen müssen.

Versammlungen.

Der polizeilichen Auflösung verfiel die gestrige, gegen die Greuelthaten des Zarismus gerichtete, von etwa 2000 Personen besuchte Volksversammlung, nachdem der Reichstags-Abgeordnete Ledebour etwa 1½ Stunden gesprochen hatte. Und zwar löste der Polizei-Offizier, mit dessen eigenartigem Verhalten sich wohl noch der Polizeipräsident zu beschäftigen haben wird, auf, als Ledebour charakterisierte den Zustand von Leuten, die durch die russische Schreckensherrschaft in jene kalte Verzweiflung hineingetrieben sind, in der sie sich sagen: „Ihr habt mein Leben vernichtet, ich gehe nicht aus diesem Leben, ohne einen von jenen Schurken mitzunehmen." Dieses Bild vom Seelenleben eines Dritten erachtete sonderbarerweise der Polizei-Offizier als einen Grund, der nach dem von ihm ausdrücklich angezogenen Vereinsgesetz zur Auflösung berechtige. So kamen wenigstens die annähernd 10 Schutzleute in Bewegung, deren Säbel man während der Verhandlung hinter oder bei der Bühnenwand rasseln hören konnte, ohne sich erst das absonderliche Geräusch erklären zu können. Nachdem die Versammelten dem Redner, und wie es schien, auch dem Polizeilieutenant wegen seiner That, Ovationen bereitet hatten, leerte sich ruhig der Saal, die Versammelten sanft hinausgedrängt von der aus der Versenkung aufgetauchten Schutzmannskette. — Näherer Bericht folgt.

Im Schmargendorfer Wahlverein referierte am 8. d. Mts. Genosse Küter über „den Kampf der Arbeiter mit der Reaktion". Als Delegierte für die Generalversammlung des Central-Wahlvereins wurden Beese und Seeger gewählt. Angenommen wurde ein Antrag, durch den der Centralvorstand beauftragt wird, im Kreise Material über die polizeilichen Maßnahmen auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungsrechts zu sammeln. Billets für das von den Wilmersdorfer Genossen im „Wirtshaus zum Schwan" am 20. Juli veranstaltete Sommerfest sind beim Genossen Gutbier und im Vereinslokal zu haben.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Offiziöse Chinawäsche.

Köln, 10. Juli. (W. T. B.) Der „Kölnischen Zeitung" wird aus Berlin gemeldet: In ausländischen Blättern wird jetzt wieder die Nachricht verbreitet, daß die **Räumung Tientsins** nur durch Schwierigkeiten, die Deutschland in den Weg werfe, hinausgezogen werde, Deutschland stelle im Gegensatz zu andren Staaten sehr drückende Bedingungen und suche bei dieser Gelegenheit wohl Sondervorteile für sich herauszuschlagen. Hierbei handelt es sich wieder um eine schon oft beobachtete illoyale Berichterstattung, die nur darauf abzielt, Deutschland als Störenfried unter den Mächten hinzustellen und bei den Chinesen den Glauben zu erwecken, als ob an jeder Drangsalierung Chinas Deutschland die alleinige oder doch hauptsächlichste Schuld trüge. Im Falle von Tientsin wird sich bald herausstellen wie nichtig die Deutschland gemachten Vorwürfe sind, denn wie wir erfahren, verständigten sich die Gesandten in Peking bereits über die Bedingungen, die China nur anzunehmen braucht, um sogleich die Regierungsgewalt in Tientsin wieder übernehmen zu können. Die Bedingungen sind durchaus milder Art, Deutschland hatte gar keinen Anlaß, auf Verschärfung zu drängen. (Hoffentlich) bedeutet dieser Reinigungsversuch, daß Deutschland endlich Frieden macht. Red.)

Die Zollvorlage in Oestreich.

Wien, 10. Juli. (W. T. B.) Auf Grund der zwischen den Ministerpräsidenten von Koerber und von Szell gepflogenen Besprechungen wurden heute nachmittag die **Beratungen der beiderseitigen Ressortminister** fortgesetzt. Hierbei wurde vereinbart, daß nunmehr die dritte Lesung des Zolltarifs vorgenommen werde, zu welchem Zwecke die Referenten der beteiligten Ministerien am 23. Juli zusammentreten werden.

Gegen den Klerikalismus.

Paris, 10. Juli. (W. T. B.) Der Ministerpräsident Combes hat an die Präfekten ein Rundschreiben gerichtet, in dem er sie auffordert, den Kongregations-Niederlassungen, die zur Zeit der Veröffentlichung des Vereinsgesetzes ohne staatliche Genehmigung waren und seitdem die Genehmigung nicht nachgesucht haben, zur Kenntnis zu bringen, daß ihnen eine Frist von acht Tagen zugestanden wird, damit die Niederlassung aufgelöst werde und die Mitglieder sich zerstreuen. Nach Ablauf dieser Frist sollen die Präfekten die **Schließung dieser Niederlassungen,** deren Zahl etwa **zweitausend** beträgt, vornehmen.

Schwerer Ballon-Unfall.

Posen, 10. Juli. (W. T. B.) Bei einer im benachbarten Sedan stattfindenden Uebung der Luftschiffer-Abteilung mit dem Fesselballon ereignete sich heute ein Unfall. Als der mit Gas gefüllte, verankerte Ballon durch Mannschaften an der Leine geführt wurde, brach plötzlich ein Gewittersturm aus, durch welchen die Mannschaften und der Ballon eine Strecke fortgeschleift wurden. Ein Mann Namens Baresel wurde derart in das Tau verwickelt, daß er den **Erstickungstod** erlitt, **zwei Mann wurden schwer, zwei leicht verletzt.**

Schneidige Mönche.

Jerusalem, 10. Juli. (W. T. B.) In der heutigen Gerichtssitzung wurden zwei **orthodoxe Mönche** wegen der von ihnen gegen deutsche Franziskaner begangenen **Gewaltthätigkeiten** in contumaciam zu Gefängnisstrafen von neun und vier Monaten verurteilt.

Neue Katastrophen auf Martinique.

Fort de France, 10. Juli. (W. T. B.) Gestern erfolgte hier ein **furchtbarer Ausbruch des Vulkans,** welcher von 7½ Uhr bis Mitternacht dauerte und die Bevölkerung in den größten Schrecken versetzte. Der Umfang der Verwüstungen ist noch nicht bekannt. Die Telegraphendrähte sind geschmolzen. Man fürchtet für die englische Mission, welche in Carbet vor Anker lag.

Innsbruck, 10. Juli. (W. H.) Der hervorragende Rechtshistoriker Hofrat Ficker ist hier **gestorben.**

Paris, 10. Juli. (W. T. B.) Senat. In Beantwortung einer Anfrage über den **Fall Humbert,** erklärt Justizminister Ballé, es würde schlimm sein und einen sehr schlechten Eindruck machen, wenn eine derartige Gaunerei ungestraft bliebe. Die Regierung bemühe sich in jeder Weise des Schuldigen habhaft zu werden.

Sofia, 10. Juli. (W. T. B.) Die Regierung hat in der Sobranje eine Vorlage eingebracht, wonach der **Effektivbestand des Heeres** für 3 Jahre von 45 000 auf 40 000 Mann herabgesetzt werden soll.

Verantwortlicher Redacteur: **Carl Leid** in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.

Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.

Socialistische Presse Deutschlands.

III. Quartal 1902.

Central-Organ.

„Vorwärts" Berliner Volksblatt. Beuthstr. 2, SW. 19. Täglich erscheinend.

Wissenschaftliche Wochenschrift.

„Die Neue Zeit." Revue des geistigen und öffentlichen Lebens. Stuttgart, Furthbachstr. 12.

Täglich erscheinende Zeitungen

Altenburg „Altenburger Volkszeitung" Kunstgasse 12.
Bant „Norddeutsches Volksblatt" Neue Wilhelmshavenerstraße 82.
Bielefeld „Volkswacht" Schulstr. 20.
Bochum „Volksblatt" Johanniterstr. 10.
Brandenburg „Brandenburger Zeitung, Märkisches Volksblatt", Kurstr. 73.
Braunschweig „Braunschweiger Volksfreund" Höhe 4.
Bremen „Bremer Bürger-Zeitung" Hankenstr. 21/22.
Bremerhaven „Norddeutsche Volksstimme" Am Hafen 49.
Breslau „Volkswacht" Neue Graupenstr. 6.
Cassel „Volksblatt für Hessen und Waldeck" Töpfermarkt 6.
Chemnitz „Volksstimme" Uferstr. 14.
Dessau „Volksblatt für Anhalt" Ballenstedterstr. 5.
Dortmund „Rheinisch-Westfälische Arbeiter-Zeitung" Westenhellweg 120.
Dresden „Sächsische Arbeiter-Zeitung" Zwingerstr. 22. „Sächsischer Volksfreund" Zwingerstr. 22.
Düsseldorf „Düsseldorfer Volks-Zeitung" Münsterstraße 67, part.
Elberfeld-Barmen „Freie Presse" Friedrichstr. 37.
Erfurt „Tribüne" Futterstr. 7 p.
Essen „Der Weckruf" Kirchstr. 8.
Forst i. L. „Märkische Volksstimme" Frankfurterstr. 11.
Frankfurt a. M. „Volksstimme" Großer Hirschgraben 17.
Fürth „Fürther Bürger-Zeitung" Königstr. 95.
Gera „Reußische Tribüne" Alte Schloßgasse 11.
Greiz „Reußische Volkszeitung" Hohegasse.
Halle a. S. „Volksblatt für Halle" Geiststr. 21.
Hamburg „Hamburger Echo" Fehlandstr. 11.
Harburg „Volksblatt" Großer Schippsee 4 p.
Hannover „Volkswille" Burgstr. 9.
Hof „Oberfränkische Volkszeitung" Lorenzstr. 23.
Karlsruhe „Volksfreund" Werderplatz 31.
Kiel „Schleswig-Holstein'sche Volks-Zeitung" Bergstr. 11.
Köln „Rheinische Zeitung" Ursulaplatz 6.
Königsberg i. Pr., „Königsberger Volks-Zeitung" Knochenstr. 32, part.
Leipzig „Leipziger Volkszeitung" Tauchaerstr. 19/21. „Volkszeitung für das Muldenthal" Tauchaerstraße 19/21.
Ludwigshafen „Pfälzische Post" Oggersheimerstr. 27.
Lübeck „Lübecker Volksbote" Johannisstr. 50.
Lüneburg „Lüneburger Volksblatt" Schröderstr. 11.
Magdeburg „Volksstimme" Jakobsstr. 49. Redaktion: Münzstr. 3.
Mainz „Mainzer Volkszeitung" („Hessische Volksstimme") Margarethengasse 13.
Mannheim „Volksstimme" R. 3, 14.
Mülhausen i. E. „Freie Presse" Bäckerstr. 17.
München „Münchener Post" Mittelsbacherplatz 2.
Nürnberg „Fränkische Tagespost" Luitpoldstr. 9.
Offenbach „Offenbacher Abendblatt" Große Marktstr. 25.
Rostock „Mecklenburgische Volkszeitung" Doberanerstr. 6.
Saalfeld „Saalfelder Volksblatt" Rosmaringasse 15.
Solingen „Bergische Arbeiterstimme" Hohegasse 7.
Stettin „Volks-Bote" Schillerstr. 11.
Straßburg i. E. „Freie Presse für Elsaß-Lothringen" Schiltigheim, Bischweilerstr. 23.
Stuttgart „Schwäbische Tagwacht" Furthbachstr. 12.
Zwickau i. S. „Sächsisches Volksblatt" Richardstr. 15.

Wöchentlich dreimal erscheinende Blätter.

Aachen „Aachener Volksblatt" Augustinerbach 12.
Augsburg „Augsburger Volkszeitung" Maximilianstraße B. 31.
Bant „Die Nordwacht" Neue Wilhelmshavenerstr. 38.
Breslau „Die Wahrheit" Neue Graupenstr. 5/6. „Schlesische Volkswacht", Neue Graupenstr. 5/6. „Posener Volkszeitung", Neue Graupenstr. 5/6. „Volkszeitung" für die Kreise Landeshut, Bolkenhain, Jauer.
Crefeld „Niederrheinische Volkstribüne" Breitestr. 44.
Gotha „Volksblatt für die Herzogthümer Coburg und Gotha" Mohrenberg 7.
Görlitz „Görlitzer Volkszeitung" Teichstr. 2.

Wöchentlich zweimal erscheinende Blätter.

Delmenhorst „Delmenhorster Volksblatt" Koppelstr. 6.
Langenbielau „Der Proletarier aus dem Eulengebirge" Ober-Langenbielau, 2. Bezirk.
Saalfeld „Thüringer Volksblatt" (Schwarzburger Volksfreund) Rosmaringasse 7.

Wöchentlich einmal erscheinende Blätter.

Braunschweig „Der Landbote" Höhe 4.
Cassel „Der Wegweiser" Hohenthorstr. 2.
Dresden „Der arme Teufel" Falkenstr. 10.
Gießen „Mitteldeutsche Sonntags-Zeitung" Kirchenplatz 11.
Halberstadt „Sonntags-Zeitung" Bakenstr. 37.
Köln „Rheinische Zeitung" (Wochenausgabe) Ursulaplatz 6.
Stuttgart „Schwäbischer Volksfreund" Furthbachstr. 12.

Monatlich zweimal erscheinend.

Königsberg „Der Ostpreußische Landbote" Knochenstr. 32.

Monatlich einmal erscheinend.

Berlin „Die Fackel" Louisen-Ufer 11.
Hanau „Der Bauernfreund" Philipp Ludwigs-Anlage 9.

Witzblätter (Erscheinen aller 14 Tage).

München „Süddeutscher Postillon" Senefelderstr. 4.
Stuttgart „Der wahre Jacob" Furthbachstr. 12.

Illustrierte Unterhaltungsblätter.

Berlin „In freien Stunden" Beuthstr. 2 SW. 19. Erscheint in Wochenheften.
Hamburg „Die Neue Welt" Fehlandstr. 11. Erscheint wöchentlich einmal.

Gewerkschaftspresse Deutschlands.

III. Quartal 1902.

Dreimal wöchentlich erscheinend.

Leipzig „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer", Salomonstr. 8.

Wöchentlich erscheinend.

Altenburg „Correspondent für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Hut- und Filzwaren-Industrie" Wilhelmstr. 2, parterre.
Berlin „Bildhauer-Zeitung", Solmsstr. 33.
„Die Einigkeit", Organ der Vertrauensmänner-Centralisationen Deutschlands, Adalbertstr. 19 II.
„Allg. Fahr-Zeitung", Schützenstr. 58.
„Der Gastwirthsgehilfe", Jüdenstr. 36.
„Der Steinarbeiter", Rixdorf, Bergstraße 30/31 Hof pt.
„Der Töpfer" Engel-Ufer 15.
Bochum „Deutsche Berg- und Hütten-arbeiter-Zeitung", Johanniterstr. 13.
Bremen „Deutsche Böttcher-Zeitung", Hankenstr. 21/22.
Charlottenburg „Die Ameise", Organ des Porzellanarbeiter-Verbandes, Rostenstr. 3.
Chemnitz „Der Textilarbeiter", Uferstr. 14.
Gotha „Schuhmacher-Fachblatt", Mohrenberg 7.
Hamburg „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands", Marktstr. 15 II.
„Deutsche Bäcker-Zeitung", Organ des Bäcker-Verbandes, Gr. Neumarkt 28, I.
„Der Arbeiter" (für Bau- und Hilfsarbeiter) Bremerreihe 15, pt.
„Der Grundstein" (für Maurer), St. Georg, Brennerstr. 11 I.
„Holzarbeiter-Zeitung", Eimsbüttel, Bismarckstraße 10.
„Bruder Schmied", Uhlenhorst, Herderstr. 21, Haus 8 II.
„Fachzeitung für Schneider", Gärtnerstr. 16a.
„Der Stuccateur", Barmbeck, Vogelweide 16.
„Vereins-Anzeiger für Maler ꝛc.", Barmbeck, Schmalenbeckerstraße 17.
„Der Zimmerer", Barmbeck, Fehlerstr. 28 I.
Karlsruhe „Glaser-Zeitung", Schützenstr. 8a.
Leipzig „Buchdrucker-Wacht", Tauchaerstr. 19/21.
Leipzig „Der Tabakarbeiter" (für Cigarrenarbeiter), Tauchaerstr. 19/21.
Leipzig-Schkeuditz „Graphische Presse", Schkeuditz.
Linden-Hannover „Brauer-Zeitung", Burgstr. 9.
Löbtau-Dresden „Der Fachgenosse" (für Glas-, Porzellan- u. Thonwaaren-Arbeiter), Reisewitzerstr. 34.
Nürnberg „Deutsche Metallarbeiter-Zeitung", Luitpoldstraße 9.
Stuttgart „Buchbinder-Zeitung", Sophienstr. 10.
„Der Handschuhmacher", Eierstr. 21 II.
„Der Schläger". Druckerei des Metallarbeiter-Verbandes.

Monatlich dreimal erscheinend.

Altenburg „Einigkeit", Publikationsorgan für die deutschen Müller und Konditoren, Pfeffer- und Lebkuchler-Verbände, Mauergasse 4b.
Berlin „Zeitschrift für Graveure und Ciseleure", Rixdorf, Hobrechtstr. 4 III.

Aller 14 Tage erscheinend.

Berlin „Der Courier", Centralorgan für die Interessen der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäftigten Arbeiter Deutschlands, SO., Engelufer 15.
„Correspondenzblatt des Verbandes der Bergolder Deutschlands", NW. Wilsnackerstr. 39.
„Deutscher Maschinist und Heizer", Organ der Maschinisten und Berufsgenossen Deutschlands, SO., Pücklerstr. 55.
„Die Gewerkschaft", Organ für die Interessen der Arbeiter in Gasanstalten und sonstigen städtischen Betrieben, Berlin W. 27, Bülowstr. 21.
„Lederarbeiter-Zeitung", N. Brunnenstr. 102.
„Sattler-Zeitung", SO., Engelufer 15.
Allg. Steinsetzer-Zeitung", NW., Waldenserstr. 18.
„Solidarität", Organ aller im graphischen Berufe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, Reinickendorferstr. 7.
„Solidarität", Publikationsorgan der deutschen Metallarbeiter-Gewerkschaft, Gerichtstr. 35.
Frankfurt a. M. „Neue Deutsche Dachdecker-Zeitung", Brückenstr. 31.
Hamburg „Barbier- und Friseur-Zeitung", Caffamacherreihe 15/17.
„Correspondenzblatt der Tapezierer", Steindamm 99.
„Handlungsgehilfen-Blatt", Valentinskamp 92.
„Der Schiffszimmerer", Eilbeck, Kouventstr. 5.
„Gärtner-Zeitung", Organ für die Interessen der Gärtner und ihrer freien Vereinigungen, Margarethenstr. 50, I.
„Der Kupferschmied", Eilbeck, Marstr. 6, I.
„Der Seemann", St. Pauli, Hafenstr. 116.
„Weckruf der Eisenbahner" Marktstr. 15.
Hannover „Der Proletarier" (für Fabrik- ꝛc. Arbeiter und Arbeiterinnen), Schillerstr. 5, II.
Offenbach „Portefeuiller-Zeitung", Große Marktstr. 26 I.
Stuttgart „Die Gleichheit", Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, Furthbachstr. 12.

Monatlich einmal erscheinend.

Berlin „Der Adressenschreiber", Organ des Centralvereins der im Adressenwesen und verwandten Branchen Beschäftigten, Wallstr. 57 part.
„Der Bäcker", Organ für die Interessen der Bäckergesellen Berlins und Umgegend, Klosterstr. 101.
„Der Bureau-Angestellte", N., Arkonaplatz 3 II.
„Der Elektromonteur", O. 17, Bödikerstr. 6.
„Der Fleischer", C. 22, Dragonerstr. 15.
„Gewerkschaft", Organ der Maler-Vertrauensmänner-Centralisation, NW. 52, Alt-Moabit 132.
„Der Wäsche-Bote", Organ für alle in der Wäsche- und Krawattenbranche, Dampfwäschereien und Plättereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, NO., Höchstestr. 48.
Bremerhaven „Der Werftarbeiter".
Hamburg „Der Hafenarbeiter", Gänsemarkt 35, I.
„Die Sanitätswarte", Hammerbeich 86.
Leipzig „Monats-Blätter" des Lagerhalter-Verbandes, Dresdenerstr. 24 IV.

* * *

Obige Zusammenstellung veröffentlichen wir zu Beginn jeden Quartals. In der Zwischenzeit sich ergebende Adreß- oder sonstige Veränderungen bitten wir uns behufs Vormerkung mitteilen zu wollen.

Berlin, den 8. Juli 1902.

Der Parteivorstand.

Die Amtsberichte der schweizerischen Fabrikinspektoren.

Zürich, 8. Juli.

Die jüngst für die zwei Jahre 1900 und 1901 veröffentlichten Amtsberichte der drei schweizerischen Fabrikinspektoren und des Berginspektors, die zusammen einen Band von 274 Seiten bilden, bieten wiederum, wie ihre Vorgänger, eine Fülle interessanten und lehrreichen Materials, das Aufschluß über den Stand der schweizerischen Fabrikindustrie, über die Gestaltung der Arbeits- und Lohnverhältnisse wie über die Durchführung des Fabrikgesetzes giebt.

Da die beiden Berichtsjahre zugleich die ersten, auf die vorausgegangene mehrjährige Prosperitätsperiode gefolgten Krisenjahre sind, so hat die Schilderung der Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse besonderes Interesse. Einigermaßen annehmbar war noch das Jahr 1900, während das Jahr 1901 eine empfindliche Verschlechterung der Wirtschaftslage brachte, die sich überall fühlbar machte, besonders aber die Textil-, Maschinen-, Lebensmittel- und Holzindustrie, sowie die Industrie der Erden und Steine und alle Baugewerbe sehr stark in Mitleidenschaft zog. Da am 5. Juni 1901 eine allgemeine Fabrikstatistik aufgenommen wurde, so ist auch die Möglichkeit des statistischen Vergleichs geboten. Es standen demnach unter dem eidgenössischen Fabrikgesetz:

	Zahl der Fabrikbetriebe		Zahl der Arbeiter	
	1901	1899	1901	1899
I. Kreis . . .	2054	2077	98 262	95 010
II. „ . . .	1804	1647	54 103	48 381
III. „ . . .	2263	2186	95 742	97 587
Total .	6121	5910	243 107	240 978

Demnach ist in der Berichtsperiode die Zahl der Betriebe trotz der Krise um 211 und die der Arbeiter um 2129 gestiegen. Daran haben aber die drei Inspektionskreise sehr ungleichen Anteil. Im ersten Kreise (die Kantone Zürich, St. Gallen, Glarus ꝛc.) ist die Zahl der Betriebe wie die der Arbeiter zurückgegangen, im dritten Kreis stieg wohl die Zahl der Betriebe und zwar um 73, aber gleichzeitig ging die Zahl der Arbeiter um 1845 zurück. Eine erhebliche industrielle Weiterentwicklung hat nur die welsche Schweiz erfahren, wo die Zahl der Betriebe um 157 und die der Arbeiter um 5712 stieg. Daran participieren mit alleiniger Ausnahme der Industrie der Erden und Steine alle Industriegruppen, am stärksten die Uhren und Bijouterie-Industrie, die eine Vermehrung der Betriebe von 500 auf 554 und der Arbeiter von 16 340 auf 19 282 aufweist. Die Industrialisierung der West-Schweiz macht somit rasche und bedeutende Fortschritte.

Die mit der Fabrik-Enquete verbundenen Erhebungen über die Heimarbeit, Fabrik-Krankenkassen, Fabrik-Sparkassen ꝛc. stießen bei manchen selbstherrlichen Fabrikanten als lästige „Vielfragerei" auf starken Widerspruch, der sich in einem Falle bei dem Inhaber einer Seidenweberei bis zum „Streik" steigerte. Aus dem gleichen Holze sind aber fast alle schweizerischen Textilindustriellen geschnitzt und darum die völlige Versklavung der mehr als 100 000 Textilarbeiter, darum ihre Hungerlöhne und darum die Bedeutungslosigkeit ihrer gewerkschaftlichen Organisation wie ihre völlige Rückständigkeit in allen socialen und politischen Dingen. Eine Ehre für die demokratische Republik ist dieser wirtschaftliche und sociale Sumpf wahrlich nicht.

Bedauerlich ist die Feststellung der Thatsache, daß die durchaus gemeinschädliche Hausindustrie in den Textilgewerben, speciell in der Stickerei-Industrie, immer weitere Ausdehnung erfährt. So berechnet Dr. Schuler die Zahl der hausindustriellen Stickerei-Arbeiter auf mindestens 20 000, die der Seidenarbeiter auf 26 000.

Trotz des teilweisen Rückganges ist im allgemeinen eine Vermehrung der Unfälle eingetreten. So wurden im ersten Inspektionskreise nicht weniger als 18 843 Unfälle gemeldet, wovon 10 580 Fabrikunfälle und 7763 solche in nur haftpflichtigen Betrieben (Bauarbeiten ꝛc.); erstere machen gegenüber 1887/88 0,8 Proz. weniger, letztere um 13 Proz. mehr aus. 92 Unfälle verliefen tödlich. Bezeichnenderweise wird von dem katholisch-geistlich-industriellen Institut „Bethlehem" in Immensee (Kanton Schwyz) berichtet, daß es zur Anzeige und Entschädigung von Unfällen gezwungen werden mußte. Das Unfallwesen bildet noch immer ein faules Kapitel, so daß die Verwerfung der Unfallversicherung in der Volksabstimmung stets wieder bedauert werden muß.

Beachtenswerte Mitteilungen werden über Arbeitszeitverkürzung und Lebensmittelverteuerung gemacht. Die Betriebe mit der gesetzlichen 11 stündigen Arbeitszeit vermindern sich fortwährend. So gab es im dritten Kreise (Schaffhausen, Thurgau, Basel ꝛc.) im Jahre 1895 noch in 56,9 Proz. aller Fabrikbetriebe die 11 stündige Arbeitszeit. 1901 aber nur noch in 43,4 Proz., in der größeren Hälfte derselben beträgt die tägliche Arbeitszeit nur noch 10½ bis unter 9 Stunden. 46,6 Proz. der Betriebe arbeiten 10 und weniger Stunden. Aehnlich ist der Fortschritt in den beiden andren Kreisen und Dr. Schuler wünscht daher die Reduktion des gesetzlichen Elfstundentages. Auch die Freigabe des Sonnabendnachmittag macht Fortschritte. Soweit es auf die Arbeiterinnen ankommt, würden die meisten von ihnen denselben begrüßen, aber es darf damit keine Lohnverminderung verbunden sein, was bei den schlechten Frauenlöhnen ja begreiflich ist.

Eine interessante Statistik teilt Herr Schuler über die Steigerung der Preise einiger wichtiger Lebensmittel zur Beurteilung der Kaufkraft des Arbeitslohnes mit, und zwar für die Zeit von 1835 bezw. 1840 bis 1900. Für jene Jahre die Preise gleich 100 gesetzt, kostete demgegenüber das Kilo Brot 1880 146, 1900 119, Fleisch 1893/96 263, Milch 1895 353, Butter 314. Demnach sind die Brotpreise am wenigsten gestiegen, während die Erhöhung der Preise der andren Artikel bis das drei- und dreieinhalbfache ausmacht. In gleichem Maße dürften die Arbeitslöhne nur ausnahmsweise gestiegen sein.

Was die Durchführung des Fabrikgesetzes betrifft, so ist zunächst anzuführen, daß in den beiden Berichtsjahren von den Aufsichtsbeamten mehr Revisionen ausgeführt wurden als Betriebe vorhanden sind, indem manche derselben wiederholt, auch während der Nacht und an Sonntagen revidiert wurden. Im einzelnen werden einige haarsträubende Musterchen von solchen Unterbeamten vorgeführt, die in schamloser Weise ihre Amtsgewalt zu Gunsten von Fabrikmagnaten mißbrauchen und das Gesetz mit Füßen treten.

Dieser empörenden Parteilichkeit mancher Verwaltungsbeamten gesellt sich die gleiche Haltung mancher Richter, die für die gröbsten Vergehen Bußen von 3 Fr., 10 bis 50 Fr. verhängen, so daß Dr. Schuler mit Ingrimm dazu bemerkt: „Uebertretungen sind noch immer in der Mehrzahl der Fälle profitabel, auch wenn Bestrafung erfolgt."

Trotz alledem kann man sagen, daß im allgemeinen das schweizerische Fabrikgesetz durchgeführt wird.

Dr. Schuler, der, wie früher berichtet, mit Ende März aus seinem Amte geschieden ist, legt seinen letzten Amtsbericht vor, den er mit folgenden Worten schließt: „Ich schließe damit meinen Amtsbericht, den letzten. Meine 70 Jahre haben mich veranlaßt, Sie (Chef des Industrie-Departements in Bern) um Entlassung von meinem Amte zu bitten, dem ich 11 Jahre im kantonalen (Glarus) und 24 im eidgenössischen Dienst vorgestanden bin und dessen Bürde mir allmählich zu schwer geworden ist. Mag es meinem Nachfolger vergönnt sein, in seinen Berichten von recht vielen und erfreulichen Fortschritten auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes zu melden."

Dem Namen des Fabrikinspektors Dr. Schuler wird auch die schweizerische Arbeiterschaft ein dankbares Andenken bewahren.

Der dritte internationale Transportarbeiter-Kongreß

tagte vom 4.—7. Juli in Stockholm. Aus Deutschland waren vier Delegierte erschienen: Störmer-Hamburg (Verband der Eisenbahner), P. Müller-Hamburg (Verband der Seeleute), Döring-Hamburg (Verband der Hafenarbeiter), Schumann-Berlin (Transportarbeiter-Verband). Ferner waren anwesend: Aus England 5, aus Dänemark 3, aus Schweden 4, Amerika 1, Holland und Belgien 1, Italien 1 Delegierter. Diese Delegierten repräsentieren ca. 207 000 organisierte Arbeiter.

In dem Geschäftsbericht des Centralvorstandes, den Chambers (London) erstattet, wird darauf hingewiesen, daß die Prophezeiungen, die man bei dem konstituierenden Kongreß vor sechs Jahren machte, daß die Bewegung bald zu Grunde gehen würde, sich nicht erfüllt habe. Es seien jetzt auf dem Kongreß 115 660 zahlende Mitglieder der Internationalen Föderation, die 21 Centralverbänden in 10 verschiedenen Ländern angehörten, vertreten, ca. 56 500 Hafenarbeiter, 28 100 Eisenbahner, 16 000 Seeleute und 15 000 Arbeiter andrer dem Verband angehörender Fächer. Seit Oktober 1901 hat die Zahl der zahlenden Mitglieder um 21 600 zugenommen.

Zunächst befaßte sich der Kongreß dann auf Antrag des schwedischen Transportarbeiter-Verbandes aus Rücksicht auf die zukünftige Taktik mit dem Ende des vorigen Jahres von Holland ausgehenden Plan, die Beendigung des südafrikanischen Krieges durch einen Boykott zu erzwingen. Hierüber entspann sich eine lebhafte Diskussion, die zur Wahl eines internationalen Komitees zur Untersuchung der Frage führte. — Später wurde eine vom Komitee verfaßte Resolution angenommen, worin erklärt wird, daß, bevor zur nationalen oder internationalen Anwendung von Streiks oder Boykotts geschritten wird, eine gründliche Untersuchung der vorliegenden Umstände zu erfolgen hat und falls vorauszusehen ist, daß internationale Unterstützung notwendig werden wird, vor der Proklamation des Streiks oder Boykotts eine Verständigung mit den Vorständen der Verbände der verschiedenen Länder stattfinden soll. Ferner verpflichtet der Kongreß die betreffende Organisation, in ihrem Bericht an den internationalen Vorstand Aufklärungen zu geben über: 1. Die Forderungen der Arbeiter und die Veranlassung zum Konflikt; 2. die ungefähre Anzahl Arbeiter, die von dem Konflikt berührt werden; Anzahl der organisierten und der insgesamt im Fache beschäftigten Arbeiter; 3. über Unterhandlungen mit Arbeitgebern und deren Resultat. Alle Organisationen, auch wenn sie den Streik oder Boykott mißbilligen, werden verpflichtet, mit den stärksten Mitteln den Zuzug von Streikbrechern zu hindern. Diejenige Organisation, die sich nicht nach diesen Vorschriften richtet, kann nicht auf moralische noch finanzielle Unterstützung von der internationalen Transportarbeiter-Organisation rechnen.

Die englischen Seeleute beantragten: es solle in Rücksicht darauf, daß die Reeder sich international zusammenschließen, um eine Minimaltaxe für die Beförderung von Gütern und Passagieren durchzusetzen, auch für die Seeleute und die andren in Betracht kommenden Arbeiter ein internationaler Minimallohn verlangt werden. Die Anträge wurden dem Centralvorstand überwiesen, der bis zum nächsten Kongreß Vorschläge hierzu machen soll. — Auf Antrag der deutschen Vertreter wurde ein auf dem Kongreß in Paris 1900 gefaßter Beschluß, wonach Mitglieder einer dem Internationalen Verband angehörenden Organisation ohne neues Eintrittsgeld in die Organisation eines andren Landes oder dem internationalen Verband angehörenden Faches übertreten können, von neuem anerkannt. Jede Organisation, die sich nicht danach richtet, soll ausgeschlossen werden. — Bezüglich der Herausgabe eines Monatsorgans waren verschiedene Vorschläge von schwedischer, deutscher und englischer Seite gemacht

worden. Der Kongreß erklärte sich im Princip für eine Erhöhung der Beiträge, um die Herausgabe eines Organes möglich zu machen. Die Sache soll durch eine allgemeine Abstimmung der Mitglieder entschieden werden.

Der internationale Centralrat soll, wie nach längerer Debatte beschlossen wurde, aus 7 Mitgliedern bestehen. Der Centralrat soll zusammentreten, wenn es notwendig ist. Die Geschäfte führt der Centralvorstand, dem ein Sekretär zur Seite gestellt wird. — Ferner wurde auf Antrag der Deutschen beschlossen, daß, wenn eine Organisation internationale finanzielle Unterstützung wünscht, ein Delegierter des Centralrates zuvor an Ort und Stelle die Verhältnisse untersuchen soll. — Zur Untersuchung speciell die Seefahrer betreffenden Fragen setzte der Kongreß ein aus den anwesenden Seeleuten bestehendes Komitee ein. Auf Antrag dieses Komitees wurde nun am letzten Verhandlungstag beschlossen: 1. Daß zwecks Förderung der Organisation unter den Seeleuten ein in allen in Betracht kommenden Sprachen abgefaßtes Flugblatt herausgegeben wird. Die Kosten sollen die Organisationen der Seeleute tragen. 2. Spricht der Kongreß sich dafür aus, daß die Regierungen der verschiedenen Länder das Bestreben auf Festsetzung einer internationalen Ladelinie und Bemannungsnorm unterstützen sollten, und ist der Meinung, daß das am besten durch ein internationales Komitee, worin nicht nur Schiffsreeder, sondern auch Vertreter der Seeleute Sitz und Stimme haben, geschehen kann. Die weiteren Maßregeln zu treffen, wurde dem Centralvorstand überlassen.

In den Centralrat wurden gewählt: Für England: J. H. Wilson, H. Orbell und Rich. Bell, letzterer unter der Voraussetzung, daß die von ihm repräsentierte Organisation sich dem internationalen Verband anschließt; für Deutschland und Oestreich: Störmer; Frankreich und Italien: Cabrini; Holland und Belgien: Wessels; und für Skandinavien: Lindley. — Zum Sekretär des Centralrats wurde Tom Chambers gewählt. —

Der nächste internationale Transportarbeiter-Kongreß soll 1904 in Deutschland stattfinden.

Gerichts-Zeitung.

Durch einen eigenartigen Schwindel, der gestern vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I zur Erörterung gelangte, hat es der Kaufmann Max Bohnstedt verstanden, monatelang sein Dasein zu fristen. Der Angeklagte merkte sich aus den Zeitungen die Adressen derjenigen Geschäftsleute, zumeist Restaurateure und Vorkosthändler, welche ihr Geschäft verkaufen wollten. Er begab sich zu denselben und erklärte ihnen, daß er einen zahlungsfähigen Käufer so gut wie sicher habe und den Verkauf vermitteln wolle, er beanspruche aber für seine Bemühungen eine im voraus zu zahlende Entschädigung von 4—5 M. Wurden ihm Bedenken entgegengesetzt, so stellte er einen Schein aus, daß er das Geld zurückzahlen würde, wenn der Verkauf nicht zu stande komme. Hierdurch wurden die Leute sicher gemacht und brachten das verhältnismäßig geringe Opfer. Es traten gegen 20 Zeugen auf, die in dieser Weise von dem Angeklagten geprellt worden waren. Der Gerichtshof verurteilte ihn zu einem Jahre Gefängnis.

Der große Betrugs- und Wucherprozeß gegen den Agenten Heinrich Hinrichs, welcher zehn Tage hindurch die vierte Strafkammer des Landgerichts I unter dem Vorsitz des Landgerichts-Direktors Oppermann beschäftigt hat, ist gestern zu Ende geführt worden. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten, der ein gelehriger Schüler des inzwischen durch Gift verstorbenen Wucherers Löffler gewesen sei, eine Gesamtstrafe von einem Jahr vier Monaten Gefängnis und dreijährigen Ehrverlust. Die Verteidiger, Rechtsanwalte Dr. Davidsohn und Lissauer, suchten eine ganze Reihe von Fällen zum Ausscheiden zu bringen. Der Gerichtshof trat diesen Ausführungen zwar bei, es blieben aber doch noch eine Menge Fälle übrig, in denen eine Verurteilung erfolgen müsse. So sei erwiesen, daß der Angeklagte in mindestens 300 Fällen sich dadurch des Betruges schuldig gemacht habe, daß er auswärts wohnenden Darlehnssuchern Gewährung versprach und Vorschüsse von ihnen für angebliche Unkosten einzog, obgleich er gar nicht daran dachte, das Geld herzugeben. Die Fälle, in denen der Angeklagte des Wuchers überführt worden sei, lägen besonders schwer. Der Angeklagte habe zumeist 60 Prozent Zinsen genommen, in vielen Fällen mehr, in einem Falle sogar 144 Prozent. Der Angeklagte sei mit großer Schärfe gegen seine Schuldner vorgegangen, die zumeist dem kleinen Beamten- und Lehrerstande angehörten. In vielen Fällen habe dagegen eine Verurteilung wegen Wuchers nicht erfolgen können, weil die Notlage der Geldnehmer nicht nachgewiesen sei. Bei der Strafabmessung sei zu berücksichtigen, daß das Treiben des Angeklagten als ein gemeingefährliches und ehrloses bezeichnet werden müsse. Es sei auf eine Gesamtstrafe von 6 Monaten Gefängnis, 1000 M. Geldstrafe und 2 Jahren Ehrverlust erkannt worden. Bei der Länge der erlittenen Untersuchungshaft sei die Strafe für verbüßt erachtet worden.

In dem Prozeß der Berliner Milchhändler gegen die Melkcentrale wegen unlauteren Wettbewerbs stand heute abermals Termin vor der Kammer für Handelssachen an, nachdem die gerichtlich erforderte amtliche Auskunft des Polizeipräsidiums eingegangen war. Diese Auskunft hat wie schon vorher das ausführliche Gutachten des Gerichtschemikers Dr. Bischoff die Behauptungen der Milchcentrale nicht bestätigt. Im Gegensatz zu der in den Cirkularen und Inseraten der Centrale aufgestellten Behauptung, daß der Berliner Milchhandel Halbmilch, aus gleichen Teilen Vollmilch und Magermilch bestehend, zu Vollmilchpreisen verkaufe, hat das Gewerbekommissariat des Polizeipräsidiums festgestellt, daß der Preis der Halbmilch regelmäßig nur 15 Pf. betragen habe, während für Vollmilch 18 beziehungsweise 20 Pf. gezahlt werden. Der Fettgehalt der Halbmilch hat nach dieser Auskunft durchschnittlich 2,26 Proz. betragen, während bei dem von der Milchcentrale angegebenen Mischungsverhältnis der Fettgehalt nur 1,90 Proz. betragen konnte. Der Prozeß kam wiederum nicht zum Abschluß, weil Herr Oekonomierat Ring-Düppel nach Mitteilung seines Anwalts durch eine Konferenz mit dem Oberpräsidenten fern gehalten war und unter Berufung auf den erst vor wenigen Tagen erfolgten Eingang der polizeilichen Auskunft Vertagung beantragen ließ. Da nach den Vorschriften der Civil-Prozeß-Ordnung dem Vertagungsantrage stattgegeben werden mußte, setzte das Gericht den neuen Termin nach den Gerichtsferien auf den 1. Oktober an.

Leipziger Bankprozeß. Als Zeugen werden vernommen der Kaufmann Paul Schröder, Bruder des Angeklagten Georg Schröder, der Kaufmann F. W. Dodel, Bruder des Angeklagten Heinrich Dodel und der Kaufmann Girbardt, Socius des Angeklagten Wölker. Sie bekunden übereinstimmend, sich noch im Februar beziehungsweise April des Jahres 1901, bei ihren Brüdern beziehungsweise ihrem Socius, nach der Steigerungsfähigkeit des Kurses der Leipziger Bank erkundigt und auf deren Auskunft hin größere Posten gekauft zu haben. Paul Schröder entäußerte sich später wieder aus geschäftlichen Rücksichten seines Aktienbesitzes, während F. W. Dodel und Girbardt bei dem Zusammenbruch der Leipziger Bank namhafte Verluste erlitten haben. Der Gerichtshof beschäftigt sich hierauf mit der Aufsichtsratssitzung vom 16. März 1901. Es wurde damals beschlossen, im Hinblick auf die vielfachen Angriffe auf die Trebergesellschaft in der bevorstehenden Generalversammlung der Leipziger Bank eine Aufklärung zu geben, und es sollte dabei alles vermieden werden, was zu einer Diskreditierung der Trebergesellschaft und zu einer Erschütterung des Vertrauens zur Bank führen könnte. Man war einig, in diesem Bericht, mit dem man etwaigen Anfragen der Aktionäre zuvorkommen wollte, alle Zahlen über die Höhe der Engagements des Treberconcerns zu vermeiden. Angeklagter Exner hat auf Veranlassung Sachsenröders den Bericht verfaßt und ihn Dr. Gentzsch, dem Juristen der Bank, zur Begutachtung vorgelegt. Dr. Gentzsch hatte keine Erinnerungen zu machen und auch sämtliche Aufsichtsratsmitglieder sagten aus, daß das Exposé der Wahrheit entspräche. Sämtliche Mitglieder des Aufsichtsrats meinten, es wäre geradezu eine Pflichtverletzung gewesen, wenn man Zahlen bekannt gegeben hätte. Exner sagt aus, daß das Exposé der Wahrheit entsprochen habe; wenn es eine Verschleierung sei, dann habe er sich einer strafbaren Handlung schuldig gemacht, aber bewußt sei er sich dessen nicht gewesen. Ueber die Erklärung giebt Angeklagter Dodel näheren Aufschluß. Nach seiner Erinnerung ist das Exposé seiner Zeit einfach verlesen worden. Man war damit einverstanden und hat es ohne jede Diskussion gebilligt, weil alle Mitglieder, speciell auch er, der Ueberzeugung waren, daß das Exposé dem entspreche, was der Aufsichtrat sagen durfte, und was zu sagen war. Nach kurzer Pause äußert sich Sachverständiger Plauth dahin, das Exposé sei von A bis Z eine thatsächliche Verschleierung aller Verhältnisse. Was gesagt worden, sei nicht so schlimm, als das, was verschwiegen worden sei.

Versammlungen.

Eine öffentliche Putzerversammlung tagte am Mittwoch in Kellers Festsälen, um zu der Lohnbewegung der Bauarbeiter resp. Putzerträger Stellung zu nehmen. Bei dieser Lohnbewegung werden die Putzer oftmals dadurch in Mitleidenschaft gezogen, daß die Putzerträger zu Gunsten der Bauarbeiter die Arbeit einstellen. Der Referent Neumann erklärte, daß man dem Bestreben der Bauarbeiter auf Erhöhung ihrer Löhne volle Sympathie entgegenbringen müsse. Folgende Resolution wurde mit allen gegen 2 Stimmen angenommen:

„In Erwägung, daß sich in der rechtlichen Stellung der Putzer zu ihren Hilfsarbeitern (Trägern) nach Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs durchaus nichts geändert hat, und um den fortwährenden Reibereien und Zwistigkeiten unter den Putzern selbst sowie zwischen Trägern und Putzern, welche hauptsächlich in letzter Zeit verschärft in die Erscheinung getreten sind, zu begegnen, beschließt die Versammlung, den im September 1899 gefaßten Beschluß, wonach die Hilfsarbeiter (Träger) aus dem Accordverhältnis ausscheiden und von dem wirklichen Arbeitgeber zu löhnen sind, zu erneuern und bis zum 4. August vollständig zur Durchführung zu bringen, mit der Maßgabe, daß neue Arbeiten unter keinen Umständen vom heutigen Tage ab mit der Klausel „inklusive Träger" angefangen werden dürfen." —

Des weiteren befaßte sich die Versammlung mit dem Uebelstand, daß einzelne Putzer über die festgesetzte Arbeitszeit von 8½ Stunden hinaus thätig sind. Dies Verhalten wurde durch die einstimmige Annahme der folgenden Resolution scharf verurteilt:

„Da es in letzter Zeit des öftern beobachtet worden ist, das einzelne Kolonnen abends weit über die festgesetzte Arbeitszeit gearbeitet haben und somit unsre mit so schweren Opfern erkämpften Errungenschaften leichtsinnigerweise wieder in Frage gestellt werden, spricht die Versammlung ihre tiefste Entrüstung über eine derartige Handlungsweise aus und verurteilt das um so mehr, weil doch gerade bei jetziger Arbeitsgelegenheit nur Geiz und niedere Habgier das leitende Motiv hierzu sein können. Die Versammlung erwartet, daß die Kollegen sich voll und ganz darüber klar werden, welchen schädlichen Einfluß ein derartiges Ueberzeitarbeiten auf unsre ganzen Lohn- und Arbeitsbedingungen ausüben muß, und beauftragt die örtliche Verwaltung, sollte hierin nicht sofort ganz wesentliche Besserung eintreten, die Kollegen öffentlich bekannt zu geben."

Der Arbeiter-Sängerbund hielt am 6. Juli in der Brauerei Friedrichshain eine Ausschußsitzung ab. Gemeldet zur Aufnahme hatten sich: „Verein der Glaser" und „Verein der Porzellanarbeiter"; dieselben wurden als dem Bunde zugehörig erklärt. Die Frage der Einzelchor-Gesänge zum Sängerfeste wurde zurückgestellt, da keine bestimmte Zusage gegeben werden kann, dieselbe aber von den Vereinen in allernächster Zeit gegeben werden muß. — Wegen des Eberswalder Sängerfestes wird nochmals der Wunsch ausgesprochen, daß sich recht viele Sangesfreunde beteiligen möchten. — Die Angelegenheit, womit sich der 4. Wahlkreis (Südost) in seiner Vereinsversammlung betreffs Engagierung von Gesangvereinen zu Parteifesten beschäftigt hat, konnte wegen vorgerückter Zeit nicht zu Ende geführt werden und wird bei der nächsten Ausschußsitzung als erster Punkt auf die Tagesordnung gesetzt.

Charlottenburg. Am 7. Juli fand im „Volkshaus" eine Delegierten-Sitzung der Charlottenburger Gewerkschafts-Kommission statt. Vorerst wurde in die Besprechung eines Antrages Schulze (Maurer) eingegangen, welcher verlangt, in nächster Zeit eine Protestversammlung einzuberufen, die sich mit der Aufdeckung von Mißständen auf dem hiesigen Rathausbau, hervorgerufen durch das Submissionswesen, beschäftigen soll. Nach kurzer Debatte wurde diese Angelegenheit dem Ausschuß zur Ausführung überwiesen. Hierauf wurde der Kassenbericht vom zweiten Quartal gegeben. Nach einem Bestande von 100,01 Mark bezifferten sich die Einnahmen auf 430,26 M., die Ausgaben dagegen auf 292,89 M., so daß ein Kassenbestand von 137,37 M. vorhanden ist. Laut Antrag des Revisors Kiekebusch wurde der Kassierer entlastet. Dem früheren Obmann der Kommission, Zimmerer Grix, wurden, da dieses Amt pekuniäre Opfer erfordert, noch 10 M. zu seiner bereits 20 M. betragenden Entschädigung zugebilligt. Nunmehr berichtete der Obmann der Kommission, Maler Jost, über die Vorkommnisse in der hiesigen Allgemeinen Ortskrankenkasse, die in Nr. 151 des „Vorwärts" schon veröffentlicht sind. Nachdem noch Flemming, Huzol, Sablotzki, Fenchel, Käpernik und Menge zu dieser Sache gesprochen hatten, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Gewerkschaftskommission erkennt das Vorgehen des Ausschusses in Sachen der Allgemeinen Orts-Krankenkasse hier als vollkommen berechtigt an, da sie laut Regulativ die Wahlen zu derselben sowie die Zustände in derselben, soweit sie die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Angestellten betreffen, zu überwachen hat. Die Gewerkschaftskommission tadelt in ganz entschiedener Weise das Verhalten des Vorsitzenden Herrn Sabor gegenüber den Angestellten der Krankenkasse und erwartet, daß diese mißliche Angelegenheit wieder zu Gunsten der gekündigten Kassenbeamten geregelt wird." Im Punkt „Gewerkschaftliches" bittet der Obmann, die statistischen Fragebogen bis zum 15. Juli einsenden zu wollen. Weiter teilte er mit, daß mit den Bauanschlägen und Maschinisten und Heizern Vorkehrungen zum Anschluß an die Kommission getroffen sind. Hierauf wurde ein Antrag Flemming, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung den Punkt: „Verschmelzung der verschiedenen Gewerkschaftsbibliotheken zu einer einzigen allgemeinen" zu setzen, einstimmig angenommen. Die Gewerkschaften waren alle vertreten.

Rummelsburg. Eine Volksversammlung, in welcher der Reichstagsabgeordnete Ed. Bernstein über die sociale Bedeutung des Wahlrechts und das preußische Landtagswahl-System referierte, tagte am 30. Juni im Café Bellevue. Nach Schluß des mit großem Beifall aufgenommenen Vortrages wurde folgende Resolution angenommen:

Die Versammlung protestiert gegen die Fortdauer des Dreiklassen-Wahlsystems in Preußen, das von Anfang an ein Faustschlag gegen die Demokratie war, aber unter den heutigen Verhältnissen als ein die Arbeiterklasse herabdrückendes Ausnahmegesetz wirkt. Sie hält die Zeit für gekommen, den Kampf gegen dieses schmachvolle Wahlsystem mit aller Energie aufzunehmen und drückt den Wunsch aus, daß der nächste Parteitag sich mit dieser Frage eingehend beschäftigt.

Unter Verschiedenem wurde bekannt gegeben, daß hiesige Lehrer den Kindern, welche im Arbeiter-Turnverein turnen, dieses verboten haben. Es soll nun auf die Beseitigung dieses Verbots hingewirkt werden. Auf eine Anfrage, betreffs des zu errichtenden Gewerbegerichts, gab Gemeindevertreter Gebauer bekannt, daß sich die Gemeindevertretung mit dieser Frage beschäftigen wird, wenn aus der Eingemeindung zu Berlin nichts wird.

Königswusterhausen. Am 6. Juli fand im Alten Schützenhause seit ca. 10 Jahren wieder die erste öffentliche Versammlung statt. Reichstags-Abgeordneter Rosenow referierte über die Socialdemokratie, die Agrarier und die ländliche Arbeiterbevölkerung. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Den Musterhausenern wurde ans Herz gelegt, bei ihrer starken Arbeiterbevölkerung dafür zu sorgen, daß endlich eine politische Organisation geschaffen wird, damit sie thatkräftig eingreifen könne bei den Arbeiten für die nächste Reichstagswahl.

Vereinskalender.

Oeffentliche Bibliothek und Lesehalle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann, Alexandrinenstr. 26, Gartenhaus. Geöffnet werktäglich von 5½ bis 10 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen von 9 bis 1 und 3 bis 6 Uhr. Reichhaltige Bibliothek und 450 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und der Umgegend. Erster Vorsitzender: Julius Meyer, Fichtestraße 27. — Erster Kassierer Seikit, Fidicinstr. 16. — Alle Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedrich Kortum, Lausitzerstraße 33. — **Freitag.** Uebungsstunde abends 9—11 Uhr. Aufnahme von Mitgliedern. — „Kaiserscher Männerchor", Wernau, Schwedterstraße 23/24. — „Nord", Brunnenstr. 41. — „Buchbinder Männerchor", Fürstenhof, Köpnickerstr. 137/38. — „Vereinte Sangesbrüder Moabits", Pfarr, Putlitzstraße 10. — „Maiglöckchen I", Sachse, Lindowerstraße 26. — „Gemütlichkeit", Seydelstr. 11. „Rheingold", Feind, Weinstraße 11. — „Männer-Gesangverein", Brandenburg a. H., Mengert, Bergstr. 6. — „Sängerkreis", Weißensee, Wassermann, Königs-Chaussee 55. — „Eintracht II", Eberswalde, Restaurant „Zur Mühle". — „Neue Zeit", Lorenz, Voltastr. 43. — „Klingmüllerscher Männerchor", Weißensee, Zum Prälaten, Lehderstr. 122. — „Karthaus-Kummerscher Männerchor", Schulz, Blumenstr. 38. — „Sangesblüten", Herzog, Marsiliusstr. 8. — Gesangverein der „Putzer", Bauer, Rosenthalerstr. 57. — „Freie Sänger I", Hergermühle b. Eberswalde, Baugatz, Jagdschlößchen. — „Rosalia", Ploern, Königsbergerstr. 34. — „Ruf", Görlitzerstr. 52. — „Sängerhort", Stralauer Allee 17. — „Borax", Krüger, Naunynstr. 6. — „Freier Männerchor Nordwest", Vetter, Bredowstr. 11. — „Freiheit Moabit", Fischer, Waldstr. 8. — „Liedesfreundschaft", Treptow, Michler, Ernststraße 26. — „Freiheit Nord", Wils, Burgsdorfstr. 14. — „Sangeslust III", Tempelhof, Adel, Germaniastr. 20. — „Völkerfrühling", Höhlke, Oranienstr. 109. — „Solidarität II", Potsdam, Brandenb. Kommunikation 16, Glaser. — „Geselligkeit II", Hennigsdorf, Böhmer, Hauptstr. — „Frohsinn I", Rummelsburg, Goethe- und Kantstraßen-Ecke. — „Metallarbeiter Osten", Tabbert, Markusstr. 14. — „Lorbeerkranz", Spät, Weinstr. 28. — „Rixdorfer Männerchor I", Rixdorf, Klemke, Bergstraße 137 (Deutsches Wirtshaus). — „Frohsinn II", Adlershof, Rohde, Genossenschafts-Wirtshaus. — „Freiheit III", Neu-Weißensee, Schmuy, Königs-Chaussee 38. — „Morgenrot I", Rummelsburg, Müller, Türrschmidt- und Mozartstraßen-Ecke. — „Lerche Sang", Gleinstr. 17. — „Flötescher Gesangverein", Zorndorferstraße 9. — „Esmeralda", Schammler, Warschauerstr. 14. — „Kottbuser Harmonie", Bulzer, Grünauerstr. 14. — „Solidarität III", Potsdam, Kaiser Wilhelmstr. 38. — „Typographia", Arminhallen, Kommandantenstraße 20.

Arbeiter-Raucherbund Berlins und der Umgegend. Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Albert Liebetrau, Berlin, Putbuserstraße 44, IV. **Freitag:** „Germania", Schmiedchen, Willibald Alexisstr. 21. — „Frohe Stunde", Gurkt, Alexandrinenstr. 121. — „Brasil", Schonheim, Gräfestr. 8. — „Alpenrose", Reinickendorf, Paul, Justusstr. 53. — „Hand in Hand", Wienerstr. 41. — „Rote Rose", Lukatis, Reichenbergerstr. 133. — „Grüne Eiche II", Lange, Rixdorf, Glasowstr. 33.

Gesang-, Turn- und gesellige Vereine. Freitag. Vergnügungs-Verein „Frohsinns Heimat", Quitzowstr. 131. — Theaterverein „Goethe II", Danzigerstr. 17. — Musikverein „Norden", Mothes, Hussitenstr. 40. — „Elodea", Verein für Aquarien- und Terrarienkunde. Jeden Freitag nach dem 1. und 15. des Monats im Restaurant Karl Fischer, Waldstr. 8.

Arbeiter-Schwimmerbund. Anfragen an R. Danziger, Burgsdorfstraße 14. **Freitagabend** 7½ Uhr: „Neptun", Seebad Weißensee. — „Gut Naß", Seebad Reinickendorf. — „Hellas", Panziger, Stralauer Chaussee. — „Germania", Köpenick, städtische Bade-Anstalt, Gartenstraße. — „Freiheit", Volks-Bade-Anstalt, Bärwaldstraße.

Arbeiter-Stenographenvereine. „Stolze" (Einigungssystem). **Freitag.** Tanz-Institut Grupe, Annenstr. 16, abends 8½ Uhr.

Tanzlehrer-Verein Solidarität. „Englischer Hof, Neue Roßstr. 3. — „Berliner Tanzlehrer-Verband", An der Stadtbahn 31, vorn I.

Verein socialdemokr. Gastwirte. Vorsitzender: Ewald, Schönleinstraße 6. Sitzungen jeden Freitag nach dem 15. des Monats.

Zwanglose Zusammenkunft mit Damen im Restaurant des Gewerkschaftshauses. Am Freitag: Sattler.

Arbeiterverein „Vorwärts", Kopenhagen. Jeden Sonnabend im Verkehrslokal, Korsgade 49: Versammlung. Daselbst befindet sich auch die Bibliothek des Vereins. Die nach Kopenhagen kommenden Genossen wollen dies beachten.

Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität". Gau 9 (Prov. Brandenburg). Alle Zuschriften und Anfragen, den Bund betreffend, sind zu richten an den Gau-Vorsitzenden Karl Fischer, Berlin NW., Waldstr. 8. **Freitag:** „Blitz", Stralauerstr. 10. — „Fahr wohl II", jeden Freitag nach dem 1. und 15. Brunnenstr. 188. — Arbeiter-Radfahrer-Verein „Charlottenburg", jeden Freitag nach dem 1. und 15. Bismarckstr. 23. — „Concordia", jeden Freitag nach dem 1. und 15. Lichterfelde, Chausseestr. 104. — „Ard.-Radf.-Verein", jeden Freitag vor dem 1. und 15., Steglitz, Schildhornstr. 98. — „Vorwärts", jeden Freitag nach dem 1. und 15., Rixdorf, Reuterstr. 54 a. — „Oberspree", jeden Freitag nach dem 1. und 15., Ober-Schöneweide, Wilhelminenhofstr. 18.

Witterungsübersicht vom 10. Juli 1902, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. °C. = °R.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. °C. = °R.
Swinemde.	747	SSW	5	Regen	17	Haparanda	758	NO	4	bedeckt	10
Hamburg	749	WSW	5	bedeckt	15	Petersburg	752	NW	1	bedeckt	9
Berlin	750	WSW	4	Regen	18	Cork	759	NW	5	hlb. bed.	14
Frankf./M.	755	WNW	2	bedeckt	18	Aberdeen	—	—	—	—	—
München	759	W	7	wolkig	20	Paris	759	WNW	3	bedeckt	15
Wien	756	Still	—	wolkenl	22						

Wetter-Prognose für Freitag, den 11. Juli 1902.

Etwas kühler, zeitweise heiter, aber sehr veränderlich mit Regenschauern und frischen nordwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7½ bis 9½ Uhr abends statt.

G. E., Rixdorf. Erste Klasse.

P. L. 25. Unterbreiten Sie Ihre Beschwerde dem Vorstande der Krankenkasse. — **Th. W. 35.** Nach der Bedeutung des Kunstwerkes kann man doch nicht fragen. Was es darstellt, ist klar ersichtlich. Die Aufstellung ist vom rein künstlerischen Standpunkt gewählt.

Eisenbahn, Köpenick. Die erste Eisenbahn in Deutschland war die Strecke Nürnberg—Fürth, die am 7. Dezember 1835 eröffnet wurde; die auf ihr laufende Lokomotive „Adler" ist in England von Stephenson erbaut worden. — Die erste in Deutschland gebaute Lokomotive wurde im Jahre 1838 in der Maschinenfabrik zu Uebigau bei Dresden fertig gestellt; sie erhielt den Namen „Saxonia". Sie war für die Leipzig—Dresdener Bahn bestimmt, befuhr also die Strecke Leipzig—Dresden.

Unwissende Schmiede. Das letzte Bundesschießen in Berlin war das „zehnte deutsche Bundesschießen" im Jahre 1890. Es nahmen daran 230 amerikanische Schützen teil.

1001. C. K. Das zehnte deutsche Bundesschießen war 1890 in Berlin, das zehnte mitteldeutsche Bundesschießen 1886 in Gera.

S. G. 99. Eine staatliche Anstalt zur Erlernung des Zuschneidens existiert nicht, wohl aber eine städtische, welche unter Leitung der Innung steht. Honorar uns unbekannt. Die empfehlenswertesten Akademien wie Maurer, Friedrichstraße, Hirsch und Jürgens nehmen für den Abendkursus 50 M., für den Tageskursus 100 M. exklusive der Lehrmittel. Der Gewerkschaft Angeschlossene erhalten einen Rabatt in Höhe bis zu 20 Proz.

— **E. R.** Rechtlich ist seit dem 31. Dezember 1899 das Kind nicht zur Unterstützung seiner bedürftigen Eltern verpflichtet, wenn das Kind nicht mehr als die Kosten für den eignen und seiner Familie standesmäßigen Unterhalt zu gewinnen vermag oder wenn die Unterstützung den eignen, der Frau und der Kinder standesmäßigen Unterhalt für die Zukunft in Frage stellen würde oder endlich, wenn durch die Unterstützung sonstige Verpflichtungen des Kindes unberücksichtigt blieben. — **S. 100.** Leider nein. — **W. B., L. 5.** 1 und 2: Ja. — **A. F. 17.** Ohne genauere Darlegung des Sachverhalts ist Ihre Frage nicht zu beantworten. — **Ilversgehofen.** In beiden Fällen betragen die Kosten etwa je 30 M. — **H. N. 16.** Ja, für die Klage ist das Amtsgericht zuständig. — **G. C. 23.** Ob Ihre Verurteilung eintreten kann, läßt sich nur ermessen, wenn Sie den Thatbestand, insbesondere die Klagegründe darlegen. — **John 1.** Nein, nur die Vorsteher von Vereinen, welche eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecken, sind zur Einreichung des Statuts und der Mitgliederliste verpflichtet. — **A. Z., Rudow.** Ja. — **XYZ.** Der Ehemann der Mutter eines unehelichen Kindes kann durch eine Erklärung gegenüber der zuständigen Behörde (d. i. in Preußen das Standesamt) dem Kinde mit Einwilligung des Kindes (beziehentlich so lange das Kind minderjährig ist, des Vormundes) und der Mutter seinen Namen erteilen. Die Erklärungen sind in öffentlich (notariell, ge-

richtlich oder standesamtlich) beglaubigter Form abzugeben, sie können auch zu Protokoll des Standesbeamten erklärt werden. Es genügt also Ihre Erklärung: „Hierdurch erteile ich dem von meiner Frau am . . . vor Eingehung der Ehe geborenen, nicht von mir erzeugten Kind (Name) meinen Namen (Vatersnamen)." Diese Erklärung datieren Sie und unterschreiben Sie vor einem Notar, einem Gericht oder vor dem Standesbeamten. Unter Ihre Erklärung lassen Sie setzen: „In die Erteilung des Namens (Ihr Vatersname) an das am . . . geborene Kind (Vor- und Zuname) willige ich, die unterzeichnete Mutter und der unterzeichnete Vormund dieses Kindes." Dann folgen die ebenso beglaubigten Unterschriften Ihrer Frau und des Vormundes. Diese Urkunde reichen Sie dann dem Standesbeamten ein oder Sie begeben sich mit Frau und Vormund zum Standesbeamten und geben dort Ihre Erklärungen zu Protokoll. Zuständig ist der Standesbeamte, bei dem die Geburt des Kindes angemeldet war.

E. R. O. Im Lauf des Ersten. — **G. 35.** Die Frau ist zur Steuerzahlung verpflichtet. — **Weißensee.** Gesetzliche Vorschriften bestehen hierüber nicht. Es sind die Vereinbarungen der Parteien maßgebend. Sind solche getroffen, so kann eine Partei diese nicht ohne Zustimmung der andren wieder rückgängig machen. — **D. F., Brunnenstraße.** Nein. — **H. St. 100.** Selbstversicherer 40, Weiterversicherer 20. — **W. 47.** 1. Nein. 2. Das Vormundschaftsgericht ernennt den Vormund. Es kann ihm jemand als solcher vorgeschlagen werden. — **N. A. in N.** Nein. — **Recht.** Die Antwort und die Ihnen erteilte Auskunft ist zutreffend. Die Hinterbliebenen-Unfallrente wird nach dem Jahres-Arbeitsverdienst berechnet. Der Jahres-Arbeitsverdienst ist aber nicht in allen Fällen der wirkliche, sondern ein nach bestimmten Regeln zu bemessender. Diese Regeln finden Sie S. 43 bis 48 des ersten Nachtrags zum „Arbeiterrecht". Dies Buch liegt in den öffentlichen Lesehallen aus. — **W. N.** Ja. — **C. Rickert.** Nach Ihrer Darlegung scheint der Graf, falls es sich um eine unbeleuchtete Versperrung der Chaussee handelt, schadenersatzpflichtig zu sein. — **Alter Leser.** Zum Ersatz des Schadens sind Sie verpflichtet. Von der Vereinbarung über die Höhe kann nicht eine Partei einseitig zurücktreten. Sie sind also nur zur Zahlung von 34 Mark, und zwar zu den vereinbarten Raten verbunden. — **A. Z. 99.** Sie haben ganz Recht. — **A. K. 10.** Lassen Sie sich Abschrift des Gerichtsprotokolls geben und wiederholen Sie dann Ihre Anfrage unter Angabe des Inhalts des Protokolls. Wie es scheint, können Sie noch jetzt Ersatz der Kosten und Alimente verlangen. — **Kr. Görlitz.** Wenden Sie sich unter Darlegung des Umfangs Ihres Geschäfts direkt an das Reichs-Versicherungsamt. — **H. H.** Ihre Forderung ist berechtigt. Verklagen Sie die Firma beim Gewerbegericht. — **G. K. G.** Zunächst hätten Sie den Antrag auf Ersetzung des Vormundes durch einen Andersgläubigen bei dem Amtsgericht zu stellen. Gegen dessen ablehnenden Bescheid ist (beim Amtsgericht anzubringende) Beschwerde zulässig, über die das Landgericht entscheidet.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 11. Juli.

Neues Opern-Theater (Kroll). Der Zigeunerbaron. Anfang 7½ Uhr.
Im Liederspielhaus: Offenbach-Cyklus. (Die Savoyarden. — Dorothea. — Die Hanni weint — der Hansi lacht.) Anfang 8 Uhr.
Westen. Der Troubadour. Anfang 7½ Uhr.
Metropol. (Morwitz-Oper.) Carmen. Anfang 8 Uhr.
Neues. Ledige Leute. Anfang 7½ Uhr.
Central. Coralie u. Cie. Anfang 8 Uhr.
Belle-Alliance. Die Dame aus Trouville. Hierauf: Er. Anfang 8 Uhr.
Carl Weiß. Der Dämon. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Der Herriffene. Anfang 7½ Uhr.
Apollo. Lysistrata. Specialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Wintergarten. Specialitäten-Vorstellung. Anfang 7½ Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Theater. Specialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.
Passage-Panoptikum. Specialitäten-Vorstellung.
Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theatersaal.) Abends 8 Uhr: Die deutsche Ostseeküste.
Invalidenstraße 57/62. Täglich: Sternwarte.

Central-Theater.

Heute, den 11. Juli, Anfang 8 Uhr.
Zum 169. Male:
Coralie & Cie.
Schwank in 3 Akten von A. Baladreque u. M. Hennequin.
In den Zwischenakten: **Zwischenaktsmusik.**
Morgen: **Coralie & Cie.**

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurterstr. 132.
Täglich:
Der Dämon.
Schauspiel in 7 Bildern.
Anfang 8 Uhr.
Im Garten: Vorstellung. Anfang 5½ Uhr.
Sonntagnachmittag 3 Uhr: **Die Viper.**

Metropol-Theater

Anfang 8 Uhr. **Morwitz-Oper.** Vorletztes Gastspiel **Franceschina Prevosti.** **Carmen.** Sonnabend: **Die verkaufte Braut.** Sonntag: Letztes Gastspiel **Franceschina Prevosti.** Montag: Gastspiel **Hans Helms** v. Prinz Regenten-Theater in München: **Tell.**

Apollo-Theater

und Konzert-Garten.
Um 9 Uhr:
Lysistrata
Ausstattungsoperette von Paul Lincke.
Im 2. Akt: Das berühmte Luftballet **„Grigolatis".**
Um 8 Uhr: **Neue grossartige Specialitäten.**
Kassenöffnung 6½ Uhr.

Fröbels
Allerlei-Theater

früher **Puhlmann**
Schönhauser Allee No. 148.
— Das große Juli-Programm. —
Gr. Konzert, Theater, Specialitäten und BALL.
Um 7 Uhr das Volksstück:
Der Diamanten-Raub.
Um 10 Uhr: Riesen-Erfolg. Der einzig dastehende
Carl Braun.
Um 10½ Uhr der unverwüstliche **Hugo Schulz.** Um 10¾ Uhr: **Vulkanos Teufels-Pantomime.**
Anfang **5** Uhr. — Entree **30 Pf.**

Bernhard Rose-Theater

Gesundbrunnen. Badstraße Nr. 58.
Täglich:
Das großartige künstlerische Juli-Programm. — **Clara Antoni** vom Apollo-Theater. **Molly Verch,** der lustige Kobold. **Schmidt Hawkins,** der drolligste Komiker der Gegenwart. **Willy Agoston,** das verrückte Genie in **Berlin auf Stelzen.**
Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pfennig.
Vorzugskarten haben Gültigkeit.
Kaffeeküche. Im Saale: **Ball.**

Urania.

Tauben-Strasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
Die deutsche Ostseeküste.

Passage-Theater.

Das glänzende Juli-Programm.
Willy Prager.
(Prolongiert!)
16 neue erstkl. Nummern

Passage-Panopticum.

Moles Pariser
Marionetten-Theater.
Das Affenweib.
Seejungfer. Tigerknabe.

CASTANS Panoptikum

Friedrich-Strasse 165.
Neu!
Die Nordlandreise des Kaisers und Wanderungen durch London.
Riesen-Projektionsbilder mit erläuterndem Vortrag.

ZOOLOGISCHER GARTEN

Täglich ab 4 Uhr nachmittags:
Militär-Doppel-Konzert.
— Sonnabend und Donnerstag: —
3 Kapellen.
Entree 1 Mark,
von abends **6** Uhr ab **50 Pf.,**
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Prater-Theater

Kastanien-Allee 7—9.
Täglich:
Tausend und eine Nacht.
Phantastisches Märchen in 3 Abteilg. von Hugo Schulz.
Ballettges. Catrini. Kostüm-Soubrette **Paula Grigatti.** Grotesque-Komiker **Senor u. Berad.** **Miss Kitty,** Sport-Akt. **Barsikow-Truppe,** Parterre-Akrobaten. **Mr. Bartling,** lebd. Photographien. **Bartlings elektrische Feerie.** (3000 Glühkörper.) **Konzert.** Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf., nummerierter Platz 50 Pf. **Kalbo.**

Schweizer Garten

Am Königsthor 42029*
Am Friedrichshain
Täglich:
Theater- und Specialitäten-Vorstellung.
Täglich bis 7 Uhr: **Freier Damentanz.**
Jeden Abend 10 Uhr:
Leute von heute.
Große Posse mit Gesang und Tanz.

Wintergarten.

Bis zum Saisonschluss das
amüsante Juli-Programm
Otto Reutter.
Das Mädchen m. d. gold. Haar.
Schluss der Saison
Dienstag, 15. Juli.

Reichshallen.

Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.
Tageskasse 11—1½ Uhr.
Ein vergnügter Wahltag.

Belle-Alliance-Theater.

Bei günstiger Witterung auf der Gartenbühne. Bei ungünstiger Witterung im Theater:
„Die Dame aus Trouville".
Hierauf: **„Er".** Anfang 8 Uhr.
Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a,
Station der Hochbahn.
Täglich im Garten, bei ungünstig. Witterung im Saal:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger
und Konzert.

Sonntag, Montag und Donnerstag nach der Soiree: **Tanzkränzchen.**
Tanz frei!
Anfang Sonntags 5 Uhr, Entree 30 Pf., ab 9 Uhr 20 Pf. Anfang Wochentags 6 Uhr. Entree 30 Pf, ab 9 Uhr 20 Pfg.

Max Kliems Sommer-Theater.

Hasenheide 13—15.
Artistischer Leiter: Gust. Bock.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater- u. Specialitäten-Vorstellung
Jeden 1. und 15. d. Monats:
Wechselndes Programm!
Donnerstag: **Elite-Tag.**

Ostbahn-Park.

Am Küstrinerplatz. Rüdersdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung.

Sommertheater
Marienbad

Badstr. 35/36, Gesundbrunnen.
Täglich:
Das erstklassige Specialitäten- und Theater-Programm. Größter Erfolg! Punkt 10 Uhr: Schlager!
Berlin wie's lebt und liebt
Entree **20 Pf.**
Sonntags: **Ball.**

Herren-Kragen,

rein leinen, garantiert 4fach,
sämtliche neue Façons in allen Weiten
Stück 15 Pf., so lange der Vorrat reicht.
Geschlossene Kragen
per Dutzend 3 M. u. 3 M. 50 Pf.
Manschetten, prima, garantiert 4 fach,
½ Dutzend 2,25 Mark,
Oberhemden, Serviteurs, Krawatten in größter Auswahl. **Tricotagen, Strümpfe.** Detailverkauf zu Engros-Preisen. 43159*
Ernst Marcuse, Münzstr. 23.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, der Maurer 761b
Ernst Heese
im Alter von 29 Jahren am Dienstag, den 8. Juli, nachts 1½ Uhr, nach langen, schweren Leiden verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 13. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Heiligen Kreuzkirchhofes, Mariendorf, aus statt.
Die trauernde Witwe nebst Vater und Geschwistern.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Am 8. d. M. verstarb unser treues Mitglied, der Maurer
Ernst Heese.
Die Beerdigung erfolgt am Sonntag, den 13. ds. Mts., nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Kreuz-Kirchhofs in Mariendorf. 238/12
Um recht zahlreiche Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Central-Verband d. Maurer Deutschlands
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges und treues Mitglied
Ernst Heese,
Kloedenstr. 7, im Alter von 29 Jahren nach langer Krankheit am 8. d. Mts. gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 13. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Heiligen-Kreuzkirchhofes in Mariendorf aus statt.
Rege Beteiligung der Kollegen erwartet 140/9 **Die Verbandsleitung.**

Todes-Anzeige.
Am Mittwoch, 9. d. M., verschied im 59. Jahre unser alter Freund und langjähriger Kollege, der Gürtler
Hermann Schacher.
Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten. 767b
Die Beerdigung findet Sonnabend nachmittag 6 Uhr vom Böhmischen Kirchhof am Blücherplatz aus statt.
Die Kollegen der Bronzewaren-Fabrik Hans & Mottau.

General-Versammlung
der
Kranken-Unterstützungs- und Begräbnis-Kasse der Lederzurichter Berlins (E. H. Nr. 50)
am **Sonntag,** den 20. Juli, vormittags 10½ Uhr,
Weinstrasse 11 bei Feind.
Tagesordnung:
1. Rechnungslegung vom 2. Quartal 1902. 2. Antrag des Vorstandes auf Abänderung des § 8 Absatz 8 des Statuts. 3. Geschäftliches. 759b
J. A.: G. Busse. **Der Vorstand.**

Dr. Simmel, Prinzenstr. 41.
Specialarzt für 25/17*
Haut- und Harnleiden.
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

Zahn-Klinik. **Preise** beliebige Teilzahlung.
Olga Jacobson, Invalidenstrasse 145

W. Noacks Theater.

Brunnenstraße 16.
Täglich Theater- u. Specialitäten-Vorstellung.
Rosen und Dornen.
Burleske mit Gesang u. Tanz in 2 Akten.
Im Saal: **Tanzkränzchen.**

Für 40 Mark

liefere **elegante Anzüge** nach Maß. **Tadelloser Sitz garantiert.** Auf Bestellung komme mit Muster. 646b*
H. Salberg, Badstr. 58.

Brauerei Germania

Aktien-Gesellschaft
Berlin O., Frankfurter Allee 53.
Telephon Amt VII 2645.

Wir verkaufen **nach wie vor** in unseren circa 80, eigenen Ausschankstätten, welche unter unserer eigenen Verwaltung stehen, unsere aus den feinsten Rohmaterialien hergestellten, stets frischen und gut gepflegten Biere:

½ Liter helles zu 10 Pf.
¼ Liter Lagerbier „ 5 Pf.
Münchener u. ⅘ Ltr. 10 Pf.
Pilsener Art ⅖ Ltr. 5 Pf.
1 gr. Weisse 15 Pf., 1 kl. Weisse 8 Pf.

Flaschenbiere

für M. **1,50** frei Haus:

15 Fl. (ca. ½ Ltr.) } **Helles Lagerbier.**
18 Fl. (ca. ⅘ Ltr.) }
15 Fl. (ca. ⅘ Ltr.) } **Pilsener und Münchener Art**
15 Fl. (ca. ⅘ Ltr.) }

20 kl. Weissen (gelb Etikett).
15 kl. Tafel-Weissen (weiss Etikett).
15 Flaschen Malzbier.
20 Flaschen Weizenbier.

Zum Selbst-Abziehen:

⅛ To. Weissbier 1,75 M.
1/16 „ „ 0,90 „
⅛ „ Werdersch-Malz 2,50 „
1/16 „ „ „ 1,25 „
1/16 „ Braunbier . . . 0,90 „

oder **Weissbier, Braunbier** à Lit. 10 Pf., **Malzbier** à Liter 15 Pf. in der Brauerei, **Frankfurter Allee 53,** und in den **Jungbier-Verkäufen:**

Berlin N: Wörtherstraße 38, Ramlerstraße 5, Usedomstraße 8, Lortzingstraße 41, Müllerstraße 25a. **O:** Grüner Weg 60. **SO:** Schmidstraße 39. **S:** Dresdenerstraße 114. Prinzenstraße 105, Gräfestraße 12. **SW:** Hegelsbergerstraße 18. **NW:** Turmstraße 66, Lübeckerstraße 7.
Friedrichsberg: Frankfurter Chaussee 104.
Charlottenburg: Wilmersdorferstr. 119.
Bestellungen auf Flaschen- und Faßbiere erbitten per Post nach Frankfurter Allee 53. 45622*

Achtung!
Arbeiter-Baugenossenschaft „Paradies".

Eintritt 0,50 M. Geschäftsanteil 24 M.
Geschäftsstelle: Gustav Voigt, Vorsitzender, Görlitzerstraße 56, vorn part. — Sprechstunde: Täglich von 6—8 Uhr abends.
Hauptkasse: Fritz Krause, Kassierer, Grünauerstr. 6, Hof 1 Tr. Sprechstunde: Dienstag und Freitag von 7—9 Uhr.
Aufsichtsrat: Richard Straumm, Vorsitzender, Rixdorf, Schinkestraße 3, vorn 2 Treppen.

Zahlstellen:
Hermann Mohn, Restauration, Oranienstraße 197. Telephon Amt IV Nr. 6810.
Christian Schulz, Restauration, Blumenstraße 38. Telephon Amt VII Nr. 3760.
Wilhelm Maass, Restauration, Brunnenstraße 96. Telephon Amt III Nr. 2369.
Fritz Hoppe, Restauration, Rixdorf, Berlinerstraße 14.
Karl Franke, Restauration, Lichtenberg, Wilhelmstraße 84.
Lamprecht, Bureaubeamter, Adlershof, Sedanstraße 21. Sprechstunden: Montag und Sonnabend von 6—8 Uhr.
Berger, Posamentier, Rummelsburg, Türrschmidtstraße 37.
Weber, Cigarrengeschäft, Köpenick, Grünauerstraße 1.
In sämtlichen Zahlstellen werden neue Mitglieder aufgenommen. 126/2
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute, Freitag, abends 8¼ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

Sitzung der Orts-Verwaltung.

☞ Die Kollegen, welche noch Bücher aus der Verbands-Bibliothek in Händen haben, werden ersucht, dieselben umgehend auf dem Bureau abzuliefern. 85/19

Parkettbodenleger!

Heute abend 6 Uhr bei Prill, Grolmannstraße

Vertrauensmänner-Versammlung.

Hierzu werden die Vertrauensmänner bei den Firmen Mittag, Rosenfeld, Kuhnert u. Kühne sowie Leibe u. Co. hiermit eingeladen.

Die Firma Kampfmeyer hat die Forderungen bewilligt.

Die Ortsverwaltung.

Achtung! **Einsetzer!** **Achtung!**

Sonntag, den 13. Juni, in den bekannten Lokalen

Morgensprache.

Ausgabe der Stimmzettel zur Urabstimmung. 85/19

Montag, den 21. Juni: Kommissions-Sitzung.

Der Obmann.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau: Engel-Ufer 15. Zimmer 1—5. Telephon Amt 7 Nr. 353.

Sonnabend, den 12. Juli 1902, abends 8½ Uhr

Konferenz der Vertrauensleute des Nordens

bei Dieke, Ackerstr. 123.

Zahlreichen Besuch erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Die Mitglieder werden darauf aufmerksam gemacht, daß vom 15. Juli bis auf weiteres die Bibliothek geschlossen ist. Je schneller nach dem 15. Juli die Bücher, die ausgeliehen sind, zurückgebracht werden, desto eher kann die Bibliothek wieder geöffnet werden. Mögen sich alle Kollegen danach richten. 117/8

Die Ortsverwaltung.

Achtung! **Bauanschläger!** **Achtung!**

Sonntag, den 13. Juli, vormittags 10 Uhr, Grenadierstr. 33 bei Schulz:

Versammlung des Bauanschläger-Vereins Berlin-N.

Tages-Ordnung: 7606

1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Tischler-Verein zu Berlin.

Sonnabend, den 12. Juli, abends 8½ Uhr, Melchiorstr. 15

General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Kassenbericht vom 2. Vierteljahr. 2. Bericht der Bibliothekare. 3. Wahl eines Bibliothekars. 4. Vereinsangelegenheiten (Abrechnung der Dampferpartie 2c.). 199/1

Das Mitgliedsbuch legitimiert. **Der Vorstand.**

Charlottenburg.

Freier Verein für Naturheilkunde und Gesundheitspflege.

Sonntag, den 13. Juli, im Volkshaus, Rosinenstr. 3

Großes Sommer-Fest

bestehend in **grossem Garten-Konzert, Gesangsvorträgen** des Gesangvereins **„Liederfreunde“**. Von 6 Uhr ab in beiden Sälen: **TANZ.** Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. Bei eintretender Dunkelheit Fackelpolonaise. Anf. 4 Uhr. Entree 20 Pf. 290/10

Verband des techn. Bühnen-Personals.

Sonnabend, den 12. Juli, abends 11 Uhr

Neue Roßstraße 3

General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vorstandsbericht. 2. Kassenbericht. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. 190/7

Um zahlreichen Besuch bittet **Der Vorstand.**

NB. Das **Sommerfest** des Verbandes findet am **20. Juli** im Restaurant **Schloßpark Wilhelminenhof** statt. Billets sind in der Versammlung und beim Komitee zu haben.

Achtung!

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Branche der Stock- und Celluloidarbeiter.

Sonntag, den 13. d. Mts., veranstaltet obige Branche eine

Dampferpartie nach Ziegenhals bei Zeuthen.

Die Kollegen werden ersucht, sich recht zahlreich daran zu beteiligen.

Freunde und Gönner sind freundlichst eingeladen.

Billets sind noch zu haben bei: Bareinz, Brückenstr. 7 im Lokal; Herm. Brüsow, Invalidenstr. 154; Karl Rückert, Schwedterstr. 244; Joseph Eichelberger, Görlitzerstr. 70, sowie an Bord des Dampfers. Abfahrt 8 Uhr früh. Preis 1,25, Kinder frei.

Arbeiter-Radfahrer-Verein Berlin.

Sonnabend, 9 Uhr abends: Schlesische Brücke nach dem Spreewald. — Sonntag, 2 Uhr: Schlesische Brücke nach Friedrichshagen (Müggelschloß). 12/12

3. Ziehung 1. Klasse 207. Kgl. Preuß. Lotterie.

Ziehung vom 10. Juli 1902.

Nur die Gewinne über 60 M. sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.)

75 260 477 511 60 667 75 761 89 1215 407 17 977 [200] 2208 [100] 502 64 702 846 88 3008 108 20 62 304 98 405 591 732 868 71 4228 55 79 324 43 508 609 12 921 5005 158 212 315 475 588 612 39 857 69 996 6061 84 128 31 359 574 613 787 938 81 7101 937 8281 417 554 653 716 931 66 9051 84 100 249 441 60 507 757 962 96

10062 479 623 840 11023 37 52 58 97 880 12036 473 574 632 723 808 30 13191 305 9 43 569 90 641 722 869 [100] 99 14022 30 276 348 868 15041 145 639 [150] 707 37 915 52 16227 62 324 438 596 686 768 17218 50 790 18015 57 330 609 747 905 20 19140 93 483 759 848 938 47 98

20026 102 255 21090 99 139 377 475 537 618 744 852 60 81 22122 225 78 358 536 619 813 23165 400 1 23 553 24268 338 415 80 557 866 935 82 25076 [100] 222 48 472 86 573 927 29 99 26038 215 402 [100] 68 86 663 64 706 976 27039 72 148 77 207 817 71 28460 69 559 738 29129 240 337 43 420 52 71 544 50 53 612 98 899 78

30160 467 [100] 694 [100] 742 31117 294 [150] 371 484 644 762 871 32129 40 222 541 603 55 33111 396 [100] 684 34059 35689 752 36100 203 458 [100] 502 52 98 668 37056 75 234 614 751 82 38304 13 718 30 896 905 39046 132 49 274 433 731 854 985

40223 418 590 829 87 41001 543 42036 169 240 73 545 56 691 704 39 43182 240 85 707 63 843 [100] 942 44096 142 294 323 417 644 835 45002 73 [150] 132 367 837 46087 188 256 [150] 304 85 562 673 710 86 47177 383 92 441 831 41 949 48153 700 94 49065 677 830

50298 563 612 53 712 858 51515 917 52027 [100] 48 85 170 777 924 53008 193 392 93 97 462 527 866 974 54074 140 650 809 [150] 32 914 46 55035 104 301 17 585 733 56138 701 835 57169 93 229 40 340 53 [100] 73 513 902 93 58381 409 91 98 613 49 743 59008 375 484 510 65 93 97 969

60027 116 251 612 54 779 836 86 61058 95 [100] 601 32 870 935 [100] 51 [100] 62097 112 680 818 951 [100] 63302 563 68 608 64063 101 9 231 37 590 615 738 80 [100] 87 851 75 65017 45 246 [100] 67 70 92 465 533 611 724 914 64 80 66279 405 629 846 67180 382 564 607 68077 186 205 90 69066 80 352 576 92 [100] 626

70113 93 206 505 602 868 919 [100] 71016 535 648 72157 58 227 436 800 62 87 941 73412 18 708 821 74100 245 373 543 679 946 70 75046 61 195 373 432 35 842 83 76217 38 334 47 409 546 54 60 625 884 917 77005 25 708 [150] 29 880 946 78022 109 404 548 94 646 709 40 873 906 87 79272 359 448 705 941 67

80010 154 71 555 623 80 783 809 82 941 81 81352 462 729 806 82249 353 67 518 46 755 877 83028 82 136 447 518 609 30 890 84277 521 798 836 84 85015 163 266 383 410 552 668 811 82 86168 79 243 326 408 569 720 87386 409 706 71 822 88201 312 624 845 89521 60

90015 200 358 493 500 625 [150] 717 887 91037 91 94 301 74 411 31 579 718 910 38 [200] 92060 148 230 347 467 525 79 754 967 93000 [100] 119 20 76 330 529 882 987 94051 298 312 430 540 97 765 862 900 95299 602 718 831 55 [150] 921 96115 89 679 704 822 909 83 97077 120 83 236 429 827 51 909 34 98354 509 62 774 92 [1000] 810 99016 510 632 72 86 709

100043 130 200 411 641 79 710 815 [500] 101009 120 578 837 39 944 102208 77 359 410 103031 326 58 511 645 787 806 49 933 56 104173 331 628 31 82 92 901 5 105126 288 380 413 782 863 84 106025 77 460 632 902 107327 50 85 953 108061 100 212 405 521 632 758 842 939 109064 154 259 376 549 718 909 16 929

110171 93 495 687 715 96 927 64 111242 362 585 773 842 112020 258 65 317 584 95 716

113007 149 68 82 322 860 958 114250 333 471 84 519 74 902 42 115012 56 249 313 461 504 82 76 648 116281 92 556 749 62 827 92 117177 243 472 872 908 78 118103 81 98 669 811 119083 102 320 641 69 887

120174 75 [200] 332 423 [100] 501 7 25 742 853 121429 512 648 707 833 [100] 122148 987 123006 203 7 50 427 748 124099 191 293 350 78 81 421 95 500 921 125266 386 [100] 832 83 [300] 126146 61 74 200 511 660 739 866 127025 96 296 367 84 627 71 87 128088 165 286 571 639 [150] 129039 39 222 367 638 759 869

130062 301 4 20 79 441 715 50 71 841 905 131248 458 509 54 649 708 924 132357 610 24 969 133167 205 45 667 878 930 134000 6 103 96 304 568 678 837 963 135126 378 411 573 660 136159 257 570 784 887 977 137036 72 130 204 537 [100] 696 767 894 138056 209 447 86 792 945 72 139094 131 644 852

140185 223 761 849 141056 69 99 308 629 736 983 142143 286 331 687 771 86 966 143096 136 256 [100] 62 451 526 821 951 144018 167 426 47 72 816 73 [150] 975 145036 176 216 318 443 511 659 730 909 [100] 146223 26 357 690 795 97 862 93 147363 466 527 38 [200] 773 148283 373 403 556 864 951 63 149099 356 60 476 647 783 883

150160 256 490 777 810 151152 252 [200] 98 349 471 152232 455 545 960 153090 [100] 98 117 78 276 341 63 73 [100] 97 886 926 154001 137 470 548 754 71 889 935 38 155372 87 784 156031 152 708 873 943 79 157009 302 512 42 54 691 832 54 158172 85 261 632 876 910 159033 133 314 43 580 689 940 78

160004 275 433 35 625 850 86 933 85 161085 588 833 908 28 162025 115 25 [100] 331 497 662 96 949 163120 [100] 405 17 829 164016 509 19 32 662 916 165125 347 431 651 921 166144 317 70 97 435 [100] 526 935 167437 512 26 815 949 168140 53 259 90 415 894 169173 364 547 686 897 992

170071 144 91 333 75 485 171031 [100] 197 321 736 172029 79 330 54 615 737 173068 165 329 [100] 440 513 42 731 174053 74 331 42 411 49 568 623 875 [100] 903 14 175034 46 [100] 151 229 334 79 711 979 176023 198 213 357 80 656 72 838 177472 [100] 90 872 986 75 178254 95 338 630 878 973 179372 519 78 862 908

180069 644 757 949 181039 281 432 52 56 886 182061 109 243 339 48 435 49 525 41 622 776 [100] 805 183504 85 820 48 954 184101 206 80 398 406 22 626 185423 78 619 41 783 186076 153 256 319 604 5 712 35 955 187222 483 872 982 188030 139 91 [100] 237 81 324 702 903 84 189354 56 62 633 743 67 987 [1000] 77

190003 51 295 [100] 375 452 913 61 [150] 99 191152 435 544 81 692 858 909 [100] 81 84 192140 434 58 532 97 642 988 193004 129 229 39 89 568 [100] 632 77 194037 55 93 285 492 576 679 814 195172 458 80 550 997 196149 62 281 407 571 607 758 197066 43 126 365 630 54 758 822 [150] 900 80 198021 206 323 459 73 87 199087 222 321 457 75 707 42 964 [500]

200017 102 230 305 18 70 848 [100] 964 201159 287 534 692 202656 936 68 203256 87 387 417 560 629 [100] 860 204081 84 142 409 665 776 95 205103 283 324 459 512 647 55 86 743 81 206338 444 89 763 207282 62 87 327 208193 [100] 243 87 310 33 474 673 765 209021 50 249 58 311 43 695 914

210390 211361 61 86 [100] 436 47 92 212100 448 593 631 748 947 213319 37 691 718 922 [150] 214021 24 182 362 215072 229 490 634 216117 19 239 97 367 467 795 856 87 935 44 217068 104 200 361 562 722 872 218203 556 820 912 219039 139 219 [150] 516 656 71 796

220063 317 572 85 814 45 972 221364 595 607 12 43 707 41 848 222126 208 76 422 45 46 879 223172 538 831 68 945 224182 278 [300] 95 319 629 71 724 97 890

Die Ziehung der zweiten Klasse der 207. Königlich Preußischen Klassen-Lotterie findet statt am 9., 11. und 12. August d. J.

Achtung! Maurer! Achtung!

Freitag, den 11. Juli, abends 9 Uhr, im Saale 1 des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer Nr. 15:

Baudeputierten-Versammlung.

Wir erwarten, daß jeder Bau durch einen Deputierten vertreten sein wird. 134/3*

Die Verbandsleitung.

Achtung, Töpfer!

In der Mittwoch-Nummer des „Vorwärts“ befindet sich ein von dem Gesellen-Ausschuß unterzeichnetes Inserat, in welchem unsre am Dienstag erschienene Annonce als unwahr bezeichnet wird. **Wir verweisen demgegenüber auf das Protokoll der Innungs-Versammlung vom 28. April, sowie auf die am Freitag, den 4. Juli, erfolgte Aussprache des Obermeisters Herrn Thiele** und überlassen es hiernach den Kollegen, zu beurteilen, **wer größeren Anspruch auf die Glaubwürdigkeit verdient,** der Gesellen-Ausschuß oder der Herr Obermeister. — Wir ersuchen die Kollegen dringend, **den Beschluß der öffentlichen Versammlung hochzuhalten** und sich im Falle der Arbeitslosigkeit abends zwischen 6 und 7 Uhr im Bureau, Klosterstraße 101, zu melden, da viel offene Stellen vorhanden sind. **Die Vermittlung ist für beide Teile kostenlos.** 290/9

Der Vorstand des Vereins der Töpfer Berlins und Umgegend.

Kleine Anzeigen.

Jedes Wort: 5 Pfennig. Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt. Nur das erste

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Beuthstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Grünkramgeschäft krankheitshalber billig zu verkaufen Gotzkowskystraße 10. †142*

Verkaufe meine 2 Baustellen, Hochwald, unweit Bahnhof, herrliche Lage, wegen andauernder Krankheit sehr billig. Krause, Zepernick, vor Bernau.

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Vorjährige elegante Herren-Anzüge und Sommerpaletots aus feinsten Stoffen 25—40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21, II.

Teppiche! (Fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 111/7*

Spottbillig Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Regulatoren, Regulieruhren Leihhaus Neanderstraße 6. Teilzahlungen gestattet. *

Pianino sofort verkäuflich, Ritterstraße 120, I. 28/7*

Herrenfahrrad, niedrig, fast neu, und einen echten schwarzen Wollspitz verkauft Möckel, Reinickendorferstraße 18d, vorn III. Sprechzeit abends 6—8. †714

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Nähmaschinen ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte tadellos, räumungshalber spottbillig, Köpnickerstraße 60/61, Landsbergerstraße 82.

Verfallene Pfänder: Uhren, Ringe, Ketten, Regulatoren spottbillig Pfandleihe Alexandrinenstraße 73. 26/16†

Nähmaschinen, verfallene, spottbillig, (Riesenauswahl) Pfandleihe Alexandrinenstraße 73. 26/16†

Gaskocherhaus! Einloch-Gaskocher! 1,00. Geschlossene Zweilochgaskocher! 5,00. Dreilochgaskocher! 8,00. Gasplätteisen! Gasbügler! Gasbratöfen! 8,00. Billig! Weglauer, Wallnertheaterstraße 32. 481b

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Junge deutsche Doggen zu verkaufen. Rixdorf, Hohrechtstraße 14, Spickermann. †131*

Strickerei verkäuflich Linienstraße 28. 7665

Papageienauswahl, großartige Sprecher, billig, Vogelhandlung Oranienstraße 87. 762b*

Kleiderspind, Vertiko, Spiegel, Stühle (Nußbaum) neu, billig, Admiralstraße 19, IV, Höfer. 7685

Halbrenner. Damenrad, wenig gefahren, 55,00, Zionskirchplatz 6, III

Restauration sofort billig verkäuflich, voller Schank, Verein, wegen Verzug nach außerhalb, Bovenstraße 28. †35*

Vermischte Anzeigen.

Zeugengesuch. Die Herren, welche am 3. d. Mts., abends 6½ Uhr, am Bahnhof Savignyplatz Zeuge waren, als mir der Finger abgequetscht wurde, wollen sich melden. Ernst Lüthmann, Mantenffelstraße 32. 775b

Klavierstunden, Violinstunden, Sonnenkursus monatlich 4 Mark, Musikakademie Nürnbergerstraße 21. *

Rechtsbureau, Teltowerstraße 45, Eingaben, Gesuche, Raterteilung. Unbemittelten unentgeltlich. 1185f*

Rechtsbureau Fabisch, Andreasstraße Dreiundsechzig, Rechtshilfe, Eingabengesuche, Raterteilung. [731b*

Unfallsachen, Klagen, Eingaben, Reklamationen. Putzger, Steglitzerstraße 65. 2542b*

Kostenfreie zahnärztliche Behandlung, Zahnziehen. Zahnärztliche Poliklinik, Chausseestraße 1a. 1207g*

Brockhauslexikon und alle andren Bücher kauft, beleiht Antiquariat Kochstraße 56, I. Amt VI, 3397. *

Fahrradgesuch, Ratlaff, Schönhauser Allee 163a.

Kaninchen kauft und verkauft Kusch, Marienburgerstraße 44. [761*

Großes, kleines Vereinszimmer, Kegelbahn, frei Vollsgarten, Brunnenstraße 150. 7475*

Vereinszimmer. Lier, Alte Jakobstraße 119. 1188K*

Verloren wurde von Mariendorf bis Lichterfelde ein Paket, enthaltend 3 Rollen mit Marken des Konsumvereins Berlin-Rixdorf. Der Finder wird gebeten, dasselbe in Rixdorf, Bietenstraße 54 oder Groß-Lichterfelde, Dürerstraße 37 oder Expedition des „Vorwärts“ abzugeben.

Ausgekämmte Frauenhaare kauft Winterfeldt, Chausseestraße 121. 760b

Leihhaus H. Graff, Beuthstraße 5. Coulant, diskret, reell. Ungenierteste Einzel-Bedienung. *

75 Pfennige! Steuerberufung, Eingabengesuche, Raterteilung. Allerbilligst Schankfachen. Militärsachen, Kaufverträge, Zahlungsbefehle, Gerichtsklagen. Wulkow, Stalitzerstraße 141. 772b

Rechtsbureau. Prozeßbeistand, Eingabengesuche, Raterteilung. Falk, Brunnenstraße vierzig. 773b

Vermietungen.

Schlafstellen.

Möbliertes Zimmer oder Schlafstelle vermietet, Gartenstraße 70 vorn III. Unruh. 774b

Freundliche Schlafstelle für zwei Herren zu vermieten Forsterstraße 54, Hof III, Witwe Rosenthal.

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Buchdrucker-Invalide, 35, schriftgewandt, guter Rechner, sucht Beschäftigung bei bescheidenen Ansprüchen. Walter, Fischerbrücke 12.

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden zu den billigsten Preisen geflochten, werden abgeholt und unentgeltlich zurückgeliefert. Adresse: Mulackstraße 27, A. Gläser. *

Stellenangebote.

Maurer! Circa 10 Maurer, 3 Zimmerer und 15 Arbeiter stellt sofort ein Baugeschäft Weidelt, Blumberg bei Berlin. 738b*

Junger Packer Gollnowstraße 43.

Hosenarbeiter auf Façon und Leibchenhosen verlangt Betriebswerkstatt, Brunnenstraße 84. 771b*

Knabenpaletots-Arbeiter verlangt Betriebswerkstatt, Brunnenstraße 84.

Dauernde Beschäftigung auf bessere Knabenblusen und Jacken bei sehr hohen Lohn, in und außer dem Hause. Betriebswerkstätte Brunnenstraße 84, Gustav Laafer, Fabrikgebäude. 771b*

Junge Mädchen zur leichten Maschinennäherei verlangt Betriebswerkstatt, Brunnenstraße 84. 771b*

Tüchtige Belegerinnen verlangt Ad. Werkmeister, Schmidstr. 8a. b*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile

Gesucht tüchtige

Instrumentenmacher

auf feine **chirurgische Neusilber-Instrumente.** Solche, die schon auf Cystoskope gearbeitet, werden bevorzugt. Offerten mit Angabe bisheriger Beschäftigung unter **H. 3** an die Expedition des „Vorwärts“. 4636g

Detacheur-Färber

auf Herren- u. Damengarderobe gesucht. 4632L*

Gebr. Altenberg Färberei

Neu-Weissensee, Langhansstr. 4.

Achtung! Holzarbeiter!

Gesperrt sind folgende Werkstätten: A. Schulz, Krautstr. 18/19. Gummeluth, Diefenbachstr. 33. Kimbel u. Friedrichsen, Yorkstr. 43. Kimbel u. Friedrichsen, Yorkstr. 59. 83/3* **Die Ortsverwaltung.**

Verantwortlicher Redacteur: **Carl Leid** in Berlin Für den Inseratenteil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. **Druck und Verlag von Max Bading** in Berlin

Kautschukzölle.

81. Sitzung der Zolltarif-Kommission.

Berlin, 10. Juli.

Zur Beratung werden die Positionen 573, Schläuche zu Fahrrädern — 100 M.; Schläuche für künstliche Blumen — 100 M.; andre — 45 M.; 574, Treibriemen aus Gespinstwaren, mit Kautschuk getränkt — 50 M.; 575, Wagendecken — 30 M., verbunden.

Die Socialdemokraten beantragen Zollfreiheit. Schrader beantragt zu 573 — 60, 50 und 40 M.; zu 574 — 24 M.; zu 575 — 24 M.

Baudert hält Zollfreiheit auf Fahrräder-Schläuche für geboten. Fahrräder sind keine Luxusartikel, sondern werden zu Tausenden allein schon von Arbeitern in Berlin benutzt, die von ihren Wohnungen in den Vororten nach der Arbeitsstätte fahren; sie dürfen nicht verteuert werden.

Schlumberger erklärt den Zoll für einen Finanzzoll.

Molkenbuhr weist aus der Ausfuhrstatistik nach, daß ein Finanzinteresse bei der minimalen Einfuhr, die übrigens die Konkurrenzfähigkeit und Prosperität deutscher Fabriken beweise, gar nicht vorhanden sei. Schlumberger habe wieder mal grundlos operiert. Es liegt kein Anlaß vor, die Dividenden der Kautschukfabriken von 50 auf 100 Proz. durch solche Liebesgabe zu treiben.

Hoffmann-Hall erwidert Schlumberger, es sei nicht Aufgabe der Kommission, der Regierung Finanzquellen zu eröffnen, man rede ja sonst immer davon, nur die Produktion zu schützen; sie werde hiermit nicht geschützt.

Stadthagen fragt die Regierung, was im Wirtschaftlichen Ausschuß über den Zoll auf Kautschuk zu Stielen für künstliche Blumen verhandelt worden sei. In den Motiven wird die Angabe eines einzigen Fabrikanten, der angeblich wegen unlohnender Fabrikation diese eingestellt hat, als maßgeblich hingestellt, das sei doch höchst auffällig. Ist in dem Wirtschaftlichen Ausschuß gefragt worden, was für Löhne die Arbeiter erhalten, die diese Stiele herstellen? Weiß man, was die Verteuerung der Stiele für die Arbeiter der Blumenfabrikation für Nachteile hat? Es ist unerhört, daß die Regierung der Stimme eines einzigen Fabrikanten nachgab. Der Interessenstandpunkt einzelner darf nicht maßgeblich sein. Dabei zahlen Fabriken, wie die Kontinental-Fabrik, 55 Proz. Dividende, aber niedrige Löhne. Wir sind doch keine Kommission zur Vorbereitung und Förderung für hohe Dividenden.

Geheimrat **Wermuth** erwidert, daß die Regierung nicht nur einen Fabrikanten gehört, sondern sich auch praktisch informiert habe.

Zu Position **573** werden die Anträge Spahn und Schrader auf Herabsetzung der Zölle auf 60, 80 resp. 40 M. angenommen; dagegen werden die Positionen 574/75 nach der Vorlage angenommen.

Position 576, Schuhe und Kautschuk, unlackiert — 70, lackiert — 100 M.

Die Socialdemokraten beantragen Zollfreiheit.

Schrader beantragt 40 resp. 60 M. und weist auf die Notwendigkeit der russischen Gummischuhe für den Osten hin, gleichwohl sei die Einfuhr nicht so stark, daß sie die deutsche Fabrikation bedrücke.

Graf **Posadowsky** ersucht, die Vorlage anzunehmen.

Schrader ändert seinen Antrag ab und fordert nur einen Satz von 60 M.

Bock bemerkt, daß alles Maß in der Verzollung von Hauptbedarfsartikeln überschritten werde und daß demgegenüber die Forderung nach Zollfreiheit um so berechtigter sei. Diese Forderung resp. **die Haltung unsrer Partei zum Zolltarif werde auch von der Bevölkerung gebilligt, wie neuerdings auch die Nachwahl in Bayreuth beweise.** Die deutschen Gummifabriken prosperieren, benötigen also keines Zollschutzes. Dabei zahlen sie schlechte Löhne, so daß sich die Arbeiter zum Streik gezwungen sehen, wie in Harburg, wo ein hartnäckiger Streik geführt wurde wegen schlechter Löhne, obgleich die Fabrik durchschnittlich 23 Prozent Dividende gezahlt hat.

Die Position wird nach der Vorlage angenommen.

Zusammengefaßt werden die Positionen 577/79, zu denen die Socialdemokraten Zollfreiheit beantragen.

Schrader beantragt zu Position 577, Reifen für Fahrräder und Laufdecken zu denselben, den Zoll von 80 auf 60 M. herabzusetzen. Position 578, andre unlackierte Waren — 40 M., lackierte 60 M.; Position 579, Gespinstwaren, auch Filz, mit Gummi getränkt, aus Seide — 180 M., andre — 100 M. Zu 579 beantragt Schrader einen einheitlichen Satz von 100 M.

Stadthagen begründet den Antrag auf Zollfreiheit.

Müller-Sagan und **Hoffmann**-Hall beantragen: „Waren vorbezeichneter Art, die zu Heilzwecken dienen, sind zollfrei einzulassen."

Baudert beantragt, die Anmerkung zu 579: „Bestickte Gespinstwaren der vorbezeichneten Art werden wie genähte Gegenstände aus solchen verzollt" — zu streichen.

Position 577 wird nach dem Antrag Spahn und Schrader von 80 auf 60 M. herabgesetzt; Position 578 wird nach der Vorlage angenommen, ebenso 579 und die Anmerkung.

Antrag Müller-Sagan wird abgelehnt.

Position 580, Kautschuk-Drucktücher für Fabriken und künstliches Kratzenleder für Kratzenfabriken auf Erlaubnisschein unter Ueberwachung der Verwendung — 50 M., sowie Position 817, Kratzenbeschläge — 60 M., werden zur Beratung verbunden.

Die Socialdemokraten beantragen Zollfreiheit, ebenso Abg. Schrader.

Spahn beantragt für 580 — 40 M., für 817 — 36 M.

Arendt beantragt für 580 — 75 M.

Müller-Fulda beantragt folgende Anmerkung zu Nr. 580:

Kratzentücher zur Kratzenfabrikation werden auf Erlaubnisschein zollfrei abgelassen, falls sie in Form von Kratzenbeschlägen zur Wiederausfuhr gelangen.

Baudert beantragt, der Nr. 580 folgende Fassung zu geben:

Kautschuk-Drucktücher für Fabriken, sowie Lederstreifen und künstliches Kratzenleder für Kratzenfabriken auf Erlaubnisschein, unter Ueberwachung der Verwendung frei.

Sittart beantragt, die Nr. 580 wie folgt zu fassen:

Kautschuk-Drucktücher für Fabriken 50 M., Kratzentuch (künstliches Kratzenleder unter Kontrolle) frei.

Handelsminister **Möller** begründet die Zollsätze der Vorlage damit, daß die Regierung zu einer Auflegung resp. Erhöhung der Zölle gekommen sei, weil die Interessenten dringend danach verlangten und andre Länder hohe Zölle auf Kautschuk-Drucktücher und Kratzentücher hätten, während der deutsche Zolltarif diese zollfrei ließ.

Sittart (Centrum) tritt für Zollfreiheit ein, während **Müller**-Fulda seinen Antrag zu Gunsten des Spahnschen Antrages zurückzieht.

Der bayrische Bundesrats-Bevollmächtigte **v. Geyger** erklärt, daß die bayrische Regierung den Wünschen des Abg. Müller-Fulda bezüglich des Veredelungsverkehrs Rechnung tragen werde.

Spahn meint, die Kratzentuch-Fabrikation dürfe nicht schutzlos gelassen werden, sie müsse sich für den inländischen Bedarf besser entwickeln können. Redner ersucht Sittart, seinen Antrag zurückzuziehen.

Arendt begründet seinen Antrag mit der Behauptung, die verschiedensten Interessenten hätten eine kleinliche Rechnung gegeneinander aufgemacht; man müsse die Kratzentuch-Fabrikation schützen, der von ihm beantragte Zollschutz bedrücke die andern Interessenten nicht.

Baudert begründet den Antrag auf Zollfreiheit. Auch die Arbeiter hätten ein Interesse daran, daß die Kratzenmaschinen aus bestem Material hergestellt werden, damit nicht Fehler in der Rauherei entstehen, für die die Arbeiter dann verantwortlich gemacht werden. Man macht ihnen dann Abzüge, auch haben sie Zeitverluste. Ausländische Kratzentücher sind von anerkannt besserer Qualität, deshalb dürfe man sie nicht durch künstliche Verteuerung fernhalten. Die deutsche Kratzentuch-Fabrikation hätte mehr als ein Jahrzehnt Zeit gehabt, technische Verbesserungen vorzunehmen, damit das deutsche Fabrikat annähernd die Güte des ausländischen erreiche. Proben, die er vorlege, zeigten den Unterschied. Die inländischen Fabriken könnten weder quantitativ noch qualitativ den inländischen Bedarf decken. Redner kritisiert dann scharf die Art, wie widerspruchsvoll die Kommission handle, wenn die Mehrheit bei früheren Positionen auf die in Beratung stehende hingewiesen und Zollfreiheit in Aussicht gestellt habe und jetzt gesagt werde, man könne sie nicht gewähren. Ferner führt er die Aussprüche bedeutender Industrieller, sowie die Gutachten von Handelskammern für die Zollfreiheit an. Auch der Antrag Müller-Fulda sei unannehmbar, der einzig richtige sei der auf Zollfreiheit gerichtete. Für Weberei und Spinnerei sei gutes Material gleich erforderlich, wenn ihre Leistungsfähigkeit nicht herabgedrückt werden solle. Wolle die Kommission jetzt keine Rücksicht nehmen, würde in zweiter Lesung alles versucht werden, sie zur Umkehr zu bringen.

Handelsminister **Möller** verliest folgende Erklärung, die nach seiner Meinung zur Zurückziehung einiger Anträge führen werde: Er erkenne an, daß die Einführung von Zöllen auf die Halbfabrikate der Kratzenfabrikation zur Erleichterung des Exportes von Kratzenbeschlägen die Durchführung eines Veredelungsverkehrs erforderlich machen werde. Er könne unter Bezugnahme auf die früher abgegebene Erklärung des Vertreters des Reichs-Schatzamtes, man beabsichtige für den Veredelungs-Verkehr im allgemeinen eine Neuregelung im wohlwollenden Sinne, namens der preußischen Regierung erklären, daß man in diesem Specialfall die Durchführung des Veredelungs-Verkehrs glaubt zusichern zu können. Den Antrag Müller-Fulda auf Einführung einer solchen Verpflichtung in den Zolltarif aufzunehmen, empfehle sich um deswillen nicht, weil er eine Durchbrechung der den Einzelregierungen zustehenden Rechte in Bezug auf den Veredelungsverkehr darstelle.

Die Vertreter von **Bayern, Sachsen** und **Württemberg** schließen sich dieser Erklärung an.

Diese Erklärung werde zum Protokoll gegeben.

Müller-Fulda und Arendt ziehen ihre Anträge zurück, ebenso Sittart, der aber erklärt, für Zollfreiheit stimmen zu wollen.

Schrader konstatiert, es könne niemand bestreiten, daß das inländische Fabrikat minderwertiger als das ausländische sei, der Zoll werde darin keine Aenderung herbeiführen; darum sei der Zoll um so bedenklicher.

Müller-Sagan meint, wenn jetzt sogar der preußische Handelsminister von seinem früheren Standpunkt abgegangen sei, solle man konsequent sein und die früheren Anträge aufrechterhalten.

Schlumberger bedauert, daß die Regierung zurückgewichen sei, die inländische Produktion müsse geschützt werden. Wir müssen solidarisch handeln, um unabhängig von Amerika, überhaupt vom Auslande, zu werden.

Ein Schlußantrag Hahns wird angenommen.

Der Antrag Müller-Fulda wird zu 580 angenommen, dazu der Spahnsche Zollsatz von 30 M., zu Pos. 817 ebenfalls der Spahnsche Antrag — 40 M. zu setzen.

Dann werden die Positionen 581—585 zur Beratung zusammengefaßt, trotz des Einspruches von mehreren Seiten.

Pos. 581 Hartkautschukteig (nicht vulkanisiert) — 8 M.; 582, für zahntechnische Zwecke — 100 M.; 583, in Platten, Stangen 2c. — 15 M.; 584, Röhren aus Hartkautschuk — 45 M.; 585, andre Hartkautschukwaren — 45 M. Allgemeine Anmerkung: Waren aus Guttapercha, Balata oder Kautschuk-Ersatzstoffen werden, soweit sie nicht besonders genannt sind, wie Kautschukwaren verzollt.

Ein Antrag auf Vertagung 5 Minuten vor 2 Uhr wird abgelehnt.

Die Socialdemokraten beantragen Zollfreiheit.

Schrader beantragt für 581/82 zollfrei.

Stadthagen begründet die Anträge. In den Motiven sei gesagt, unvulkanisierter Hartkautschuk läßt sich von unvulkanisiertem Weichkautschukteig nur durch einen besonderen Apparat unterscheiden, zur Vermeidung einer solchen Untersuchung sei der für Nummer 570 vorgeschlagene Zollsatz auch hier eingestellt. Das sei eine Begründung eines Zolls, wie sie wohl noch nicht dagewesen sei, sie beweisen, wie wenig Rücksicht auf die Konsumenten von Waren genommen werde.

Baudert beantragt eine Anmerkung zu diesem Abschnitt, über deren Zugehörigkeit zu demselben eine eingehende Geschäftsordnungs-Debatte sich entspinnt; die Anmerkung wird besonders nach dem 15. Abschnitt debattiert.

Ein Schlußantrag Paasches wird angenommen.

Zu Position 581 wird auf Antrag Spahns 5 M. beschlossen. Position 582 wird nach der Vorlage angenommen. Zu Position 583 werden nach Spahns Antrag 10 M., zu Position 584 — 40 M. beschlossen; 585 wird nach der Vorlage angenommen; ebenso die Anmerkung.

Schluß der Sitzung 8 Uhr. Nächste Sitzung: Freitag 8 Uhr.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Die Arbeiter der Elektricitäts-Gesellschaft „Union" erklären, daß gegen sie zu Unrecht in Nr. 152 des „Vorwärts" seitens der Lokalkommission der Vorwurf erhoben wurde, sie beabsichtigen ein Sommerfest in einem der Arbeiterschaft gesperrten Lokal abzuhalten. An dem Arrangement sind wesentlich die 800 Beamten der Gesellschaft beteiligt, während die Arbeiter im Hinblick auf den schlechten Verdienst und die gekürzte Arbeitszeit der Abhaltung des Festes von Beginn an abweisend gegenüberstehen. Wie wenig Anklang die Sache unter den 1300 Arbeitern gefunden hat, dafür bietet die Thatsache den Beweis, daß in die cirkulierende Liste sich nur 100 eintrugen. Der erhobene Vorwurf kann mithin nur einige treffen, die der Arbeiterbewegung immer hindernd gegenüberstanden.

Charlottenburg. Die Parteigenossen des 7. Bezirkes veranstalten am Sonntag, den 13. Juli, eine Herrenpartie nach dem Liebknecht-Denkmal, Carlshorst, Friedrichshagen, Müggelberge, und laden hiermit Freunde und Bekannte ein.

Treffpunkt ist bei Max Grill, Goethestr. 78, Ecke Grolmanstraße, vormittags 6½ Uhr. Rückfahrt erfolgt von Grünau.

Lokales.

Die meteorologische Säule, die sich auf der Südseite des königlichen Schlosses vor der Kurfürstenbrücke an der Spree befindet, enthält eine Anzahl interessanter Instrumente, deren Angaben für die augenblickliche Witterung maßgebend ist. Das wichtigste ist das Barometer, durch welches der herrschende Luftdruck gemessen wird; dasselbe ist an der Westseite der Säule angebracht. Ueber ihm steht ein sogenannter Hygrometer, ein Apparat, der den augenblicklichen Feuchtigkeitsgehalt der Luft angiebt. Die Südseite ist mit einem registrierenden Barometer versehen, das seinen Stand beständig automatisch auf ein Blatt Papier einzeichnet; die Zeichnung der letzten Woche ist unter dem Instrument angeheftet, so daß man leicht die Schwankungen des Luftdruckes während der ganzen Woche übersehen kann.

Nächst dem Luftdruck ist für die Beurteilung des Wetters die Temperatur wichtig; für sie ist die Nordseite der Säule reserviert. Dort befinden sich zwei Thermometer, von denen das eine, ein Quecksilber-Thermometer, die höchste, das andre, ein Weingeist-Thermometer, die niedrigste Temperatur während der letzten 24 Stunden abzulesen gestattet. Darüber ist, wie auf der gegenüberliegenden Seite, ein Streifen angeheftet, der den Gang der Temperatur während der letzten Woche zu übersehen gestattet; die am Tage aufsteigende, in der Nacht sinkende Kurve wird von einem Registrier-Thermometer aufgezeichnet.

Die Windrichtung ist auf der Säule nicht angegeben; in der Großstadt verfängt sich der Wind so vielfach, daß der Anemometer (Windmesser) sehr hoch aufgestellt werden müßte, um die richtige Windrichtung anzugeben. Eine Registriervorrichtung etwa von der Spitze des Domes bis zu der Säule zu führen, ist aber nicht gut angängig.

Auf ihrer Ostseite sind eine Reihe von Zahlen eingegraben, die mit dem Wetter nichts zu thun haben; zunächst ist die genaue Lage von Berlin nach geographischer Breite und Länge angegeben, die letztere sowohl in Bezug auf Greenwich als Paris, auch ist das Winkelmaß in Zeitmaß umgerechnet: unsre Uhr zeigt 44 Minuten 14 Sekunden weiter als die in Paris und 53 Minuten 35 Sekunden weiter als die auf der Sternwarte in Greenwich bei London. Weiter finden wir die Höhenlage von Berlin zu 38 Meter über den Meeresspiegel angegeben; ferner die Länge des Sekundenpendels zu 994,2 Millimeter und die Beschleunigung durch die Schwere zu 9,813 Meter.

Unter diesen Zahlen ist eine geschriebene Tabelle angeheftet. Sie enthält den mittleren Luftdruck für Berlin zu 757,7 Millimeter, sowie die Mitteltemperaturen der einzelnen Monate und des ganzen Jahres. Letztere beträgt 9,1 Grad; der heißeste Monat ist der gegenwärtige, der Juli, mit einer Mitteltemperatur von 19 Grad. Diese Zahlen sind deswegen nicht eingegraben, sondern nur angeschrieben, weil sie durch neue Beobachtungen in den kommenden Jahren ein wenig geändert werden können. So betrug die Mitteltemperatur im Jahre 1900 9,7 Grad, die Mitteltemperatur des Juli 20,8 Grad. Dagegen war zwei Jahre vorher, im Jahre 1898, die Mitteltemperatur des Jahres auf 9,9 Grad gestiegen, aber die des Juli auf 15,6 Grad gesunken; der Juli war damals überhaupt nicht der heißeste Monat, er wurde vom Juni mit 17,4 Grad und vom August mit 20 Grad übertroffen.

Auch die Regenmenge im Innern Berlins, die auf der Tabelle verzeichnet ist, schwankt sehr erheblich; die Tabelle giebt als das aus vielen Jahren gezogene Mittel 596 Millimeter an; aber 1900 betrug sie nur 520,5 Millimeter, und in den vorhergehenden Jahren auch nur 553,2 und 540,3 Millimeter. Der regenreichste Monat ist im allgemeinen der Juli mit einer Regenhöhe von 73,7 Millimeter; aber im Juli 1900 fielen nur 42,3 Millimeter Regen, während im Juni 101,9 Millimeter fielen. 1899 fielen im Juli zwar 98,3 Millimeter Regen, aber im Mai 107,7 Millimeter. Der Juli 1898 dagegen war mit 97,7 Millimeter der regenreichste Monat jenes Jahres; auf ihn folgte der März mit nur 65,5 Millimeter.

Die genaue Aufzeichnung gerade dieser schwankenden Elemente ist äußerst wichtig; aus ihnen muß der Zusammenhang unsrer Witterung mit der Thätigkeit auf der Sonne, von der ja in letztem Grunde unser Wetter abhängig ist, erschlossen werden.

Keine Aenderungen im Vororts-Verkehr. Einen interessanten Verlauf nahm eine Konferenz von Vertretern des Vereins der Vororte Berlins bei dem Eisenbahn-Direktions-Präsidenten Kranold, welche Mittwochnachmittag im Sitzungssaale des Direktionsgebäudes am Schöneberger Ufer stattfand. Der Zweck der Zusammenkunft war die Besprechung der in umfangreicher Eingabe enthaltenen Wünsche der Vorort-Bewohner bezüglich der Eisenbahn-Verkehrsverhältnisse. — Für eine Tarifermäßigung im Vorortsverkehr sei eine Geneigtheit im Ministerium, wie der Präsident hervorhob, nicht vorhanden. Die Preise seien gegenwärtig so billig, daß dadurch höchstens die Selbstkosten im Stadt-, Ringbahn- und Vorortsverkehr gedeckt würden. Trotzdem werde die Tariffrage die Verwaltung weiter beschäftigen. Dasselbe sei bezüglich der Ueberfüllung der Vorort-Züge der Fall, doch könne auch dieser Mißstand nicht aus der Welt geschafft werden, lasse sich vielmehr nur von Fall zu Fall prüfen und abhelfen. Die Anregung, betreffend Ausbau der dritten und vierten Geleise beantwortete Herr Präsident Kranold mit der Erklärung, daß diese Angelegenheit thunlichst beschleunigt würde. Für die Vororte an der Ostbahn und Lehrter Bahn sei die Anlage von dritten und vierten Geleisen vorläufig noch nicht in Aussicht genommen. Der Wunsch, den Vorortverkehr auch auf die Strecke Velten—Kremmen auszudehnen, müsse abgelehnt werden, da sich ein Bedürfnis hierfür auf dieser Strecke noch nicht herausgestellt habe. Auch der Eisenbahnminister stehe in dieser Frage auf dem gleichen Standpunkt. Bezüglich besseren Anschlusses der Ringbahnzüge an den Vorortverkehr versprach der Präsident möglichste Berücksichtigung der ausgesprochenen Wünsche. Die Bitte, den Umbau des Schlesischen Bahnhofes thunlichst zu beschleunigen, beantwortete der Präsident damit, daß die Angelegenheit noch in der Schwebe sei. Aber mit der Fertigstellung der dritten und vierten Geleise der Schlesischen Bahn würde auf dieser Strecke jedenfalls eine Reihe von Vorortzügen eingelegt werden. Dem Wunsche, die Station Blankenburg an der Stettiner Vorortsstrecke Berlin—Bernau in Zukunft Blankenburg-Buchholz zu nennen und zwar in Rücksicht auf die Nähe der großen Vorortgemeinde Französisch-Buchholz glaubt die Direktion nicht entsprechen zu können, da sie auf dem Standpunkt stehe, die Zahl der Stationen mit Doppelnamen nicht weiter zu vermehren. Eine Anfrage, ob die Direktion nicht für Einstellung von Sonderzügen nach Düsseldorf Sorge tragen könne, wurde dahin beantwortet, daß der Eisenbahnminister sich gegen Einstellung von derartigen Sonderzügen erklärt habe und daß in Zukunft keine andren als Ferien-Sonderzüge gestellt werden würden. Die Konferenz, welche von fünfzehn Vertretern der einzelnen Vororte unter Führung des Stadtverordneten-Vorstehers Gustav Müller-Schöneberg besucht war, wurde nach anderthalbstündiger Dauer geschlossen.

Berliner Gemeinde-Wählerliste.

Der Magistrat giebt bekannt: Die Liste der stimmfähigen Bürger Berlins ist in Gemäßheit der §§ 19 und 20 der Städte-Ordnung vom 30. Mai 1853 und § 2 des Gesetzes vom 30. Juni 1900, betreffend die Bildung der Wählerabteilungen bei den Gemeindewahlen, sowie der dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen des Herrn Ministers des Innern vom 14. September 1900, aufgestellt und wird in der Zeit vom 15. bis einschließlich 30. Juli d. J., an den Wochentagen von vorm. 9 bis nachm. 3 Uhr und an den Sonntagen von vorm. 11 bis nachm. 1 Uhr in unserm Wahlbureau, Poststraße 16, 2 Treppen, Zimmer 57, zur Einsicht öffentlich ausliegen. Während dieser Zeit kann jedes Mitglied der Stadtgemeinde gegen die Richtigkeit der Liste Einwendungen erheben; später eingehende Einsprüche werden nicht berücksichtigt. Die Gesamtsumme aller für die Abteilungsbildung zusammengetragenen Steuern beträgt 60 202 925,61 M. Nach der hiernach bewirkten Feststellung der drei Abteilungen gehören zur I. Abteilung diejenigen Wähler, welche mindestens einen Steuerbetrag von 4 496,60 M. zahlen; die II. Abteilung beginnt mit dem Steuerbetrage von 4 496 M. und schließt mit einem solchen von 215 M. ab, während die III. Abteilung mit dem Steuerbetrage von 214,80 M. anfängt. Wir machen hiermit noch besonders darauf aufmerksam, daß bei Berichtigung der Wählerliste bezüglich des Wohnsitzes der stimmberechtigten Personen in Berlin die von denselben zu erstattenden polizeilichen An- und Abmeldungen maßgebend sind. Demnach mußten auch solche, an sich wahlberechtigte Personen in der Wählerliste gestrichen werden, welche polizeilich ab-

gemeldet sind, ohne ihren Wohnsitz hierselbst aufgegeben zu haben, wenn sie sich z. B. in einem Bade oder zum Sommeraufenthalt auswärts befinden, also nur vorübergehend von Berlin abwesend sind, es aber unterlassen haben, solches auf der erstatteten polizeilichen Abmeldung zu vermerken.

Herr Bolle sendet uns folgende Berichtigung: Unter Bezugnahme auf die in ihrem werten Blatte Nr. 158 wiedergegebenen Ausführungen des Herrn Dr. Flatau vom 8. d. Mts. über die Geschäftslage der Milchcentrale erlaube ich mir Sie zu benachrichtigen, daß dieselben, soweit sie meine Firma betreffen, unwahr sind.

In dem Bericht war angegeben, daß einem Gerücht zufolge die Milchcentrale ihren Geschäftsbetrieb mit der Meierei Bolle vereinigen wolle. Wenn Herr Bolle nicht abermals wie im Kampfe gegen die Milchcentrale seine Ansicht ändert, so dürfte er mit seiner Berichtigung Recht behalten.

Die Milchlieferung an Krankenkassen hat sich der Verein Berliner Milchhändler bereits in größerem Maßstabe zu sichern gewußt. Er hat bis jetzt etwa für 15 Kassen, darunter auch einige Innungs-Krankenkassen, die Lieferung übernommen und steht mit einer Reihe weiterer Kassen in Unterhandlung. Es soll streng darauf gesehen werden, daß den Krankenkassen nur Vollmilch, nicht die durch die Polizeiverordnung zugelassene „Marktmilch" geliefert werde. Die Lieferungen werden ausschließlich an organisierte Milchhändler vergeben und auch an diese nur, wofern sie keine Marktmilch in ihren Geschäften führen. — Eine scharfe polizeiliche Kontrolle über den Berliner Milchhandel wird seit einigen Wochen ausgeübt. In einzelnen Stadtteilen, namentlich im Süden und Südosten werden in letzter Zeit von behördlichen Organen massenhaft Milchproben entnommen. In den genannten Stadtteilen sollen nicht weniger als 860 Beanstandungen von Milchproben vorgekommen sein.

Die alten Verkaufsbuden Unter den Linden werden mit der Umgestaltung dieser Straße nun definitiv verschwinden, da die bereits vor einigen Wochen der Regulierungsarbeiten wegen abgebrochenen nicht wieder aufgestellt werden sollen und die letzte, welche sich noch gegenüber der Wilhelmstraße erhebt, nur noch kurze Zeit ihr Dasein fristen wird. Bestehen bleiben die Trinkhallen, doch erhalten sie einen andern Standort.

Städtische Altersversorgungs- und Siechenanstalten. Im Friedrich Wilhelm-Hospital und in der Siechenanstalt in der Fröbelstraße befanden sich am 30. Juni d. J. 621 männliche und 461 weibliche Hospitaliten resp. Sieche. Außerdem waren im Depot für aus hiesigen Heilanstalten entlassene unheilbare Obdachlose 40 Männer und 47 Frauen untergebracht. Die Anstalt in der Pallisadenstraße hatte am 30. Juni einen Bestand von 1 männlichen und 605 weiblichen Hospitaliten. Die Gesamtzahl der am 30. Juni in den genannten Anstalten verpflegten Personen betrug mithin 1775.

Die Armenpflegerinnen haben sich durch die letztvollzogenen Wahlen auf drei vermehrt. Außer der Armenkommission 115 A (Gegend der Frankfurter Allee), die vor kurzem die erste Armenpflegerin erhalten hat, ist jetzt auch der Armenkommission 28 B (Gegend der Yorkstraße) und der Armenkommission 210 (Gegend der Stettinerstraße) je eine Armenpflegerin zugeordnet worden. In der Kommission 210 ist es die Frau des Vorstehers, die das Amt einer Armenpflegerin übernommen hat.

Das höchste Gerüst Berlins. Gegenwärtig wird auf dem Rathausturm in der Königstraße mit dem Abbruch des Gerüstes begonnen, das sich in der achtunggebietenden Höhe von fast 100 Meter über der Königstraße erhebt. Die Ausbesserungsarbeiten sind nun vollendet, der schmiedeeiserne Glockenstuhl hat einen frischen schwarzglänzenden Anstrich erhalten, die 97 Meter hohe Spitze der Fahnenstange ist neu vergoldet und die Holzgalerie hat ebenfalls einen frischen Oelfarbenanstrich erhalten. Die Abbruchsarbeiten des Gerüstes waren besonders gestern des starken Sturmes wegen mit großen Schwierigkeiten verknüpft und mußten die Arbeiter sogar zeitweise das Gerüst verlassen, da der Aufenthalt auf demselben für dieselben zu gefährlich war.

Im Apollo-Theater feierte am Mittwoch die lustige Operette „Lysistrata" die 100. Aufführung. Manche Aenderungen, die prächtige Scenerie und der verschwenderische Luxus in der Ausstattung erhielten dem munteren Ding noch immer den alten Anreiz, der sonst wenigen beschieden ist. Der Komponist Paul Lincke, der schon für so viele seiner Schöpfungen an dieser Stelle freudige Zustimmung errang, wurde auch mit Ehrenbezeugungen überhäuft, nicht minder die Darsteller, die auch bei der 100. Aufführung ihren Humor noch nicht erschöpft hatten und von Ueberdruß nichts merken ließen.

Ein grüner Fleck am Rockärmel führte am Mittwoch zur Verhaftung eines Leichenfledderers. Ein zur Zeit hier weilender Fabrikant B. aus der Gegend von Düsseldorf benutzte seinen Aufenthalt in der Reichshauptstadt, um vorwiegend Lokalen mit den bekannten roten und blauen Laternen Besuche abzustatten und in einem solchen Restaurant in der Friedrichstadt machte er die Bekanntschaft eines Landsmannes, der sich ebenfalls angeblich vorübergehend in Berlin aufhielt und eine gleiche Vorliebe für die erwähnten Lokale wie B. zeigte. Es war natürlich, daß die Beiden aus dem Rheinlande sofort Freundschaft schlossen und nun gemeinsam eine Bierreise antraten. Wo diese Reise geendet hat, ist bis jetzt noch nicht festgestellt, ebenso wenig wie der Fabrikant eigentlich nach seinem Hotel zurückgekommen ist. Als er vorgestern mittag in seinem Zimmer erwachte, bemerkte er zu seinem Entsetzen, daß ihm seine wohlgefüllte Börse, sowie seine goldene Taschenuhr nebst Kette fehlten. Der Polizei, welcher der Geschädigte sein Abenteuer mitteilte, bezeichnete der Fabrikant als besonderes Kennzeichen seines unbekannten Begleiters einen grünen Farbfleck, der sich am Ellenbogengelenk des linken Rockärmels des Fremdes befinde. Ein am Mittwoch die Invalidenstraße passierender Kriminalbeamter bemerkte in der Nähe der Chausseestraße einen Mann, auf dem die von B. gegebene Beschreibung paßte und an dessen Rock er auch die erwähnte grüne Farbe sah. Der Beamte schritt sofort zur Sistierung des Verdächtigen, der zunächst einen Fluchtversuch machte. Bei ihm, einem stellenlosen, bisher noch unbestraften Kaufmann wurden Uhr und Kette, sowie der größte Teil des geraubten Geldes vorgefunden.

Explosion in einem Straßenbahnwagen. Die Gefährlichkeit des Accumulatorenbetriebes zeigte sich bei einem Unglücksfall, welcher in der vergangenen Nacht sich in dem Betriebe der Berlin-Charlottenburger Straßenbahn ereignete. In der Batterie des Accumulatorenwagens 256 der Linie Stettiner Bahnhof—Stadtbahnhof hatte sich anscheinend Wasserstoffgas entwickelt, welches, als der Wagen die Invalidenstraße in der Nähe der „Urania" durchfuhr, zur Explosion kam. Durch den gewaltigen Luftdruck wurde die Wand des Accumulatorenkastens unterhalb der Sitzbank gesprengt und nach innen gedrückt und die Passagiere von ihren Sitzen geschleudert. Zwei Personen kamen dabei zu Schaden.

Bei einer Gasexplosion erheblich verletzt wurden Mittwochabend in der Oranienburgerstr. 22 der Portier Lüthke und der Kassenbote Meißner. Es hatte sich im Hause schon längere Zeit Gasgeruch bemerkbar gemacht, aber anstatt hiervon den Gaswerken Mitteilung zu machen, unternahm es der Portier, die schadhafte Stelle der Rohrleitung selbst aufzusuchen, die im vierten Stock in der Wohnung des Kassenboten liegen mußte. Beim Ableuchten des Rohres erfolgte nun plötzlich eine Explosion. Die beiden Männer wurden von Stichflammen getroffen und mußten in einem benachbarten Krankenhause verbunden werden. Bei der Explosion war aber auch die Meißnersche Wohnung in Brand gesetzt. Die herbeigerufene Feuerwehr beschränkte in kurzer Zeit das Feuer auf seinen Herd.

Eine verunglückte Segelfahrt brachte gestern wiederum zwei Personen in Lebensgefahr. Der Droguenhändler Lerch aus der Reichenbergerstr. 116, der sich mit seiner Familie in der Sommerfrische zu Schmöckwitz aufhält, kaufte sich ein kleines Ruderboot und versah es mit einem Segel. Obwohl ein ziemlich starker Wind herrschte, machte er vormittags, von seiner Frau begleitet, eine Probefahrt auf dem sehr bewegten Zeuthener See. Eben wollten sie von diesem in den Seddinsee einfahren, um ihren Sohn, der sie im Noackschen Restaurant erwartete, abzuholen, als unweit der Brücke das Boot kenterte und beide Insassen ins Wasser fielen. Zu ihrem Glück sah die Mannschaft eines Schleppdampfers, der nach jener Stelle zufuhr, das Unglück und eilte mit dem Beiboot zu Hilfe. Herr Lerch und Frau hatten sich beide an das gekenterte Boot geklammert, waren aber schon der völligen Erschöpfung nahe, als die Hilfe kam. Beide wurden gerettet und nach ihrer Sommerwohnung gebracht.

Ein rätselhafter Selbstmordversuch wird vom Schützenfestplatz in Schönholz gemeldet. Dort besuchte am Mittwochnachmittag ein älterer Mann verschiedene Buden der Vogelwiese und schien sich gut zu unterhalten. Als dann gegen 8 Uhr eine Patrouille der Sanitätskolonne einen Rundgang machte, fand sie den Mann außerhalb des Festplatzes dicht am Zaun an einem zum Forst gehörigen Baume hängen. Er hatte sich hier mit seinem Halstuch aufgeknüpft. Die Patrouille schnitt ihn rasch ab und brachte ihn auf den Verbandsplatz. Nach einstündigen Bemühungen hatte man ihn so weit in das Leben zurückgerufen, daß man ihn mit einem Lückschen Rettungswagen nach Berlin in die Charité bringen konnte.

Aufgeklärt ist der Selbstmord einer jungen Frau, die sich Dienstagabend auf der Schillingsbrücke durch zwei Revolverschüsse tötete. Es war die 33 Jahre alte Frau Martha Kinne geb. Jeronde aus der Reichenbergerstr. 15. Die Frau, die Mutter eines fünfjährigen Sohnes war, lebte seit Dezember vorigen Jahres von ihrem Manne getrennt. Dieser zog von ihr weg, weil er eine Postkarte bei ihr fand, aus der er schließen mußte, daß sie ihn mit einem Omnibusschaffner hinterging. Da ihre Wiederannäherungsversuche keinen Erfolg hatten, sie die Trennung aber nicht ertragen konnte, so machte sie angesichts zahlreicher Straßengänger ihrem Leben ein Ende.

In nervöser Aufregung hat am Mittwoch der 26 Jahre alte Postbote Christian Heinemann aus der Borsigstr. 12 Hand an sich gelegt. Heinemann, klagte oft über heftige Stiche in der Brust und fürchtete, schwer krank zu werden. Diese Furcht steigerte noch die Nervosität, an der er ohnehin schon litt. Am Mittwoch wollte er in ein Krankenhaus gehen, erhielt aber keine Aufnahme, weil man sein Leiden, das er für gefährlich hielt, als unbedeutend erkannte, und kein Platz frei war. Nun geriet der junge Mann in eine noch größere Aufregung. Mittwochmittag schickte er seine Wirtin weg, damit sie ihm etwas zu essen hole. Als die Frau zurückkehrte, hatte er sich an einem Lampenhaken, der an der Decke des Zimmers angebracht ist, erhängt, und war bereits tot.

Feuerbericht. Donnerstagnachmittag kam Liegnitzerstraße 40 ein Dachstuhlbrand aus, der den Inhalt verschiedener Bodenkammern und einen Teil des Dachstuhles einäscherte. Kurz darauf wurde von Weberstraße 62 ein kleiner Wohnungsbrand gemeldet. Vormittags wurde infolge mehrmaliger Meldung ein großes Löschaufgebot nach Rungestraße 15 gerufen. Hier war infolge Unvorsichtigkeit in der Badestube Feuer ausgekommen, das fast die gesamten Kleidungsstücke des Dienstmädchens einäscherte. Koppenstraße 3 ging der Inhalt eines Hängebodens in Flammen auf. Badstraße 47 war ein Wohnungsbrand zu beseitigen, der Möbel und den Fußboden einäscherte.

Aus den Nachbarorten.

Schöneberg. Nach den Aufzeichnungen des städtischen Melde-Amts betrug die Einwohnerzahl unsrer Stadt Ende Juni d. J. 105 706 Personen einschließlich 4242 aktiven Militärpersonen. Seit der letzten Volkszählung im Jahre 1900 ist die Zahl um 9798 gestiegen, was einer Zunahme von 10,2 Proz. entspricht.

Ueber die leerstehenden Wohnungen ist im Anfang des Monats Mai seitens des Magistrats eine Erhebung angestellt worden. Danach sind im ganzen 543 leerstehende Wohnungen vorhanden gewesen. Die Zahl der leerstehenden Läden ohne Wohnungen betrug 105. Die unbenutzten Wohnungen verteilten sich auf 320 Grundstücke. Im Durchschnitt stellte sich der Mietswert einer Vorderwohnung auf 1500 Mark und für ein Vorderzimmer auf rund 300 Mark, für Hinterhaus-Wohnungen auf rund 600 bezw. 230 Mark. — Ueber die Beschaffenheit der leer stehenden Wohnungen, die zum allergrößten Teil aus mehrzimmerigen Räumen bestehen dürften, da an kleinen Wohnungen immer noch Mangel herrscht, sowie über die sonstigen Verhältnisse verlautet in der Enquete nichts. Fest steht indes, daß die Wohnungspreise auch in Schöneberg dieses Jahr noch rapid in die Höhe gegangen sind. Steigerungen bis zu 25 Proz. sind nichts seltenes, trotzdem augenblicklich eine rege Baulust herrscht.

Ueber die Krankenhaus-Angelegenheit ist der wohlweise Magistrat in aller Seelenruhe — — in die Ferien gegangen. Damit scheint das ganze Projekt einschließlich des zuguterletzt noch eingeholten Gutachtens — dasselbe dürfte allen Anzeichen nach ein recht umfangreiches werden — auf lange Zeit hinaus zum Stillstand kommen. Die Haltung des Magistrats in dieser Sache ist umso mehr zu verurteilen, als er sich in einen schroffen Gegensatz zu den Beschlüssen der Stadtverordneten-Versammlung stellt, während er bei andren Gelegenheiten, z. B. in der Gasanstaltsfrage, mit seiner Zustimmung schneller bei der Hand war.

Gesprengter Unternehmerring. In Spandau hatten, wie wir s. Z. berichteten, die dortigen Steinsetz-Unternehmer im Verein mit auswärtigen Unternehmern einen Ring gebildet, um bei der Vergebung der diesjährigen städtischen Straßenpflasterungen eine kolossale Preissteigerung (über das Doppelte hinaus) in Scene zu setzen. Unsre Genossen im Spandauer Stadtparlament antworteten auf diesen frivolen Schachzug damit, daß sie den Antrag einbrachten: die Pflasterarbeiten nunmehr in städtischer Regie auszuführen. Dieser Antrag wurde aber — wie dies bei den bürgerlichen Stadtvätern vorauszusehen war, mitsamt einem Magistratsantrage, der bereits die Bereitstellung einer größeren Summe zur Anschaffung der nötigen Werkzeuge verlangte, abgelehnt, und zwar, wie aus den Ausführungen des betreffenden Berichterstatters, Stadtv. Bender (k.) zu ersehen war, aus purem Mitleid mit den — Unternehmern! An die seit vielen Wochen arbeitslosen Gesellen dachte der Herr ganz und gar nicht! Immerhin muß schon die bloße Absicht der eigenen Regie-Arbeit eine heilsame Wirkung auf die übermütigen Unternehmer ausgeübt haben, denn inzwischen ist bereits die Neupflasterung der Fischerstraße von dem Unternehmer J. ausgeführt und zwar zu einem nennenswerten Betrag unter dem Kostenanschlag des Bau-Amtes. Auch die übrigen Pflasterarbeiten sind nun bereits vergeben und alle in annähernder Höhe der vom Bauamt veranschlagten Summe. Der feine Coup, welcher dem Stadtsäckel einen Aderlaß von etwa 120 000 M. bereiten sollte, ist somit kläglich gescheitert.

Prozeß Sauden und Genossen.

31. Verhandlungstag.

Zur heutigen Sitzung sind etwa 20 neuerdings geladene Zeugen und die Sachverständigen zur Stelle.

Die Verhandlungen bezwecken festzustellen, ob die Grundstücke Brüderstr. 5/6, Grüner Weg 119 u. a. über ihren Wert beliehen wurden. Die Sachverständigen kommen trotz einiger Differenzen zu einer niederen Schätzung als der Beleihung zu Grunde liege.

Nach der Pause legt Direktor Dernburg von der Darmstädter Bank die Grundlagen dar, welche der Einstandsbilanz der Neuen Boden-Aktiengesellschaft zur Basis dienen mußten. Direktor Dernburg schildert in eingehender Weise die Zustände der Deutschen Grundschuldbank, insbesondere die Zusammenstellung der entstandenen Verluste. Dieselben setzen sich in der Hauptsache aus den Ausfällen an Hypotheken und dem Verlust an die Aktiengesellschaft für Grundbesitz und Hypothekenverkehr zusammen und sollen circa 47 000 000 Mark betragen. Es kommen hierbei circa 1 Million Mark Reorganisationskosten in Betracht. Einzelne Werte, namentlich Hypotheken, sind inzwischen mit Gewinn realisiert worden, indessen behauptet Direktor Dernburg, daß der Maßstab der vorgenommenen Schätzungen hierdurch fernere Bestätigung erfahren habe. Ueber die Art einzelner Hypothekenbewertungen kam es zwischen dem Zeugen Dernburg und dem Bücherrevisor Reuter zu längeren Erörterungen.

Dem Geheimrat Hecht, welcher vor Schluß der Sitzung vereidet und vorläufig entlassen wurde, stattete der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Heiderich, für dessen anerkennenswerte Thätigkeit im Prozeß seinen öffentlichen Dank ab.

Aus der Frauenbewegung.

Die Eröffnung neuer Frauenberufe schreitet wundersamerweise jetzt gerade in Oestreich, wo neben den auch anderwärts vorhandenen Vorurteilen noch kräftige zünftlerische Barrieren den Frauen den Weg versperren, rüstig vorwärts. Jüngst waren wir in der Lage, von dem ersten weiblichen Stationsvorsteher aus Oestreich berichten zu können; nun kommt aus Wien die Mitteilung, daß dort dieser Tage Frl. Gisela Eibuschitz als erste Uhrmachergehilfin von der Genossenschaft freigesprochen wurde. Der Weg, den die Gehilfin vom Tage ihrer Anmeldung als Lehrling bis zu ihrer Freisprechung als Gehilfin zurücklegen mußte, war recht dornig; um ihre Einführung in die Zunft und ihre förmliche Anerkennung als gesetzlich befugte Uhrmacherin mußte heiß gekämpft werden. Das „Neue Wiener Tageblatt" berichtet darüber: Es war vor 5 Jahren, als der Vormund des Fräulein Eibuschitz ihre „Aufdingung" als Lehrling der Uhrmacher-Genossenschaft anzeigte. Die Genossenschaft wies aber die Anmeldung des Mädchens zurück. Es liege, so lautete die Begründung der Ablehnung, ein Beschluß der Genossenschaft vor, weibliche Kräfte in diese Zunft nicht eintreten zu lassen. Man wolle nun einmal in der Zunft ausschließlich männliche Kräfte beschäftigt wissen. Selbst in der Schweiz, dem Hauptsitz der Uhrmacherkunst, gäbe es, so sagt man, keine regelrechten Gehilfinnen. Mit diesem Bescheide gab sich indes der Vormund nicht zufrieden und ging an die Gewerbebehörde. Von dieser kam dann eine Entscheidung im abweisenden Sinne. Auch gegen diese Entscheidung wurde Berufung eingebracht, und zwar bei der Statthalterei, die dem Begehren des Beschwerdeführers Folge gab. Nun griff die Uhrmacher-Genossenschaft zu dem noch offenstehenden letzten Rechtsmittel, zur Berufung an das Ministerium des Innern, erhielt jedoch ein abschlägiges Erkenntnis. Somit blieb der Genossenschaft nichts übrig, als ihre bisherige Gewohnheit in dieser Frage aufzugeben und den weiblichen Lehrling — feierlich „aufzudingen". Jetzt ist Fräulein Eibuschitz feierlich als Gehilfin freigesprochen worden, und der Vorsteher der Genossenschaft sprach die Hoffnung aus, sie noch als tüchtige Meisterin wiederzufinden.

Vermischtes.

Sittlichkeitsverbrechen. Aus Greiz wird gemeldet: Der hochangesehene fürstliche Seminar-Oberlehrer und Theologe Collmann, ein Mitglied der ersten Gesellschaftskreise unter Fürst Heinrich XXII., wurde vergangene Nacht wegen seit 5 Jahren verübter schwerer Sittlichkeitsverbrechen, verübt an Schülern und Schülerinnen, verhaftet. Die Verhaftung erregt großes Aufsehen.

Einen verwegenen Ausbruch aus dem Zuchthaus zu Brandenburg a. H. vollführte in der Nacht zum Mittwoch der 43jährige Schuhmacher August Ludwig Papke aus Nowawes, welcher seit dem Jahre 1899 eine ihm wegen schwerer Meuterei auferlegte 15jährige Zuchthausstrafe verbüßte. Papke hatte seine Flucht sorgfältig vorbereitet, indem er ein Loch in die Decke seiner Zelle schlug und dadurch nach dem Boden des Zuchthauses gelangte, von wo aus er durch einen Oberlicht-Schacht, dessen Fenster er zertrümmerte, mittels eines Strickes das Freie erreichte. Ueber die Umfassungsmauer des Zuchthauses ist der Verbrecher sodann mittels einer Leiter nach dem Humboldthain gestiegen und im Dunkel der Nacht entkommen, ohne daß man seiner bisher habhaft werden konnte. Man vermutet, daß sich Papke, der von untersetzter Gestalt ist und blondes, kurzgeschorenes Haar trägt, nach Berlin zugewandt hat. Auch am Sonntag hatte ein andrer Sträfling des Brandenburger Zuchthauses am hellen lichten Tage einen Fluchtversuch unternommen. Er befand sich im Lazarett, war im Lazarettkostüm über die Mauer nach dem Humboldthain gestiegen und unangefochten bis zur Hauptstraße gelangt, woselbst er in ein Haus eindringen wollte, um sich andre Kleider zu verschaffen. Einige Soldaten hatten aber das Treiben des Sträflings beobachtet und nahmen ihn fest, um ihn dem Zuchthaus wieder zuzuführen.

Zum Tode verurteilt. Wie die „Schles. Gebirgs-Zeitung" berichtet, wurden vom Hirschberger Schwurgericht nach zweitägiger Verhandlung der 21jährige Schlosser Alfred Lorenz wegen Mordes und die 38 Jahre alte Steinsetzerfrau Klara Neugebauer wegen Anstiftung zum Morde zum Tode verurteilt und der bürgerlichen Ehrenrechte für verlustig erklärt. Lorenz hatte auf Anstiften der Neugebauer, mit der er ein Liebesverhältnis unterhielt, deren Ehemann am 10. November v. J. durch Beilhiebe getötet. Beide hatten den Leichnam zerstückelt, den Kopf im Stubenofen verbrannt, den Rumpf und die Beine in einen Sack genäht und in den nahen Fluß geworfen.

Die Versteigerung des Mobiliars der Familie Humbert dauert fort. Heute kommen 200 Hüte, welche von den hervorragendsten Pariser Geschäften geliefert worden sind, zum Verkauf. Wie „Petit Parisien" berichtet, gelangen etwa 100 000 Meter feinstes Leinenzeug ebenfalls heute oder morgen zur Versteigerung. Die Pariser Polizei hat bis jetzt nicht weniger als 900 Meldungen über die sicheren Spuren der Entdeckung der Familie Humbert erhalten. In gewissen Kreisen hält man übrigens die Suche nach den Humberts für ein Seitenstück der Suche nach Arton, den die Polizei auch nicht auffinden konnte. Es scheint, daß der Aufenthalt der Mitglieder der Familie Humbert der Regierung bekannt sei. Die Furcht vor einem Skandal, in welchen zahlreiche politische Persönlichkeiten hineingezogen werden könnten, sei jedoch so groß, daß deshalb eine Verhaftung nicht erfolge.

Gewitterschäden. Wie aus Offenbach gemeldet wird, schlug vorgestern nachmittag gegen 5 Uhr während eines Gewitters der Blitz in die katholische Kirche in Heusenstamm bei Offenbach ein. Der Glockenturm der Kirche ist ausgebrannt. Das Kirchenschiff mit der prachtvollen Deckenmalerei aus der Mitte des 18. Jahrhunderts ist zerstört. Der Altar, die Kirchenstühle, Geräte 2c. wurden gerettet. Die Glocken hängen noch. Das Feuer wurde erst in der Nacht gelöscht. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt. Der Blitz setzte ferner eine Scheune in Brand, die völlig niederbrannte.

Erst das Vergnügen. Folgender kaum glaublicher Vorfall wird der „Weser-Zeitung" aus einem kleinen, nicht sehr weit von Kassel gelegenen Ackerstädtchen mitgeteilt: In jenem Städtchen sollte ein Fest gefeiert werden, auf welches sich Jung und Alt schon seit Monden freute. Es war dies auch der Fall in der Familie eines Ackerbürgers, welcher mehrere tanzlustige Töchter, aber auch einen sterbenskranken Großvater besaß, welcher gerade am Vorabend des Festes das Zeitliche segnete. Was thun? Wurde der Tod bekannt, so konnte man sich doch unmöglich bei dem Feste zeigen. Was würden die Leute dazu sagen! Man verschwieg also den Tod des Alten und brachte die Leiche zur Nachtzeit hinab in den Keller. Am nächsten und an den folgenden vier oder fünf Tagen genossen die Familienmitglieder die festlichen Vergnügungen dann in vollen Zügen. Erst als der letzte festliche Tag auch vorüber, holte man die Leiche wieder aus dem Keller heraus, um sie droben in das Bett des alten Auszugers zurückzubringen und mit gut geheucheltem Schmerz den Nachbarn zu erzählen, daß der Großvater soeben verschieden sei. Die Nachbarn glaubten das auch, allein der die Totenschau übende Arzt erkannte aus untrüglichen Merkmalen, daß der Tod schon vor mehreren Tagen eingetreten sein müsse. Er nahm die „trauernden Hinterbliebenen" ins Verhör und erfuhr so den Sachverhalt.

Verantwortlicher Redacteur: Carl Leid in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.